Bismarck

und die öffentliche Meinung Süddeutschlands während der Zollvereinskrise 1850 bis 1853

Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
bei der Philosophischen Fakultät
der Hessischen Ludwigs-Universität
zu Gießen

Eingereicht von
Friedrich Wilhelm Lange
geboren zu Teterow

Bismarck
und die öffentliche Meinung Süddeutschlands während der Zollvereinskrise 1850 bis 1853

Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
bei der Philosophischen Fakultät
der Hessischen Ludwigs-Universität
zu Gießen

Eingereicht von
Friedrich Wilhelm Lange
geboren zu Teterow

Gießen 1922
Brühl'sche Universitäts-Buch- und Steindruckerei, R. Lange.

Genehmigt durch den Prüfungsausschuß
am 14. Juli 1921.
Berichterstatter: Dr. Roloff.

Inhalt.

Seite

Einleitung 3

I. Die politische Lage 1850. Preußen und Österreich in der Handelspolitik des vormärzlichen Deutschland . . . 7
Olmütz und Dresden. — Rückkehr zum Bundestag. — Artikel 19 der Bundesakte. — Die preußischen Zollgesetze und die Opposition in Deutschland. — Metternich und die preußische Handelspolitik.

II. Die Bruck'schen Vorschläge und ihre Vertretung in der süddeutschen Presse 10
Brucks Aktionsprogramm. — Schwarzenberg. — Die Öffentlichkeit: die Augsburger „Allgemeine". — Die süddeutschen „Ministeriellen". — Die „Casseler" und die „Darmstädter Zeitung". — Schwache Position Preußens.

III. Die preußische Gegenaktion im Frühling 1851 und die Frankfurter Preßzentrale. 13
Aufnahme der Bruck'schen Pläne in Berlin. — R. Delbrück. — R. Quehl und die Zentralstelle für Preßangelegenheiten. Flugschriften von Wappalus und Ochelhäuser. — Anton Springer. — Rochow und die Österreicher. — Rochow und die Presse. — Bismarck und die Frankfurter Preßstation.

IV. Der Kampf um den Septembervertrag und die Wiener Konferenzen 19
Der Septembervertrag in Süddeutschland. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung". — Die Freihändler. — Das „Frankfurter Journal". — Die nassauische Presse. — Der „Schwäbische Merkur". — Hock in Süddeutschland. — Die Veröffentlichung der Bundesprotokolle. — Bismarcks Mißliebigkeit. — Die thüringischen Staaten. — Toegel. — Bismarcks persönliche Anschauung über die Zolleinigung.

V. Die Trias 29
Wiener Verhandlungen über den Geheimvertrag. — Geburtsstunde der Trias. — Bamberg und Darmstadt. — Aufnahme in Sachsen (Friesen—Leipzig: Messe — Buchhandel — Kaufmannschaft — preußische Agitation — sächs. Kammer). — Wirtschaftliche Zustände in Süddeutschland. — Bayern (Petitionssturm — Gegenaktion von der Pfordtens — Kammer). — Württemberg. — Baden. — Bismarck und Kurhessen. — „Deutsches Museum". — „Grenzboten". — „Germania". — Der Agent Warnecke. — „Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit". — Hessen-Darmstadt (Dalwigk und die II. Kammer). — Nassau. — Kurhessen. — Frankfurt. — Rheinschiffahrtsstreit.

Seite

VI. Während der Berliner Konferenzen 46
Tod Schwarzenbergs. — Diplomatische Verhandlungen (Berlin — Kissingen — Stuttgart — München). — Abbruch der Berliner Konferenzen. — Bismarck und Buol. — Raus Schrift über die Zollvereinskrise. — „Stuttgart" und der „Schwäbische Merkur". — Fernere Preßtätigkeit Bismarcks.

VII. Vor der Entscheidung 54
Die hessischen Kammern und Bismarck. — Die „Blätter für Handel und Gewerbe". — Die Ausgleichungssteuern. — Der Pfälzer Landrat und die „Speyerer Zeitung". — Die badische und hessische Presse. — Annäherungsversuche zwischen Berlin und Wien. — Bismarcks Auffassung. — Lage in Sachsen nach Friesens Rücktritt. — Preußische Verängstigungspropaganda. — Hessische I. Kammer. — Nassauische Petitionsstürme. — Die „Mittelrheinische Zeitung". — Verbindung mit den benachbarten Gesandtschaften.

VIII. Das Ende der Krise 63
Die französische Frage. — Preußisch-österreichische Verhandlungen. — Gründe für Abschluß des Februarvertrages und die durch ihn geschaffene Lage. — Aufnahme in der öffentlichen Meinung. — Zusammenfassende Beurteilung der Bismarck'schen Tätigkeit.

Die diplomatische Geschichte der Zollvereinskrise von 1850—1853 hat schon von einem Zeitgenossen, dem bayrischen Staatsrat W. Weber in seinem 1869 in erster Auflage erschienenen Buch: „Der deutsche Zollverein, Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung“ eine Darstellung erfahren. Neuerdings machte dann Alfred Gaertner das gleiche Thema zum Gegenstand eingehender Forschung[1]). Auf Grund reichen Aktenmaterials des österreichischen Ministeriums des Auswärtigen war er in der Lage, eine wertvolle Ergänzung zu der knappen Darstellung zu geben, die Heinrich von Sybel währenddessen der Krise im Rahmen seiner „Begründung des Deutschen Reiches“ gewidmet hatte. So ist der Gegenstand ganz nach den vorzugsweise benutzten Quellen in verschiedenster Beleuchtung gesehen worden. Weber kann bei aller, für einen Mithandelnden besonders rühmenswerten Sachlichkeit, doch nicht immer den spezifisch bayrischen Standpunkt verleugnen. Bei Sybel gibt die Benutzung von in erster Linie preußischen Akten auch diesem Teil seines großen Werks die preußische Prägung. Bei Gaertner schließlich erfahren die österreichischen Verhältnisse natürlich eine eingehendere Behandlung, als es der Klarheit der Gesamtdarstellung dienlich wäre. Eine erneute Untersuchung des gleichen Stoffes würde sich trotzdem schwerlich rechtfertigen lassen. Die vorliegende Arbeit setzt sich auch ein wesentlich anderes Ziel. Sie will auf der Grundlage der obengenannten Werke und in Ergänzung zu ihnen eine Darstellung der Bewegung in der öffentlichen Meinung Süddeutschlands geben, wie sie die diplomatischen Verhandlungen während des ganzen Verlaufs der Krisis begleitete. Hiermit verschlingt sich eng die zweite Aufgabe, welche ihr durch die bedeutsame Stellung unseres großen Kanzlers Otto von Bismarck in dem Verlauf der Krise zugewiesen wird. Weber weiß hierüber garnichts zu berichten, Sybel[2]) und Gaertner[3]) begnügen sich mit beiläufigen Andeutungen, ebenso Lenz[4]) in seiner „Geschichte Bismarcks“.

---

1) A. Gaertner, Der Kampf um den Zollverein zwischen Österreich und Preußen 1849—1853, Straßburg 1911.
2) Sybel, a. a. O. II, S. 162.
3) Gaertner, a. a. O., S. 280.
4) Lenz (3. Aufl.), Leipzig 1911, S. 70.

Bismarck war als Legationsrat und späterer Bundestagsgesandter in Frankfurt nicht nur in der hohen Politik eine hervorragende Rolle zugefallen, er hatte als besonderen Auftrag die nach Olmütz sich vor allem als notwendig herausstellende Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den süddeutschen Staaten ins Werk zu setzen. Die Zollvereinskrise war die erste bedeutende Aktion, die dem großen Staatsmann auf dem neuen Schauplatz seiner Tätigkeit Gelegenheit gab, seine hervorragenden diplomatischen Fähigkeiten voll zu entfalten.

I. Die politische Lage 1850.
Preußen und Oesterreich in der Handelspolitik des vormärzlichen Deutschlands.

Die Olmützer Punktation vom 27. November 1850 leitete die allgemeine Liquidation der Errungenschaften der Revolutionsjahre ein. Preußen hatte in Olmütz und auf den ihm folgenden Dresdener Konferenzen seine Unionspolitik aufgeben und die Bundesexekution in Kurhessen und Schleswig-Holstein zulassen müssen. Doch auch Österreich hatte die Unmöglichkeit einsehen müssen, seinem deutschen Programm bedingungslose Anerkennung zu verschaffen. Vor allem mußte auf den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund verzichtet werden. Man begriff aber in Wien sehr bald, daß die einfache Rekonstruktion der vorrevolutionären Bundesverfassung der österreichischen Diplomatie die beste Handhabe bot, durch die Politik der Nadelstiche Preußen gegenüber das von neuem durchzusetzen, was man seit Metternich immer erstrebt hatte: die unbestrittene Vormachtstellung Österreichs im Deutschen Bunde. So war auch schließlich das einzig positive Ergebnis der Dresdener Konferenzen, nämlich die Rückkehr zum alten Bundestag, ganz im österreichischen Sinne. Alles andere blieb „schätzbares Material", aber ein Material, mit dem Fürst Felix Schwarzenberg bei passender Gelegenheit Preußen das Leben schwer zu machen gedachte. Wenn der General von Rochow, der Preußen seit dem 14. Mai 1851 interimistisch am Bundestag vertrat, seine Aufgabe darin sah, Arm in Arm mit der Donaumonarchie den Mittel- und Kleinstaaten gegenüberzutreten, so sollte er doch bald merken, daß man in Wien eine wesentlich andere Auffassung der Lage hatte.

Schwarzenberg gedachte nur dann das seit Metternich und Hardenberg traditionelle Verhältnis zwischen den beiden deutschen Mächten aufzuwärmen, wenn seine deutsche Politik ein Zusammengehen erforderlich machte. Aber im übrigen war Frankfurt für ihn der gegebene Kampfplatz, auf dem ihm die Hegemonie in Deutschland als Siegespreis winkte. In Olmütz war Schwarzenberg erst auf ausdrücklichen Wunsch seines

kaiserlichen Herrn Manteuffel entgegengekommen, um dem Preußen den Rückzug zu erleichtern. Er wollte damals schon die deutsche Frage durch Eisen und Blut lösen. Daß Österreich besser dabei gefahren wäre, vermutet auch Bismarck, wenn er rückblickend schreibt, „daß, wenn der sechsundsechziger Krieg schon 1850 geführt worden wäre, unsere Aussichten bedenklich gewesen sein würden“[5]). Was Schwarzenberg mit dem Schwerte nicht hatte erstreiten können, war er nun aber entschlossen, auf friedlichem Wege zu erreichen. Die erste Gelegenheit zu einem Vorstoß in dieser Richtung bot sich dem Fürsten in der handelspolitischen Frage. Auf Preußens eigenster Domäne, dem Zollverein, sollte der erste ernstliche Angriff erfolgen.

Es gehört nicht in den Rahmen unserer Aufgabe, einen wenn auch nur skizzenhaften Abriß der Zollpolitik im vormärzlichen Deutschland zu geben. Nur einzelne Momente seien herausgehoben, die die stetig wachsende Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten erhellen.

Die deutsche Bundesakte von 1815 enthielt in ihrem die Regelung der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse betreffenden Artikel 19 nichts als leere Versprechungen. Daß der Bundestag weder willens noch fähig war, dem Artikel 19 einen positiven Inhalt zu geben, sah alle Welt, als bereits im folgenden Jahre eine furchtbare Hungersnot das verarmte Land heimsuchte. Erst durch einen allgemeinen Zollkrieg unter den süddeutschen Staaten erreichte die Not ihren Höhepunkt, ohne daß der Bundestag helfend einzuschreiten vermocht hätte[6]). Die unter dem Schutze der Kontinentalsperre in Deutschland erstarkte junge Industrie sah sich nach Aufhebung der Sperre der erdrückenden Konkurrenz des Auslandes ausgesetzt. Ohne Schutz durch das völlig unzulängliche Binnenmautsystem war das Land der Überflutung durch englische Waren preisgegeben, während England und Frankreich ihr strenges Prohibitivsystem aufrecht erhielten und auch Österreich 1810/11 zum Hochschutzzoll übergegangen war. Bei der Unfähigkeit des Bundestags griffen die deutschen Staaten zur Selbsthilfe.

Preußen schritt mit den Reformen der Jahre 1816, 1818, 1821 voran. Mit der Aufhebung der Binnenzölle, Verlegung der Zollinien an die Landesgrenze und Aufstellung eines für die ganze Monarchie einheitlichen, nach freihändlerischen Gesichtspunkten gruppierten Tarifs wurde Preußen bahnbrechend für die gesamte Zoll- und Handelspolitik. Aber „da das neue Zoll-

---

5) Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1898 I, S. 336.

6) Treitschke, H. v., Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 1897, II, S. 172.

system die preußischen Provinzen ebensosehr gegen das übrige Deutschland, wie gegen die auswärtigen europäischen Staaten abschnitt, so wollte es den Nachbarn nur als ein geschärftes Prohibitivsystem erscheinen"[7]). Die Opposition wuchs, als sich auch List und Nebenius, die beiden hervorragenden literarischen Vorkämpfer des Zollvereins, scharf dagegen aussprachen und von der Aufhebung des Zollgesetzes geradezu die deutsche Zolleinheit erhofften. Schon damals fanden alle oppositionellen Kreise Rückhalt an Österreich, wenn auch Metternich erst weit später die allgemeinpolitische Bedeutung der preußischen Zollpolitik erkannte und seine wirtschaftspolitischen Mitarbeiter nicht imstande waren, geeignete Gegenmaßnahmen vorzuschlagen. Man beschränkte sich auf kleinliche Hetzereien gegen den preußischen Rivalen an den anhaltinischen Höfen. Adam Müller hat in dieser Zeit als österreichischer Konsularagent in den Cöthener Händeln eine traurige Rolle gespielt[8]). Der Abschluß des preußisch-hessischen Zollvertrages von 1828 traf die Hofburg gänzlich unvorbereitet. Sie konnte auch den Anschluß Bayerns und Württembergs nicht mehr hindern, trotz der heftigsten Gegenagitation in den süddeutschen Blättern, die unter Assistenz des österreichischen Präsidialgesandten Grafen Münch von Frankfurt aus ins Werk gesetzt wurde[9]). Der sozusagen unter Metternichs Protektorat gegründete, rein negative, antipreußische Ziele verfolgende mitteldeutsche Handelsverein hatte nur eine Lebensdauer von drei Jahren. Nachdem Kurhessen in das preußische Lager gewechselt war, fiel er in sich zusammen. Mit Argwohn betrachtete der Staatskanzler diesen Zusammenschluß der wirtschaftlichen Kräfte. Daran, daß Österreich der preußischen Regierung den Wind aus den Segeln nehmen könnte, dachte er zunächst nicht. Und als er dann 1841 endlich der Staatskonferenz Vorschläge auf Änderung des Zollsystems und Verhandlungen über den Eintritt Österreichs in den Zollverein erstattete, stieß er auf so heftigen Widerstand bei den österreichischen Industriellen, daß er resigniert zu seiner alten Methode der Negation zurückkehrte.

Je heftiger der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll entbrannte und je mehr Preußen zu Tarifänderungen in freihändlerischem Sinne neigte, um so mehr scharten sich die süddeutschen Industriellen um Habsburgs Fahnen. Die gleichen politischen Interessen führten Schutzzöllner und Großdeutsche in den vierziger Jahren meist zu gemeinsamer politischer Wirksamkeit zusammen. Die Schutzzollbewegung gedachte Metter-

---

[7]) Ranke, L. v., Sämtliche Werke, Bd. 49/50, S. 282.
[8]) Treitschke, a. a. O. III, S. 32 und 477.
[9]) Treitschke, a. a. O., III, S. 640.

nich als Sturmbock zu benutzen, um sich den Eintritt in den Zollverein zu erkämpfen. Aber alle Versuche scheiterten an der klaren Erkenntnis der Berliner Regierung, daß Preußen mit seiner Vormachtstellung im Zollverein seine stärkste Position in Deutschland aufgeben würde.

II. Die Bruck'schen Vorschläge und ihre Vertretung in der süddeutschen Presse.

Die Revolutionsjahre ließen auf beiden Seiten das Interesse für die handelspolitischen Fragen zurücktreten. Aber sobald man wieder festen Boden unter den Füßen fühlte, tauchten neue Pläne auf. Diesmal ging die Initiative von Wien aus. Der Handelsminister im Reaktionsministerium Schwarzenberg, Freiherr von Bruck, wurde die Seele der österreichischen Zollanschlußpläne. Der Elberfelder Handwerkersohn hatte bereits als Direktor des österreichischen Lloyd sich die Gedankengänge Friedrich List's vom „70 Millionenreich" zu eigen gemacht. Im ersten Revolutionsjahr bot sich ihm als Abgeordneten der Paulskirche, dann als österreichischem Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt reiche Gelegenheit, die Stimmung in Süddeutschland zu sondieren und unter den süddeutschen Schutzzöllnern für seine Zolleinigungsidee Propaganda zu machen. Als Handelsminister ging er mit Eifer an ihre Ausführung. Mit hervorragendem Geschick wußte er die österreichische und großdeutsche Presse in den Dienst seiner Propaganda zu stellen. Mit einer Artikelreihe in der „Wiener Zeitung" begann der Minister am 26. Oktober 1849 selbst die Agitation. Ein Zeitgenosse berichtet darüber: „Die Wirkung dieses Artikels, deren amtlicher Ursprung unverkennbar vor Augen lag, war gewaltig. Zum erstenmal war die Handelseinigung ernstlich und mit der unzweifelhaften Absicht ihrer praktischen Durchführung zur Sprache gebracht."[10])

Der Augenblick war äußerst geschickt gewählt. Die Idee eines kleindeutschen Kaisertums drohte zu scheitern. Tiefe Resignation und Verzweifeln an dem endlichen Gelingen einer deutschen Einheit bemächtigte sich weiter Kreise der Nation. War es ein Wunder, daß diese nach den Bruckschen Vorschlägen wie nach einem Rettungsanker griffen? „Deutschland als Wirtschaftseinheit gestaltet, dann zur mitteleuropäischen Vereinigung ausgebaut, Österreich und Preußen in Harmonie verbunden", mußte diese Lösung der deutschen Frage nicht bei jedem Pa-

[10]) Weber, W., a. a. O., S. 247.

trioten jubelnde Begeisterung auslösen, besonders da fest umrissene, greifbar praktische Vorschläge den kühnen Entwurf begleiteten? Es bedarf aber auch kaum der Erwähnung, daß zahlreiche Freihändler und Kleindeutsche in dem Wiener Programm nur lockende Sirenenklänge vernehmen wollten, daß sie nicht genug vor der erdrückenden Umarmung Österreichs warnen konnten.

Eine lebhafte Erörterung der Bruck'schen Vorschläge setzte aber erst ein, nachdem Schwarzenberg sie ins Realpolitische übersetzt hatte. Felix Schwarzenberg hatte im Grunde ebenso wenig volkswirtschaftliches Verständnis wie der alte Metternich. Aber eins hatte er vor dem Staatskanzler voraus: mit riesigem Geschick wußte er Projekte seiner Mitarbeiter, eines Bruck, eines Bach, eines Stadion aus Gebieten, die ihm, dem Soldaten und Diplomaten, gänzlich fern lagen, unter einen einheitlichen Gesichtspunkt zu bringen, sie der großen Politik einzuordnen. So machte er sich auch den Bruck'schen Zollanschlußplan mit Freuden zu eigen, aber seine Wege ihn durchzusetzen, waren ganz andere, und letzten Endes war auch das Ziel, das er erstrebte, ein anderes, weiter gestecktes. Für den Fürsten gab es ein friedliches Zusammengehen mit Preußen in der Zolleinigungsfrage ebensowenig wie ein Dualismus in dem anzustrebenden Zollbund. Im Kampf mit Preußen wollte er für Österreich die Vormachtstellung auch im Zollverein erringen. Diese Dosis Unversöhnlichkeit gegen Preußen, die Schwarzenberg dem Plan Brucks beimischte, machte ihn den Mittelmächten erst schmackhaft und gab ihm für Berlin erst das bitterernste Aussehen, das Brucks Liebenswürdigkeit bisher zu verhüllen gewußt hatte. Kein Wunder, daß etwas von diesem scharfen Ton in die in der öffentlichen Meinung jetzt lebhaft einsetzende Diskussion eindrang, und daß er ihr die drei Jahre des politischen Kampfes hindurch eigen blieb. Handelte der Fürst doch nun nach dem Rezept, das Kübeck, der Präsident des Reichsrats, seinem Ministerkollegen Bruck angelegentlichst empfohlen hatte, als er ihm am 9. Juni 1850 schrieb: „. . . ein solcher Weg, die österreichischen Interessen zu fördern, wäre es, wenn man durch die Presse mit allem Eifer in den zwei Richtungen auf die öffentliche Meinung wirken ließe, daß die preußischen Bestrebungen in ihrem wahren Lichte als nur auf den eigenen Vorteil berechnet, dargestellt, und andererseits die Gemeinnützigkeit der österreichischen Vorschläge und die ernstliche Absicht ihrer Durchführung nachgewiesen würden"[11]).

---

[11]) Beer, A., Die österr. Handelpol. im 19. Jahrh., Wien 1891, S. 506

Daß Schwarzenberg auf diesem Wege Erfolg hatte, zeigt uns ein Blick in die Tagespresse, die während der Dresdener Konferenzen hauptsächlich der Ort einer erregten Debatte wurde. Österreich war hier wenigstens die ersten Wochen hindurch durchaus in der Vorhand.

Allen voran ging das gelesenste Blatt Süddeutschlands, die Augsburger „Allgemeine Zeitung", das Blatt desselben Cotta, der 1829 als einer der Rührigsten den Anschluß Bayerns an den Zollverein betrieben hatte, mit fliegenden Fahnen zu Österreich über. Georg Kolb, der schon seit 1837 die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" leitete, hatte es bisher immer verstanden, in seinem Blatte die verschiedenartigsten Meinungen zu Worte kommen zu lassen. Es war sein Stolz gewesen, nicht das Werkzeug eines Kabinetts zu werden, ohne jedoch andererseits einem der Mächtigen dieser Erde zu nahe zu treten. Seit aber sein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter Hoefken als Abgeordneter der Paulskirche mit Bruck bekannt wurde und von ihm 1849 in das Wiener Handelsministerium berufen, von hier aus die „Allgemeine Zeitung" mit volkswirtschaftlichen Aufsätzen versah, nahm diese unabhängige Stellung der Zeitung ein Ende. Ein anderer Mitarbeiter war der Freiherr von Zedlitz im kaiserlichen Ministerium des Auswärtigen. Er stand in regem persönlichen Briefwechsel mit dem Baron Cotta und konnte ihm im Laufe der Zollvereinskrise manche dankbare Anerkennung „für den tapferen Beistand in der Zollsache" von Schwarzenberg und dem Grafen Buol übermitteln[12]).

Im gleichen Fahrwasser trieb die größte bayrische Provinzzeitung, der „Nürnberger Correspondent". Die „Neue Münchener Zeitung", von der Pfordtens jüngste Schöpfung, trat natürlich begeistert für die österreichischen Vorschläge ein. Sie ging sogar soweit, die in Süddeutschland allgemein verhaßte österreichische Tabakregie angelegentlichst zu empfehlen. In den andern süddeutschen Staaten gingen die Wogen der Begeisterung weniger hoch als in Bayern. Die Regierungsorgane fühlten sich zwar auch hier verpflichtet, eine Lanze für Österreich zu brechen, aber die übrige Presse wartete ab, wie die Dinge sich weiter entwickeln würden. Der „Württembergische Staatsanzeiger", die „Karlsruher Zeitung" und die „Oberpostamts-Zeitung" in Frankfurt traten warm für die Zolleinigung ein, ebenso die sächsischen ministeriellen Blätter, die „Leipziger Zeitung" und das „Dresdener Journal".

Merkwürdig war die Stellung der beiden hessischen Regierungsblätter. Die eben aus dem Frankfurter Exil nach der

---

12) Heyck, E., Die „Allgemeine Zeitung", München 1898, S. 287.

kurfürstlichen Residenz zurückgekehrte „Casseler Zeitung“ schwelgte förmlich in Preußenhaß. Bismarck charakterisiert sie einmal treffend: sie versähe in der österreichischen Politik gewissermaßen die Art von Vorpostendienst, die der geringeren Gattung von Kroaten und Kosacken in den betreffenden Armeen zuzufallen pflege[13]). Sie konnte sich gar nicht genug tun in wütenden Schmähungen und Verdächtigungen. „Gothaner, Demokraten und die offizielle preußische Presse“ waren für sie die einzigen Feinde der Zolleinigung. Ganz anders war die Haltung ihrer Darmstädter Schwester. Herrn von Dalwigks Partikularismus mochte wohl fürchten, bei den Wiener Bestrebungen genau so wenig auf seine Kosten zu kommen, wie im bisherigen Zollverein. Sein Leiborgan, die „Darmstädter Zeitung“ jedenfalls warnte entschieden „vor Beschädigung der erprobten Organisation des preußisch-deutschen Zollkörpers“, hielt in Hinsicht auf „die erst im Werden begriffene Neuorganisation des österreichischen Zollvereins vorläufig nur eine sehr weitläufige Annäherung“ für möglich und propagierte sogar für den Anschluß des Steuervereins und der Hansestädte.

Zu Gunsten Preußens regte sich außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle kaum eine Stimme. Wohl wollte damals noch niemand den Zollverein fahren lassen, wohl wurden besonders in konstitutionellen und demokratischen Blättern Bedenken gegen den Eintritt des reaktionären Österreichs laut, wohl fürchteten freihändlerische Blätter davon eine unliebsame Verstärkung der Schutzzollpartei im Zollverein, aber die eminent politische Bedeutung der österreichischen Forderungen sprach kein außerpreußischer Publizist aus. Preußens Freunden hatten die beiden letzten Jahre so bittere Enttäuschungen gebracht, daß sie nun mit verschränkten Armen in Resignation abwarteten.

III. Die preußische Gegenaktion im Frühjahr 1851 und die Frankfurter Preßzentrale.

In Berlin selbst schüttelte man die gedrückte Stimmung aus den Tagen von Olmütz bald wieder ab. Man empfand die, wenn auch unter wenig glücklichen Begleitumständen erfolgte Loslösung aus den Verwicklungen der deutschen Frage geradezu als eine Befreiung, aber man war auch entschlossen, keinen Schritt weiter zurückzuweichen. Die Bruck'schen Vorschläge wurden zwar auch hier von manchen nicht als ernstgemeint an-

[13]) Poschinger, H. v., Preußen im Bundestag, Leipzig 1882—84 (P. i. B.) I, S. 52.

gesehen. Die maßgebenden Männer aber erkannten doch zu bald den bitteren Schwarzenbergischen Kern in der gefälligeren Bruck'schen Schale. Sie wußten, um was es sich hier drehte, daß Schwarzenberg Revanche forderte für die preußische Unionspolitik. Sie begegneten dem Vorgehen des Fürsten mit gleichen Mitteln.

Auf die diplomatischen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin und die sie begleitenden praktischen Maßregeln wollen wir hier nicht eingehen. Unsere Aufgabe ist vielmehr, von der Bewegung der öffentlichen Meinung in den heißumstrittenen süddeutschen Ländern eine Schilderung zu geben, im besonderen ihre Beeinflussung durch Preußen zu untersuchen. Diese Episode gewinnt dadurch einen ganz besonderen Reiz, daß sich in ihr Bismarck seine Sporen auf dem Felde der auswärtigen Politik verdient hat. Neben ihm stand Rudolf von Delbrück, damaliger vortragender Rat im preußischen Handelsministerium, in vorderster Linie im Widerstand gegen Oesterreich. So erwuchsen den beiden Wiener Staatsmännern in Bismarck und Delbrück kongeniale Gegenspieler, von denen allerdings vorläufig Delbrück allein die Last des Kampfes auf sich nehmen mußte.

Auch er beschränkte sich keineswegs auf die Ausarbeitung umfangreicher Denkschriften und Entgegnungen im „Preußischen Staats-Anzeiger", praktische Maßnahmen folgten auf beiden Seiten Schlag auf Schlag. Der Kampf um die öffentliche Meinung wurde nun auch von preußischer Seite energisch aufgenommen. Delbrück fand hierbei besonders bei Manteuffel selbst verständnisvolle Unterstützung. Wahrscheinlich auf dessen Veranlassung wurden die bisher bei den einzelnen Ministerien bestehenden Presseämter in einer „Centralstelle für Presseangelegenheiten" für das gesamte Staatsministerium zusammengefaßt. Der frühere Herausgeber des „Danziger Dampfbootes", Dr. Rino Quehl, wurde am 1. Januar 1851 mit ihrer Leitung betraut. Wie unangenehm seine Tätigkeit bald in preußenfeindlichen Kreisen empfunden wurde, erhellt aus den sarkastischen Bemerkungen, die Wuttke über die Wirkungen des Preßbureaus macht: „Ein melodischer Chorus tönte aus dem Zeitungswalde: wer da nicht wußte, daß ein versteckter Kapellmeister den Takt schlug, den überzeugten von der Wahrheit, Güte und Richtigkeit des Gehörten so viele gleichlautende Stimmen. Also wurden die Gegner übertäubt, wurden bestimmte Ansichten über die öffentlichen Verhältnisse durch möglichst viele Blätter in Umlauf gesetzt, ... da konnte man getrost die Ansicht der Preßstelle als Volksmeinung austragen."[14]) Im

[14]) Wuttke, H., Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Leipzig 1875, S. 138.

übrigen wurde Kino Quehl bald zu einem rechten Sorgenkind des Herrn von Manteuffel. Mit Hermann Wagener, dem Schriftleiter der „Kreuz-Zeitung" geriet er in die Haare und wurde so für die Kamarilla bald neben dem Polizeipräsidenten von Hinkeldey der ärgste Stein des Anstoßes im Regiment Manteuffel. Bismarck sah in ihm gradezu „Manteuffels bösen Genius", der des Ministers „im Grunde nobeln Charakter um Ehre und Reputation" bringt[15]). Zweifellos war Quehl doch aber ein äußerst gewandter, wenn auch in den Mitteln durchaus skrupelloser Journalist, der mit größtem Geschick nicht nur seine Korrespondenzen, sondern auch seine Individuen in die Redaktionen verschiedenster außerpreußischer Blätter zu lanzieren verstand.

In der Zollvereinssache begann man preußischerseits die Verteidigung gleich mit schwerem Geschütz. In einer Reihe von Flugschriften legten bekannte Gelehrte und Wirtschaftspolitiker auch außerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle den preußischen Standpunkt dar. Den Reigen eröffnete in preußischem Sinne der Göttinger Professor der Nationalökonomie J. E. Wappaeus im Januar 1851 mit seinen „Gelegentlichen Gedanken über Handelspolitik"[16]). Hinter diesem nichtssagenden Titel verbirgt sich eine interessante Kritik des „Nationalen Systems" Friedrich Lists, dem er Verkennung des geographischen Elements in der Volkswirtschaft und der „spezifisch nationalen, durch physische und ethnographische Verhältnisse bedingten individuellen Unterschiede in der Kulturaufgabe" vorwirft. Praktisch auf die Zolleinigungsfrage angewandt findet er, daß „Nationalität, Religion, Bildungsniveau, geographische Lage, politische Traditionen Österreich eine eigene, spezifisch österreichische Politik vorschreiben, die in Hauptfragen der inneren Politik sich von der des übrigen Deutschland niemals bestimmen lassen werde". Zu verhüten, daß „das nördliche Deutschland der österreichischen Handelspolitik anheimfällt" ist für den Verfasser eine der wichtigsten Aufgaben preußischer und deutscher Politik.

Dieser von hoher wissenschaftlicher Warte aus angestellten Erörterung folgte im April Oechelhäusers Broschüre „Der Fortbestand des Zollvereins und die Handelseinigung mit Österreich"[17]). Sie erfaßt scharf den Kernpunkt des Problems: „In einem einheitlichen, von der Bundesgewalt geleiteten und Gesamtösterreich umfassenden Zollverein müßte Preußens Einfluß allmählich ganz verschwinden." „Das handelspolitische Band

[15]) Kohl, H., Bismarcks Briefe an den General L. v. Gerlach. Stuttgart 1896, S. 30.
[16]) Göttingen 1851.
[17]) Frankfurt a. M. 1851.

ist nicht stark genug, auch noch die Rivalität zweier mächtiger Staaten und die politischen Antipathien verschiedener Völker mit seinem alleinigen Einfluß zu bändigen. In einem engen politischen oder handelspolitischen Bundesstaat kann nur eine Großmacht Platz finden." So hält er das Bruckscheǝ Programm für Preußen für völlig indiskutabel.

Aber auch von österreichischer Seite kam ein Mann, freilich aus ganz anderen Gründen, zu dem gleichen Resultat wie die preußischen Publizisten. Ein Mann, der als hervorragender Historiker und Kunsthistoriker sich später einen Namen machen sollte, es war der Deutsch-Böhme Anton Springer. In seiner, im Frühjahr erschienenen Schrift „Österreich, Preußen und Deutschland"[18]) nennt er das Zolleinigungsprojekt „einen Zankapfel für alle ökonomischen und politischen Parteien". Die österreichische Industrie vertröste man „mit der Versicherung hoher Schutzzölle", die deutsche auf der anderen Seite mit der Gewinnung eines großen einheimischen Marktes. „Mit einer Deutlichkeit, die erschrecken macht, wird die Majorität der österreichischen Bevölkerung als Preis angeboten, die deutschen Freihändler mit den hohen Schutzzöllen zu versöhnen, den deutschen Liberalen die politische Restauration annehmbar zu machen." In Österreich könne man sich mit dem Gedanken einer Zolleinigung nur vertraut machen, wenn man in ihr einen Schritt zu Gunsten der Handelsfreiheit erblicken dürfe. Für ihn persönlich, den strengen Föderalisten kann es aber nur eine strikte Ablehnung der Zolleinigung geben.

Springers Schrift war aber doch in der österreichischen Flugschriftenliteratur eine singuläre Erscheinung, die allerdings in ganz Deutschland großes Aufsehen und lebhafte Besprechung erregte. Andere österreichische Publizisten stellten wesentlich andere Forderungen auf. So kritisierte zwar Siegfried Weiß in seiner Broschüre „Zur deutschen Staats- und Handelspolitik der Gegenwart"[19]) scharf den neuen österreichischen Zolltarif, weil er die deutschen Staaten als Ausland behandele. Der jetzt wieder zusammentretende Bundestag sei die berufene Vertretung der kommerziellen Interessen Gesamtdeutschlands. Voraussetzung dafür sei natürlich das Fallen aller inneren Zollschranken innerhalb des Bundesgebietes. Mit Friedrich List fordert er „eine völlige Beseitigung der inneren deutschen Zollschranken für den deutschen Ackerbau, Industrie, Handel, Gewerbe und Schiffahrt; eine völlige Freizügigkeit in Deutschland unter Vorbehalt, daß das Ausland von diesem Genusse ausgeschlossen bleibe; dagegen für das Ausland einen angemessenen Schutz-

[18]) Leipzig 1851.
[19]) Wien 1851.

zoll dort, wo es nötig sein wird, und Differentialzölle dort, wo derselbe beseitigt werden kann".

Im Frühling 1851 wurde dann die Vorbedingung für Weißens Plan erfüllt. Frankfurt am Main wurde der Mittelpunkt der diplomatischen Kämpfe in der handelspolitischen Frage, mit denen die Agitation in der öffentlichen Meinung auch weiter Hand in Hand ging. Der bereits im Mai vorigen Jahres von Österreich zusammengerufene Bundestag wurde erst jetzt durch den Eintritt Preußens und seiner Unionsverbündeten vollzählig. Der preußische Gesandte am russischen Hofe, Generalleutnant von Rochow, wurde vertretungsweise am Bundestag akkreditiert. Ihn begleitete der Geheime Legationsrat von Bismarck-Schönhausen cum spe succedendi. Vorläufig erhielt er die Leitung der neuerrichteten Preßstation in Frankfurt als selbständigen Wirkungskreis zugewiesen. Rochows Stellung zu Österreich haben wir oben bereits charakterisiert. Er las aus seiner Instruktion nur den einzigen Wunsch Manteuffels nach baldiger Wiederherstellung der vormärzlichen entente cordiale zwischen beiden deutschen Mächten heraus. Daß Rochow dieses Streben nach Einvernehmen auch auf die Preßangelegenheiten ausdehnte und hierbei die gleichlautenden Äußerungen des Grafen Thun offenbar für bare Münze nahm, sehen wir aus einem Brief vom 1. Juni 1851 an seinen Chef. „Die Zustände der süddeutschen hiesigen und einheimischen Presse," schreibt er, „bilden ein Moment der ernstesten Aufmerksamkeit. Österreich hat hier keine geschickte Feder und Graf Thun wünscht ein solches Talent nachgewiesen zu erhalten, um im Sinne der Eintracht Preußens und Österreichs gut zu wirken"[20]).

Bismarck stand dem österreichischen Biedermännertum schon skeptischer gegenüber. Wohl war auch er von der Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens von Preußen und Österreich überzeugt, aber er sah doch sehr bald ein, daß die erforderliche Gegenseitigkeit fehlte. So durchschaute er auch schnell die österreichischen Pressemachinationen in Frankfurt. Anfang Juli 1851 berichtete er Manteuffel von einem Zeitungskorrespondenten, namens Dr. Elbner, „der seine Inspirationen durch den Privatsekretär des Baron Brenner (von der österreichischen Gesandtschaft) empfängt" und „für Geld alles schreibt, was Österreich nützt"[21]). In dem Baron Brenner, dem Bundeskanzleidirektor, mußte Bismarck bald einen der gefährlichsten österreichischen Individuen erkennen, „der für Öster-

[20]) Poschinger, H.v., Preußens auswärtige Politik. Berlin 1852 (P. a. P.) I, S. 175.

[21]) Poschinger, P. i. B. I, S. 147.

reich die Tagespresse zu überwachen hat und den zahlreichen, von Österreich besoldeten hiesigen Literaten ihre Instruktionen gibt"[22]).

Rochow brachte eine gewisse Vorliebe für die Presse mit nach Frankfurt. Der Legationsrat Gruner, welcher gleichzeitig mit Bismarck der Bundestagsgesandtschaft attachiert wurde, schreibt sehr wenig entzückt über diese Neigung seines Chefs „sich polizeilicher und sonstiger Späher zu bedienen, um sich direkte Auskünfte zu verschaffen oder auf die Haltung der Presse hinzuwirken"[23]). Rochow trat auch bei dem Ministerpräsidenten warm dafür ein, daß den preußischen Vertretern an den süddeutschen Höfen genügend Mittel „zur Überwachung und Benutzung der Presse" zur Verfügung gestellt wurden. Er lobte Savigny, den Gesandten in Karlsruhe, der ihm mitgeteilt hatte, daß ihm „einige literarische Kräfte und sogar zwei bis drei einflußreiche Landesjournale" zu Gebote ständen[24]). Schließlich ging offenbar der Gedanke einer Zentralisierung aller süddeutschen Preßangelegenheiten von ihm aus. Er schrieb dem Minister am 23. Juli, seine langjährigen Erfahrungen in der Schweiz und im südwestlichen Deutschland ließen ihn eine zweckmäßige Benutzung der süddeutschen und bayrischen Presse für unerläßlich erachten. So hätten ihm damals schon der Minister von Rochow und später Graf Arnim-Boitzenburg Gelder für diesen Zweck zur Disposition gestellt. „Daß etwas ähnliches aufs Neue im rein preußischen Interesse und womöglich unter einem Hut für das südliche Deutschland eingerichtet werden muß, davon wird ein jeder durchdrungen sein, der das Terrain in jenen Gegenden nur einigermaßen kennt."[25])

Über den Ausbau der Frankfurter Preßstation besitzen wir ein eingehendes Promemoria Bismarcks für Manteuffel vom 22. Dezember 1853, das rückblickend über die Tätigkeit der Station in den verflossenen Jahren berichtet[26]). Vor der Reaktivierung des Bundestags hatte die Leitung der damaligen „publizistisch-politischen Station" in den Händen des Grafen Robert Goltz, des späteren Führers der Wochenblattspartei, gelegen, der seit Dezember 1850 preußischer Resident bei der freien Stadt Frankfurt und Protokollführer der Bundes-Centralkommission war. Ihn löste im Mai 1851 als Chef der Preßstation Bismarck ab, dem auf seinen Wunsch Anfang

[22]) Poschinger, P. i. B. I, S. 147.
[23]) Deutsche Revue XXVI, S. 44.
[24]) Poschinger, P. a. P. I, S. 210.
[25]) Poschinger, P. a. P. I, 210.
[26]) Poschinger, Bismarck und der Bundestag. Berlin 1906 (B. u. d. B.), Seite 134.

Juni der Assessor Rudloff beigegeben wurde. Im August übernahm dieser selbst die Leitung der Preßstation. Über Rudloff, der in gleicher Eigenschaft schon in Hannover beschäftigt gewesen war und später auch wieder dahin zurückkehrte, lauten die Urteile nicht allzu günstig. Manteuffel selbst leugnet zwar nicht seinen guten Willen, tadelt aber seine „ungestüme und oft fehlgreifende Tätigkeit“[27]) und der Präsident von Gerlach will gar von ihm als einem „sehr unzuverlässigen und unsittlichen Menschen“ gehört haben[28]).

Bismarck, dem eifrigen Mitarbeiter der „Kreuz-Zeitung“, war das ihm zugewiesene Betätigungsfeld nichts Neues. So konnte Rochow bald von ihm berichten „mein erster Gehilfe, der große Debattenvirtuose, arbeitet sich ein. Sein Verdienst ist nicht bloß rhetorisch, er ist auch glücklich in Auseinandersetzung und Widerlegung, und ich bemühe mich, ihm sein künftiges Operationsterrain vorzubereiten“[29]). Den ganzen Sommer hindurch erfahren wir zwar nichts von Bismarcks Tätigkeit in der Zollvereinssache, aber daß er in diesen Monaten nicht geruht haben kann, sehen wir, als im Herbst seine Leistungen auf die Probe gestellt werden sollten.

IV. Der Kampf um den Septembervertrag und die Wiener Konferenzen.

Am 7. September 1851 sah Rudolf Delbrück seine monatelange Arbeit von Erfolg gekrönt: Hannover schloß mit Preußen jenen denkwürdigen Vertrag, der die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein für den 1. Januar 1854 aussprach. Die Kündigung des Zollvereins durch Preußen folgte dem Abschluß mit Hannover auf dem Fuße. Die vor allem politische Bedeutung des Septembervertrages lag auf der Hand, besonders da Preußen ihn sich schwere materielle Opfer hatte kosten lassen. Bei den vor der Türe stehenden Verhandlungen über Erneuerung der zum 1. Januar 1854 ablaufenden Zollvereinsverträge, bei dem drohenden Auftreten der süddeutschen Vereinsstaaten zu Gunsten Österreichs und im Bunde mit ihm, mußte Preußen einmal den gefährdeten freien Verkehr zwischen den westlichen und östlichen Provinzen der Monarchie sicherstellen, dann aber auch in Norddeutschland sich bereits einen Ersatz zu

[27]) Ged. u. Er. Anhang II „Aus Bismarcks Briefwechsel“. Stuttgart 1901, S. 2.
[28]) Kohl, H., Bismarck-Jahrbuch. Berlin 1894 III, S. 45.
[29]) Poschinger. P. a. P. I, S. 196.

schaffen suchen, um mit umso größerer Sicherheit in den kommenden Verhandlungen seinen bisherigen Zollverbündeten gegenübertreten zu können. Mit tiefster Entrüstung nahmen die andern Zollvereinsstaaten den Septembervertrag auf. Weniger Sorge um das materielle Wohl ihrer Bevölkerung als gekränkte Eitelkeit sprach aus den flammenden Protesten, die ihre Regierungen nach Berlin richteten. Sie fanden diesen eklatanten „Vertragsbruch" umso empörender, als die Verhandlungen mit Hannover in aller Stille vor sich gegangen waren und sie nun rücksichtslos vor die vollendete Tatsache gestellt waren. Ihre gleichzeitigen Hilferufe nach Wien verhallten natürlich nicht ungehört. Im Gegenteil, Schwarzenberg fand den Augenblick passend, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. In der Note vom 15. November, die die Kündigung der Verträge aussprach, hatte Manteuffel zum April 1852 zu Erneuerungsverhandlungen eingeladen. Nun gedachte der Fürst den Preußen das Wasser abzugraben. Vierzehn Tage später ergingen an alle deutschen Regierungen Einladungen auf den 2. Januar 1852 nach Wien zu Unterhandlungen über einen allgemeinen Zoll- und Handelsvertrag als Vorbereitung für den Zollanschluß Österreichs. Gleichzeitig tauchte an den süddeutschen Höfen der geschäftige Wiener Ministerialrat Hock, früher Brucks rechte Hand im Handelsministerium, auf, um die Regierungen und die interessierten Kreise der Bevölkerung in österreichischem Sinne zu bearbeiten.

In dieser kritischen Lage des Spätherbstes 1851 erhob sich naturgemäß der Sturm für und wider die Zolleinigung in der gesamten öffentlichen Meinung aufs neue. Aber seit einem Jahre hatte sich das Bild völlig verschoben. Bismarck hatte den ruhigen Sommer nicht ungenützt verstreichen lassen, und auch Quehl hatte von Berlin aus seine Fäden gesponnen. Wohl ertönten wie damals wilde Anklagen und Schmähungen gegen das „vertragsbrüchige" Preußen in allen Regierungsblättern Süddeutschlands. Wohl schilderte man in den verlockendsten Farben die unausbleibliche Blüte von Handel, Gewerbe und Industrie in dem zukünftigen großen deutschen Handelsgebiet von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer unter Habsburgs Szepter. So ist Isidor Hellers „Sendschreiben eines Österreichers an die deutsche Nation"[30]) ein einziges Loblied auf den Kaiserstaat. Mit allen Mitteln versucht er darin den Preußen und ihren norddeutschen Freunden — für die seine Schrift vor allem bestimmt ist — die deutsch-österreichische Zolleinigung schmackhaft zu machen. In den höchsten Tönen schildert er die

---

[30]) Leipzig 1852.

Verdienste Österreichs um das gemeinsame Vaterland seit Jahrhunderten, im besonderen seit dem Revolutionsjahr. Österreich sei deutsch: deutsch durch seine Kultur, deutsch durch seine Armee, deutsch durch seine Dynastie. „Ohne Österreich kein Deutschland, ohne Deutschland kein Preußen." Preußens egoistische Politik verkörpert sich für ihn „im Zollverein, im Septembervertrag, im Dualismus und in der jetzt angedrohten Isolierung". Ihr Ziel könne sie nur in einem zerrissenen Deutschland erreichen. „Deutschland war zerrissen, Großpreußen war fertig." So gebührt nach ihm auch in der Zollsache Österreich die Führung.

Dieses Mal blieben Preußens Freunde auch in der Presse die Antwort nicht schuldig. In Sachsen trat den beiden offiziellen Blättern die Brockhaus'sche „Deutsche Allgemeine Zeitung" ganz in freihändlerischem Sinne so scharf entgegen, daß die Gegner wohl nicht ganz mit Unrecht ihr Beeinflussung und sogar Subvention von Berlin aus nachsagten. In ihrem Verlag erschien auch wenig später eine „die Segnungen des Zollvereins" betitelte anonyme „statistische Skizze" mit ausgesprochen freihändlerischer Tendenz. So hatte der Septembervertrag den Freihändlern überall wieder mehr Mut gemacht. Durch den Beitritt des Steuervereins hatten sie doch nun berechtigte Hoffnung, ihre Partei bei den zukünftigen Zollkonferenzen wesentlich verstärkt zu sehen. Fanatische Doktrinäre unter ihnen freilich verurteilten den Schritt Hannovers als einen Abfall von der guten Sache[31]). Sie wollten Alles oder Garnichts. Aber die große Menge der Freihändler sah doch in dem Vertrag einen bedeutsamen Schritt auf ihr Ideal zu und begrüßte ihn mit Otto Hübner als „ein diplomatisches Meisterstück Manteuffels". Hübners sachkundiger Aufsatz im „Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik: „Steuerverein und Septembervertrag"[32]) fand in diesen gemäßigten Kreisen lebhaften Beifall[33]). Der Vertrag, sagt Hübner hier, gebe Preußen und Hannover die Beherrschung aller Ströme und Straßen nach den nördlichen Meeren und die Macht, die süddeutschen Staaten nach Belieben jederzeit vom Weltmarkt auszuschließen. Er bedauert nur, daß Preußen „durch Verlassen des Schutzsystems dem österreichischen Zolleinigungsprojekt einen Giftzahn ausgebrochen hat" und statt dessen seine Finanzen durch Annahme des Präcipuums arg belastet hat. Verständlich erscheint ihm

---

[31]) So „Der Zollverein und seine hannöverschen Gegner". Von einem Hannoveraner im Ausland. Berlin 1852.

[32]) Leipzig 1852.

[33]) Vgl. auch Hübner, Die Zolleinigung und die Industrie des Zollvereins und Österreichs. Berlin 1850.

dies nur, wenn Preußen dabei hoffte, den Zollvereinstarif auf die gleiche Stufe mit dem hannöverschen herabdrücken zu können.

In der Presse Südwestdeutschlands handelte es sich weniger um einen Kampf der Prinzipien: Hie Freihandel, hie Schutzzoll. Hier herrschte die nüchterne Erwägung vor, nach dem Grundsatz: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dache." Man wollte die sicheren, unbestreitbaren Vorteile des Zollvereins nicht eintauschen gegen die Luftschlösser, die die Regierungspresse in freigebigster Weise vor einem aufbaute.

Bismarck spricht später einmal in einem Brief an Manteuffel sein Bedauern aus, daß ihm zur energischen Vertretung der preußischen Interessen kein ähnlich verbreitetes Blatt wie die Cotta'sche „Allgemeine Zeitung" zur freien Verfügung stehe[34]). Am nächsten kam ihr unter den süddeutschen Blättern das „Frankfurter Journal" mit seinem 8—10 000 Abonnenten umfassenden Leserkreis[35]). Mit ihm hielt Bismarck auch während seiner ganzen Frankfurter Gesandtenzeit enge Verbindung aufrecht. Aber der höchste Gesichtspunkt, der den Verleger Hammeran bei der Leitung seines Blattes beherrschte, war das Geschäftsinteresse. Sobald er glaubte, er könnte durch allzu energisches Eintreten für Preußen Bezieher einbüßen, zog er sich ängstlich von Bismarck zurück. Er scheute sich dann auch nicht, eine Weile im entgegengesetzten Fahrwasser zu treiben. Kein Wunder, daß so das „Journal" allgemein als charakterlos verschrieen war, daß man seiner als „Blatt für liberale Kannegießer"[36]) spottete. Wenn Bismarck hier auch nicht in dem Maße die Vertretung fand, wie er sie seiner Sache wünschen mochte, war die auch nur zeitweise Unterstützung des „Journals" doch bei seinem großen Verbreitungsgebiet keineswegs ohne Bedeutung. Schon im Sommer 1851 warnte es die süddeutschen Vereinsgenossen, Preußens Langmut einer zu harten Belastungsprobe auszusetzen, und nach Abschluß des Septembervertrages drohte es mit einem norddeutschen Zollverein mit freihändlerischen Tendenzen, wenn Süddeutschland weiterhin Schwierigkeiten mache. Daß in der Augsburger „Allgemeinen", im „Nürnberger Korrespondenten" — von den offiziellen Organen ganz zu schweigen — eine stürmische Gegenbewegung eingeleitet wurde, die auch unfaire Mittel — man warf dem „Journal" Aufnahme von bezahlten Artikeln des Hamburger Freihandelsvereins, ja sogar Bestechung durch englische Gelder vor — nicht scheute,

---

34) Poschinger. P. i. B. I, S. 140.
35) Poschinger, B. u. d. B., S. 139.
36) Leipziger Zeitung vom 4. 7. 1852; „Germania" II, 286.

läßt doch ersehen, wie unbequem die Agitation des „Journals" den Freunden Österreichs in diesen Wochen war[37]).

Eine außerordentlich günstige Position schuf sich Bismarck in diesem Herbst bereits in Nassau, während er in der hessischen Presse offenbar niemals recht Fuß hat fassen können und in Baden es ihm erst im Herbst 1852 glücken sollte, Verbindungen anzuknüpfen. Das verbreitetste Wiesbadener Blatt, die „Mittelrheinische Zeitung" hielt während der ganzen Dauer der Krise treu zu Preußen und auch die offizielle „Nassauische Allgemeine Zeitung" war um einen Ton weniger preußenfeindlich, als es sonst in den Spalten der Regierungsorgane südlich des Mains herkömmlich war. Nur zeitweise konnte sie sich doch einen Seitensprung zu Gunsten eines gesunden nassauischen Partikularismus nicht versagen.

Den hervorragendsten Mitkämpfer für die Zollvereinssache fand Bismarck aber in dem „Schwäbischen Merkur" in Stuttgart. Der „Merkur" war schon in den Revolutionsjahren in vorderster Linie für ein preußisches Erbkaisertum und später für Anschluß Württembergs an das Dreikönigsbündnis tätig gewesen. Männer wie Vischer und Strauß, Pfizer, Abel und Rümelin schrieben in seinen Spalten. Auch wirtschaftliche Fragen hatten im „Merkur" immer einen warmen Fürsprecher gefunden. Lizts Eisenbahnplänen, der Schaffung von Handelskammern hatte er entschieden zugestimmt. So lag jetzt sein rückhaltloses Eintreten für die Aufrechterhaltung des Zollvereins mit Preußen in gleicher Richtung. In seinem Berliner Korrespondenten, dem durch die „Erzählungen aus dem Ries" bekannt gewordenen Dichter Melchior Meyr fand er eine gewandte Feder für die Verteidigung des Zollvereins. Lebhaft begrüßte Meyr den Abschluß des Septembervertrages. In dem „Treubruch" Preußens sah er eine leere Formsache, der keinerlei Gewicht beizulegen sei, zumal Preußen dazu vollauf berechtigt gewesen wäre. In Frankfurt erhielt der dortige Mitarbeiter des „Merkur", v. Meseritz, von der preußischen Preßstation regelmäßige Korrespondenzen für sein Blatt.

In Bayern war nach wie vor der preußische Einfluß auf die Presse außerordentlich gering. Der „Nürnberger Korrespondent" bekam zwar auch von Frankfurt Korrespondenzen zugesandt, wie Bismarck in seinem schon häufig erwähnten großen Memorandum meldet, aber offenbar konnte ihnen unter dem Drucke von der Pfordtens in dem Blatte nicht der Platz eingeräumt werden, der für ein erfolgreiches Eintreten für Preußen erforderlich gewesen wäre.

---

[37]) Augsb. Allg. Ztg. vom 7. 7. und 9. 7. 1851.

Den ersten Anlaß zur ergiebigen Benutzung der Presse gab Bismarck die bereits mitgeteilte Propagandareise des Österreichers Hock an die süddeutschen Höfe. Er schreibt darüber am 7. November an Manteuffel „hier werde ich nicht nachlassen, das wahre Treiben des Herrn von Hock soweit nur möglich zu beaufsichtigen und durch die Presse den wahren Tatbestand unter verschiedenen Formen und an verschiedenen Orten ohne alle Schonung aufdecken lassen, von der Überzeugung geleitet, daß eine längere Rücksichtnahme nur von unser'm Ziel weiter abführt“[38]. An einem der folgenden Tage fand Bismarck auch Gelegenheit in einer Konferenz mit dem nassauischen Staatsminister Freiherrn von Wintzingerode persönlich den von Hock geschäftig verbreiteten Nachrichten von dem bevorstehenden Abschluß eines süddeutschen Zollvereins entgegenzutreten, für den München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt schon gewonnen sein sollten. Er mußte in Wiesbaden das Vorhandensein einer starken österreichischen Partei feststellen, wozu Hock durch eifrige Agitation und Warnungen vor dem neuen „Freihandels-System Preußens“ unter den nassauischen Fabrikanten das Seinige beigetragen hatte[39]).

Auch während seiner Anfang Dezember 1851 notwendig werdenden Reise zu den Kammerverhandlungen nach Berlin behielt Bismarck die Fäden selbst in der Hand und instruierte den Legationsrat Wentzel auf dessen Bericht am 3. Dezember dahin, daß der Handelsvertrag, den man in Wien plante, in der Presse immerhin angegriffen werden könne, „namentlich aus dem Gesichtspunkt, daß Österreich vorschlägt, sich eine Mitwirkung im Zollverein und Veto in demselben auszubedingen, ohne selbst dazu zu gehören“[40]).

Eine weitere Abwehr erforderten die unter der Redaktion des württembergischen Bundestagsgesandten, Herrn von Reinhardt, des „wahren Bedienten Thuns“, wie ihn Wentzel einmal genannt hat[41]), völlig einseitig erfolgenden Veröffentlichungen der Bundestagsverhandlungen in der Frankfurter „Oberpostamts-Zeitung“. Speziell die Veröffentlichung über den „Entwurf einer Übereinkunft zur Beförderung des Handels usw.“ war durchaus österreichisch gefärbt. Bismarck glaubt, „daß das einzige Mittel den mit dem eingeschlagenen Verfahren beabsichtigten indirekten Angriff auf die preußische Handelspolitik abzuwehren, in einer Veröffentlichung des wirklichen Inhalts der Verhandlungen und in einer Desavouierung der erfolgten

---

[38]) Poschinger, P. i. B. I, S. 38.
[39]) Poschinger, P. i. B. I, S. 45.
[40]) Kohl, Bism. Jahrb. V, 4, 33, 36.
[41]) Kohl, Bism. Jahrb. V. 36.

Publikationen" zu finden sein würde. Er habe daher unter der Hand durch das deutsche[42]) „Frankfurter Journal" die Veröffentlichung des revidierten Entwurfs beginnen lassen und plane außerdem einen berichtigenden Artikel für die „Oberpostamts-Zeitung"[43]). Wir sehen, trotzdem Bismarck einen eigenen Referenten für Preßangelegenheiten hatte — seit August 1851 den Regierungsassessor Zietelmann — griff er doch höchst eigenhändig ein, sobald die Bedeutung des vorliegenden Falles es ihm erforderlich zu machen schien. Im übrigen ließ er sich durch allmorgendliche Vorträge Zietelmanns auf dem Laufenden halten und besprach mit ihm dann, wie wir aus seiner schon mehrfach erwähnten Denkschrift wissen, die den Zeitungskorrespondenten zu erteilenden Anweisungen.

Es währte nicht lange, bis die Gegner merkten, daß ihnen ein mehr als gleichwertiger Kontrahent gegenübergetreten war. Graf Thun, der Präsidialgesandte, fand seine Gesundheit durch den unerquicklichen Zeitungsstreit so erschüttert, daß er stark das Bedürfnis nach einem Erholungsurlaub fühlte. Ganz besonders tief kränkte es den Grafen, daß er in den Zeitungsartikeln nicht selten Bismarcks Ausdrücke wiedererkennen mußte[44]). Bismarck selbst fühlte, daß „unsere Preßfehde wegen der Publikation der Bundestagsverhandlungen tiefen und schmerzlichen Eindruck gemacht und die Herren etwas zur Besinnung gebracht hat", so daß er seinem Chef einen momentanen Waffenstillstand vorschlug, um den Gegner nicht zu verhärten[45]). Aber nicht nur in Frankfurt war man von Bismarcks energischem Auftreten peinlich berührt, auch Fürst Schwarzenberg führte bittere Klage über den heftigen Ton der preußischen Blätter[46]) und Zar Nikolaus, der protector Germaniae, fühlte sich gemüssigt, Rochow gegenüber die Zeitungspolitik in der Handelssache in tadelnden Ausdrücken zur Sprache zu bringen[47]). Das „Frankfurter Journal" dagegen konnte sich am 3. Januar 1852 aus Berlin berichten lassen: „Die Energie, mit welcher unser Bundestagsgesandte Geheimrat von Bismarck gewissen Prätensionen und Intriguen entgegentritt, wird hier in den verschiedensten Kreisen sehr günstig beurteilt."

Zu Beginn des neuen Jahres während der Wiener Konferenzen, zu denen sich Preußen ablehnend gestellt hatte, trat die Zeitungspolemik in ein neues Stadium. Der fruchtlose Streit

[42]) Im Gegensatz zu dem „Journal de Frankfort" des Herrn von Vrints.
[43]) Poschinger, P. i. B. I, S. 47.
[44]) Poschinger, P. i. B. I, S. 63.
[45]) Poschinger, P. i. B. I, S. 67.
[46]) Poschinger, P. a. P. I, S. 335, Gerlach, L. v., Denkw., S. 720.
[47]) Poschinger, P. a. P. I, S. 342.

um die Berechtigung Preußens zum Abschluß des September-vertrages schlief allmählich ein. Ein letztes Aufflackern war noch einmal die sächsischerseits verfaßte Schrift: „Das Rechts-verhältnis des thüringischen Zoll- und Handelsvereins zum Zollverein"[48]), in der in mehr breiten als tiefgründigen juristischen und historischen Auseinandersetzungen den thüringischen Staaten, die gemeinsam mit Preußen die Zollvereinsverträge gekündigt hatten, das Recht hierzu bestritten wurde, und sie angehalten wurden, weitere 12 Jahre beim Zollverein auszuharren. Es war Delbrück ein leichtes, durch eine von ihm veranlaßte Broschüre seines früheren Hallenser Lehrers Pernice, diese Schrift wirkungslos zu machen[49]). Im übrigen lernte man sich mit dem Septembervertrag als gegebene Tatsache abfinden.

Jetzt traten durch Schwarzenberg erneutes Eingreifen die politischen und nationalökonomischen Vorzüge und Nachteile der Zolleinigung mit Österreich wiederum in ihrer ganzen Ausführlichkeit in den Mittelpunkt der Diskussion. Eine Flut von Flugschriften ergoß sich von neuem schonungslos über die von allen Seiten umworbene Bevölkerung[50]). Aus ihr verdient nur eine Broschüre hervorgehoben zu werden, einmal ihres Verfassers wegen, dann aber auch, weil sie am besten geeignet erscheint, uns einen Überblick über alle die Fragen zu geben, die im Laufe des Für und Wider der Erörterung angeschnitten wurden. Es ist die im Januar 1852 in Berlin anonym erschienene Schrift „Preußen und die deutsch-österreichische Zolleinigungsfrage". Der Verfasser war Dr. Theodor Toegel, der als Herausgeber der „Volkswirtschaftlichen Monatsschrift für den deutschen Zollverein" in regem Gedankenaustausch mit beiden Parteien stand[51]). Mit dem bereits oben erwähnten Oechelhäuser spielte er eine führende Rolle in dem „Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit", auf den wir später noch näher eingehen müssen[52]). Beide standen in nahen Beziehungen zu Manteuffel und Rino Quehl. Toegel stellt klar und eindeutig „die Restitution Österreichs in Deutschland" als leitendes Motiv für Schwarzenbergs Zollpläne heraus. „Die Manen der Reichsverfassung und des Erfurter Unionstages rufen den österreichischen Staatsmännern warnend zu, ihre deutsche Position zu befestigen und alles, was möglich ist nicht zu versäumen, um die Zusammenhänge Österreichs mit Deutschland zu kräftigen." Wirtschaftlich hält er das geltend gemachte Bedürfnis nach

---

48) Leipzig 1852.
49) Delbrück, R. v., Lebenserinnerungen. Leipzig 1905, I, S. 325.
50) Vgl. Fischer-Grüllert, Vor der zwölften Stunde. Frankfurt a. M. 1852.
51) Poschinger, Denkw. Manteuffels. Berlin 1901, II, S. 181.
52) Augsb. Allg. Ztg. vom 1.—7. 4. 1852.

einem größeren Absatzgebiet für die ungarische Agrikulturproduktion nicht für stichhaltig. Für den hier gewonnenen Markt ginge der ungarische Markt den Industrieen Cisleithaniens durch die einsetzende Konkurrenz der kräftigen zollvereinsländischen Industrien verloren. Ausschlaggebend für die österreichischen Finanzpolitiker scheint dagegen Toegel die Hoffnung auf Hebung der Valuta zu sein und zwar weniger durch das zu erwartende Abströmen von österreichischem Papiergeld nach Deutschland als durch Erzielen einer günstigen Handelsbilanz durch Hebung des durch die niedrige Valuta und das Silberagio ohnehin schon begünstigten Exportverkehrs. Von preußischem Standpunkt hält er „die Aufrechterhaltung der handelspolitischen Autonomie, auf der augenblicklich Preußens deutsche Stellung fast ausschließlich beruht, mit der von Österreich beabsichtigten Zolleinigung unvereinbar". „Preußens ökonomische Wichtigkeit würde ohne den Zollverein auf die Linie einer Macht zweiten Ranges herabsinken, damit aber auch die politische Bedeutsamkeit der jüngsten Großmacht den heftigsten Stoß erleiden." Er sieht für Preußen keinerlei Veranlassung vorliegen, „die erste Rolle im Zollverein mit der zweiten in der deutsch-österreichischen Union zu vertauschen in einem Augenblick, wo selbst seine erklärtesten politischen Gegner mit Rücksicht auf ihre Finanzen, ihren Markt, ihre Industrie, nicht wagen würden, den Bestand des Zollvereins ernstlich zu gefährden". Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus sieht der Schutzzöllner Toegel allerdings für den Zollverein keine ernstlichen Hindernisse für eine Angliederung Österreichs. Der in weiten Kreisen bitter bekämpfte neue österreichische Zolltarif scheint ihm sogar in glücklichster Weise zwischen Freihandel und Schutzzoll die Mitte zu halten. Ihm sich anzupassen, könne für den Zollverein nur vorteilhaft sein. Auch den viel erhobenen Einwurf, die geographische Lage beider Gebiete hätte dem Verkehr des Zollvereins ganz andere Bahnen geöffnet als dem Österreichs, will er nicht gelten lassen. Dieses suche in Südosteuropa und der Levante sein vornehmlichstes Absatzgebiet, Preußen und der Zollverein fänden im Norden und Westen den besten Markt für ihre Waren. Er hält dies Argument keineswegs für stichhaltig. Im Gegenteil verspricht er sich für eine Reihe wichtiger Industriezweige, der oberschlesischen Eisenindustrie, der Lederfabrikation, der Maschinen- und chemischen Industrie, von der Öffnung der österreichischen Zollgrenze nur Vorteile. Dem gefürchteten Schmuggel und dem Tabakmonopol legt er nur geringe Bedeutung bei. Das Tabakmonopol sei eine innere Angelegenheit Österreichs, der Schmuggel aber durch verschärfte Grenzbewachung einzudämmen. So versucht er

schließlich in seinen praktischen Vorschlägen dem Zollverein durch einen Handelsvertrag die aus einer Verbindung mit Österreich für ihn zweifellos resultierenden wirtschaftlichen Vorteile zu sichern, ohne Preußen die politischen Möglichkeiten aufoktroieren zu müssen, die mit einer Zolleinigung unvermeidlich verbunden wären[53]). Wir sehen, es ist der Weg, den die Geschichte in der Tat gegangen ist.

Fragen wir uns nun, welchen Standpunkt Bismarck persönlich in der Zollangelenheit einnahm, so sehen wir, daß ihn schon damals einzig und allein der Gesichtspunkt beherrscht: Kann die Sache Preußen nützen? Alle anderen Erwägungen treten hinter dieses Grundprinzip weit zurück. Sobald diese Nützlichkeitsfrage beantwortet ist, handelt Bismarck in den Mitteln ganz als Opportunist. So ist für ihn die Zollvereinskrise und Österreichs Anschlußbegehren naturgemäß eine rein politische Frage. Und so behandelt er sie auch in allen seinen Schriftstücken der damaligen Zeit. Ganz allein politische Gründe sind für ihn maßgebend, wenn er ebenso entschieden wie sein späterer erster wirtschaftspolitischer Berater, Rudolf Delbrück, alle Wünsche Österreichs auf Eintritt in den Zollverein abgelehnt wissen will. In diesem Sinne dringt er in Berlin immer und immer wieder auf energischen Widerstand gegen alle derartigen Versuche der Hofburg und kann sich schon im Oktober 1851 der Überzeugung nicht verschließen, daß Preußen „schließlich der Notwendigkeit trockener Weigerung nicht werde ausweichen können"[54]). Erst längere Erörterungen mit Manteuffel konnten ihn bestimmen, wie er im Juli 1852 nach seiner Wiener Reise dem Prinzen von Preußen berichtet, sich seinerseits Manteuffels Ansicht anzuschließen, man müsse für die Ablehnung wegen der momentanen politischen Lage eine mildere Form wählen durch die Erklärung, daß man die Zollunion nur „zur Zeit" und „für jetzt" unmöglich halte, wenn auch beide Staatsmänner im Grunde darin durchaus einig waren, daß Preußen die Zolleinigung niemals bewilligen könne[55]). Wirtschaftliche Gesichtspunkte drängten sich Bismarck erst auf, als er rückblickend in den „Gedanken und Erinnerungen" von seiner Wiener Reise spricht. Auch jetzt noch hält der große Kanzler, der Schöpfer des Dreibundes, es nicht für ratsam, Österreichs Streben nach Zolleinigung entgegen zu kommen. Aber jetzt sind es wesentlich andere Gründe, die ihn bestimmen.

---

[53]) Zu einer sehr ähnlichen Auffassung gelangt auf gleichem Wege die anonyme Schrift „Über den deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsverein". Göttingen 1852.

[54]) Poschinger, P. i. B. IV, S. 46.

[55]) Kohl, Bism. Jahrb. IV, S. 18.

Das Erfordernis eines gewissen Grades von Gleichartigkeit im Verbrauch sieht er ebenso wenig gegeben, als die Möglichkeit, diese Unterschiede der Interessen mit dem guten Willen, der der nationalen Zusammengehörigkeit entspringt, zu überwinden. Die Schwierigkeit eines richtigen Verteilungsmaßstabes für die Zollerträge, die Bedürfnislosigkeit besonders Transleithaniens an fremden Erzeugnissen und schließlich mangelndes Vertrauen zu den undeutschen Zollbeamten lassen ihm eine Zolleinigung wenig wünschenswert erscheinen. Wir sehen, es ist im wesentlichen der gleiche Gedankengang, in dem sich die damaligen preußischen Wirtschaftspolitiker und ihre Anhänger bewegten.

V. Die Trias.

In Wien verhandelten währenddessen die Vertreter der meisten deutschen Staaten ohne Preußen über die ihnen von Österreich vorgelegten Entwürfe eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Österreich und eines zweiten Vertrages, der die für 1859 geplante Zolleinigung bereits festlegen sollte. Einen weiteren Geheimvertrag unterbreitete die österreichische Regierung nur den Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen, Württemberg, beiden Hessen, Baden und Nassau. Er war für den Fall vorgesehen, daß Preußen Verhandlungen über den Beitritt Österreichs ablehnen sollte. Wann er in Kraft zu treten habe, darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Für Österreich recht unliebsam platzte mitten in die Verhandlungen über diesen dritten Vertragsentwurf Preußens erneute Einladung zur Beschickung einer Zollvereinskonferenz auf den 14. April. Wie schon so oft, standen sich auch diesmal beide deutschen Großmächte wieder feindselig gegenüber. Beide wetteiferten im Buhlen um die Gunst der Kleinen. Die Mittelstaaten fühlten sich als das Zünglein an der Wage. In Wien schlug jetzt die Wiedergeburtsstunde der alten Triasidee. Man wollte es mit keiner Macht gerne verderben, fand auch auf keiner Seite Erfüllung aller Wünsche, die man zu stellen sich berechtigt glaubte. Preußen hatte man sein selbständiges Handeln bei Abschluß des Septembervertrages immer noch nicht ganz verziehen, man fürchtete überdies auch die bei Erneuerung der Zollvereinsverträge von Preußen vorgesehenen Minderungen der Zollsätze im Sinne des Septembervertrages. Andererseits fand man auch Österreich nicht so entgegenkommend, wie man erwartet hatte. Es wollte wohl viel erreichen, aber nichts dafür leisten. Schon eine Garantie der Zollrevenuen für den Fall der

Auflösung des Zollvereins konnte man von der Hofburg nicht erlangen. So erwuchs schließlich aus diesem Hin- und Herpendeln zwischen Berlin und Wien eine eigene Politik des „dritten Deutschland", die sich keinem verschreiben, mit keinem brechen wollte, sondern womöglich die Rolle des lachenden Dritten zu übernehmen gedachte. Die Seele der erneuerten Trias wurde das Kleeblatt von der Pfordten, Beust, Dalwigk, alles Namen, die in der Geschichte der Reichsgründung einen nicht sonderlich guten Klang haben. Herr von der Pfordten, Bayerns Ministerpräsident, übernahm nicht ungeschickt das Steuer des neuen Fahrzeuges. Schwarzenberg, der unfreiwillige Geburtshelfer der Trias, gedachte aber nicht im geringsten diese nun allein ihrem Schicksal zu überlassen. Im Gegenteil, er setzte alle Hebel in Bewegung, sie bei der Stange zu halten. Mit bewunderungswürdiger Virtuosität spielte er sich in die Rolle gleichsam eines Protektors des neugebackenen Bundes hinein. Er wollte ihm wohl die Leine notgedrungen etwas länger lassen, aber doch das Ende selbst fest in der Hand behalten. Als die Herren, im Grunde unverrichteter Sache, Mitte März Wien verließen, sandte ihnen der Fürst noch ein umfangreiches Zirkular voll guter Ratschläge und Verhaltungsmaßregeln nach. Er legte ihnen nochmals dringend an's Herz, in Berlin auf Teilnahme eines kaiserlichen Bevollmächtigten zu bestehen und einen eventuellen Antrag Preußens, Unterhandlungen mit Österreich erst nach der Erneuerung des Zollvereins zu eröffnen, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Auf diese Weise gerüstet und gestärkt, traten von der Pfordten, Beust und der Württemberger Neurath noch Ende des gleichen Monats in Bamberg zusammen und beschlossen, nach einer etwaigen Ablehnung ihrer Vorschläge durch Preußen jedenfalls unter sich den Zollverein fortbestehen zu lassen. Die berüchtigte Darmstädter Konferenz aller sieben mittelstaatlichen Minister krönte Anfang April ihr Werk. Wenn sich hier allerdings auch zeigte, daß die neue Einigkeit nicht ohne Risse war — Württemberg suchte eine zwischen den Großmächten und seinen Freunden vermittelnde Sonderstellung einzunehmen, und der Badener Rüdt wollte von einer Zolleinigung mit Österreich überhaupt nichts wissen — so war ihre Widerstandskraft gegen die in Berlin zu erwartenden Zumutungen durch die Festlegung einer ungefähren gemeinsamen Verhandlungsbasis und den Abschluß der eine Art Aufnahmestellung bezweckenden Verträge mit Österreich doch gewaltig gestiegen.

Wir sind in der Feststellung der historischen Tatsachen dem Gang unserer Darstellung vorausgeeilt, um die Dinge kennen zu lernen, die in den ersten Monaten des Jahres 1852 in den

Erörterungen der öffentlichen Meinung eine hervorragende Rolle spielen. Wir sahen schon, wie um die Jahreswende die Zolleinigung mit Österreich wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt war. Als dann die Mittelstaaten ohne Preußen der Einladung nach Wien Folge leisteten und damit die Spaltung im Zollverein für jeden offensichtlich wurde, mischte sich doch ein leises Unbehagen in das bis dahin mehr oder weniger platonisch gebliebene Interesse weitester Bevölkerungskreise. Das Unbehagen verdichtete sich zu lebhaften Mißfallensäußerungen, als man durch die Indiskretionen der „Vossischen Zeitung" erfuhr, daß die Mittelstaaten nun auch von Österreich abrückten und sich anschickten, ihr Heil auf eigene Faust zu versuchen. Für diese Art von Nationalismus, den die Triasstaaten nun in Bamberg und Darmstadt zu proklamieren für gut fanden, brachten ihre Untertanen nicht die geringste Spur von Verständnis auf. Man fühlte überall sehr wohl, daß diese Konstituierung des „dritten Deutschlands" nicht imstande war, die materiellen Kosten, die durch eine materielle Isolierung der Mittelstaaten heraufbeschworen wurden, auch nur annähernd aufzuwiegen. Man empfand die Politik der Regierungen gradezu als „Frivolität". Man fühlte seine wirtschaftliche Existenz „auf dem Altar des Partikularismus geopfert"[56]. Selbst gute Patrioten und Preußenhasser konnten diesem „leichtfertigen va banque spielen" nicht ohne ernste Bedenken zusehen. So konnte sich ein Blatt, wie die Cotta'sche „Allgemeine", die bisher mit den Preußenfeinden durch dick und dünn gegangen war, nicht länger der Überzeugung verschließen, daß „die Bildung einer dritten Zollgruppe den Ruin des Landes nach sich ziehen würde", wenn sie auch irgendwelche „Antipathien gegen Österreich" oder gar „besondere Sympathien für Preußen" in der Bewegung der öffentlichen Meinung lebhaft ableugnete[57]). Nur die extremsten Schutzzöllner gedachten, wie wir noch sehen werden, bei dem Streit mit einer etwaigen Zollerhöhung einen Profit herauszuschlagen. An ihnen fanden die Minister die einzige Rückendeckung, als sie von ihren Konferenzen zurückkamen, und das Land von ihnen stürmisch Rechenschaft begehrte.

Beust, der „Unentwegte", traf in Dresden schon in seinem eigenen Kabinett auf heftigen Widerstand bei seiner Zerstörungsarbeit. Sein Ministerkollege Freiherr von Friesen verhehlte ihm nicht, daß er in der schleunigen bedingungslosen Annahme des Septembervertrages das alleinige Heil für Sachsen sehe. Fast das ganze Land stellte sich geschlossen hinter ihn. Er

56) Dtsche. Allg. Ztg. vom 7. 7. 1852.
57) Augsb. Allg. Ztg. vom 7. 5. 1852.

wurde die Seele der Opposition. Aus allen Teilen des Landes wurde er mit Petitionen um Erhaltung des Zollvereins überschüttet. Ganz besonders stark griff die Bewegung in Leipzig, der sächsischen Handelsmetropole, um sich. Hier hatte die Krisis schon ihre schweren Schatten vorausgeworfen. Die Frühjahrsmesse hatte ganz offensichtlich unter dem Druck der Ungewißheit der kommenden Monate gestanden. Der Verkehr war nur flau gewesen. Unbefriedigt wandten die fremden Geschäftsleute der Pleissestadt den Rücken[58]). Die gleichzeitig hier abgehaltene Generalversammlung der deutschen Buchhändler zeigte das gleich trübe Bild der Mutlosigkeit. Man hatte ohnehin unter den politischen Wirren der letzten vier Jahre schwer gelitten und nun, wo man eben aufatmen zu können hoffte, drohte neues Unheil. Auf Antrag des Braunschweiger Buchhändlers Vieweg beauftragte die Versammlung einstimmig ihren Vorstand „der königlich sächsischen Regierung gegenüber es auszusprechen, daß sie in dem Zerfallen des Zollvereins in mehrere Zollgruppen eine schwere Beeinträchtigung der Interessen des deutschen Buchhandels und seines Zentralpunktes Leipzig erblicken würde"[59]). Auch einheimische Innungen und Korporationen trieb die Sorge um die Zukunft auf den gleichen Weg. In einer Sitzung der Krämerinnung wurden alle zu erwartenden Folgen einer Sprengung des Zollvereins erwogen. Besonders fürchtete man für das orientalische Geschäft von der Konkurrenz Breslaus und Wiens und für das Überseegeschäft von dem kommenden schweren Transitzoll durch Preußen. Eine weitere Sorge bereiteten die Meßfremden, die sich auf fernere Miete der Gewölbe und Meßstände nur unter der Bedingung eingelassen hatten, daß Sachsen beim Zollverein verbleibe. Auch hier beschloß man eine eingehende Bittschrift des gesamten Handelsstandes zu Leipzig[60]). Preußische Agitatoren trugen natürlich das ihrige dazu bei, die Erregung in Sachsen zu steigern. Berliner Buchhändler wurden zu einer Erklärung veranlaßt, die die Unabhängigkeit des norddeutschen Buchhandels von Leipzig und Verlegung seiner Zentrale nach Berlin proklamierte. Berliner Agenten verbreiteten Gerüchte von geplanten Messegründungen in Berlin, Halle, Naumburg[61]). Eine Aufforderung des preußischen Kriegsministeriums an die Unteroffiziere, sich zu Grenzwächterposten vormerken zu lassen, wurde in Sachsen ostentativ verbreitet[62]). Kurz, Preußen ließ alle Flöten spielen, um Sachsen zu sich herüberzuziehen.

[58]) Augsb. Allg. Ztg. vom 20. 5. 1852.
[59]) Augsb. Allg. Ztg. vom 12. 5. 1852.
[60]) Augsb. Allg. Ztg. vom 29. 4. 1852.
[61]) Augsb. Allg. Ztg. vom 1. 5. 1852.
[62]) Dtsche. Allg. Ztg. vom 18. 7. 1852.

In der Kammer war es Beust Anfang März noch geglückt, eine Interpellation des Abgeordneten Georgi, die Anerkennung des Septembervertrages verlangte, zur Befriedigung des Interpellanten zu beantworten[63]). Weniger glücklich war er nach seiner Rückkehr aus Darmstadt. Wohl vermochte er die starke liberale Opposition von einem Mißtrauensvotum abzuhalten[64]). Aber der Deputationsbericht sprach doch sehr energisch die Hoffnung aus, daß die Staatsregierung auf der kommenden Zollkonferenz in Berlin für Erhaltung des Zollvereins mit allen Mitteln wirken werde. Ein schwacher Trost für die Regierung war, daß der Landtag die Beschickung der Wiener Konferenzen durch Sachsen billigte, auch eine Vereinbarung mit Österreich begrüßte, im allgemeinen sich aber sein Urteil über die ministerielle Handelspolitik vorbehielt, bis die Sachlage besser geklärt sei. Dem Freiherrn von Friesen jedoch überreichten die 21 Mitglieder der Opposition eine Vorstellung, in der sie erklärten, „daß sie die Erhaltung des Zollvereins als eine Lebensfrage für Sachsen und seine Industrie betrachteten, seine Auflösung als das größte Unglück für das Land ansähen und nur deshalb keinen Antrag in diesem Sinne an die Kammern gebracht hätten, weil sie wüßten, daß er, Friesen, auch ohne Antrag alles tun werde, um den Zollverein aufrecht zu erhalten"[65]). Die Stimmung war im ganzen Lande so, wie sie Bernhardi an der table d'hôte in Halle entgegentrat, als er auf einer Reise nach Berlin sich dort aufhielt: „Man betrachtete den Zollverein als bereits gesprengt und berechnete den ungeheuren Verlust, den das arme Sachsen dadurch erleiden wird. Ein Gast sagte: ‚Beust ist nicht der Mann danach zu fragen', und alle schwiegen überzeugt. Leipzig könne infolge einer Sprengung des Zollvereins zu einem Dorfe herabsinken und Halle verspricht sich dann die Messe."[66])

Bedenklicher war die Situation für die Regierungen in Bayern und im Südwesten Deutschlands. Die verheerende Mißernte des Revolutionsjahres 1849 hatte sich 1851 wiederholt. Jetzt im Frühjahr waren im Mai bereits die letzten Vorräte aufgezehrt, die Lebensmittelpreise stiegen in's Fabelhafte, bittere Not herrschte bis in weite Kreise des Mittelstandes hinein. Und dazu nicht weniger hoffnungslose Aussichten für die kommende Ernte. Schwere Hagelwetter suchten große Strecken der Oberpfalz heim. In Thüringen führten riesige Überschwemmungen

---

[63]) Dtsche. Allg. Ztg. vom 3. 3. 1852.
[64]) Augsb. Allg. Ztg. vom 21. 4. 1852.
[65]) R. Frhr. v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben. Dresden 1880. I, S. 289.
[66]) Aus dem Leben Th. v. Bernhardis. Leipzig 1893. II, S. 118.

bittere Lebensmittelnot und Erwerbslosigkeit im Gefolge. Hier und im Eichsfeld brach schon im März der Hungertyphus aus. Besonders schlimm sah es in den ohnehin unwirtschaftlichen und armen Gegenden des Spessart und der Rhön aus. Doch auch im Nassauischen und im Westerwald herrschte große Not. Aus Oberfranken und Schwaben richtete man nach München Petitionen um Einleitung einer Hilfsaktion. Die nächste Folge des Elends war eine weitere ungeheure Steigerung der Auswanderung. In den Revolutionsjahren und kurz danach hatten Enttäuschung über den kläglichen Ausgang der Einheitsbewegung und Druck der reaktionären Gewalten viele den Wanderstab in die Hand gedrückt. Nun zwang Tausende bittere materielle Not ihre Heimat zu verlassen und über dem großen Wasser einen neues Unterkommen zu suchen. 1848 hatten 34000 Menschen deutschen Boden verlassen, 1852 war die Zahl der Auswanderer nach den Vereinigten Staaten allein auf 145918 gestiegen[67]). In den folgenden drei Jahren sank Württembergs Bevölkerungsziffer um rund 100000 Menschen. Ganz besonders in diesem ersten Halbjahr 1852 werden uns für die Auswanderung über Hamburg und Bremen kaum glaubliche Zahlen überliefert. Aus Thüringen verlassen ganze Familien ihre alte Heimat. Aus Nassau siedelt ein ganzes Dorf geschlossen nach Nordamerika über. Aus Nieder- und Oberhessen, besonders von den rauhen Höhen des Vogelsbergs, werden uns Ortschaften gemeldet, die von ihren Bewohnern im Stich gelassen sind. In Kurhessen leistete sich Hassenpflug noch einen besonderen Streich. Aus Furcht vor einer Massenflucht verweigerte die Casseler Regierung die Ausstellung von Päßen nach Amerika. Und nun kam zu all diesem Elend noch die durch die Zollvereinskrise heraufbeschworene Ungewißheit der allernächsten Zukunft für alle Kreise des Handels, der Industrie und des Gewerbes! Waren auch nur die großen Unternehmer ganz direkt an dem Ausgang der Krise interessiert, so legte sich diese Unsicherheit in den oberen Kreisen nicht minder lähmend auf das Geschäftsleben der ganzen Nation.

Auf diesem düsteren Hintergrund spielten sich jene diplomatischen Szenen ab, die wir oben bereits kurz geschildert haben. Es kann nicht Wunder nehmen, daß hier in diesen schwer heimgesuchten Gegenden die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierungen noch stärker war, als in Sachsen, und man überall bemüht war, seine berechtigte Kritik an das Ohr der Regierenden zu bringen.

In Bayern hatten schon im März zahlreiche Kundgebungen für die Erhaltung des Zollvereins stattgefunden.

[67]) Hdb. d. Stw. 3. Aufl. II, S. 281.

Besonderes Aufsehen erregte eine Eingabe der Augsburger Industriellen an den König, die die Krone beschwor „ihre angestrengtesten Bemühungen darauf zu richten, daß der bestehende deutsche Zollverein auf keine Weise gefährdet, sondern erhalten und womöglich in seiner segensreichen Wirksamkeit erweitert werde“[68]. Alle Handels- und Gewerbekammern, alle landwirtschaftlichen Vereine des Königreichs traten in ihren Gutachten dieser Ansicht bei. Nach der völlig unprogrammäßigen Veröffentlichung der Darmstädter Protokolle wurden die Petitionen an Regierung und Herrscher so zahlreich, daß von der Pfordten sich ihrer nicht anders erwehren zu können glaubte, als durch ein Regierungsreskript, welches den Polizeibehörden einschärfte, alle Agitation zur Hervorrufung von Adressen für den Fortbestand des Zollvereins zu unterdrücken und insbesondere Fremde, die für derartige Adressen sich tätig zeigen sollten, sofort an die Grenze bringen zu lassen[69]. Von diesem rücksichtslosen Vorgehen berichtete auch der Unterstaatssekretär Karl von Manteuffel am 20. Juni 1852 seinem Bruder, dem Minister. „Ein Glaswarenhändler hat in seinem Laden erzählt“, schreibt Manteuffel, „daß in den Gasthäusern in Bayern das Politisieren, ganz besonders aber das Sprechen über den Zollverein verboten sei.“ Gleichzeitig spricht er dem Minister die Befürchtung aus, daß die Pfordten'sche Auffassung von dem preußischen Vertragsbruch schon in's Volk gedrungen sei und fügt hinzu: „Ich sollte meinen, es müsse leicht sein, von Frankfurt a. M. aus auf die süddeutsche Presse zu wirken und diese Auffassung lächerlich zu machen, beziehungsweise gründlich zu widerlegen.“[70] Wir werden noch sehen, wie Bismarck dort alle Hebel in dieser Richtung in Bewegung setzte. Daß seine Arbeit nicht erfolglos geblieben war, können wir ohne Mühe in von der Pfordtens Abwehrreskript zwischen den Zeilen lesen.

In der Kammer hatte man seit einer Anfrage des Abgeordneten Kolb (Speyer) im Februar vergangenen Jahres die Regierung bisher in Ruhe gelassen[71]. Nun kam aber auch hier bei der Debatte über den neuen Zollvereinstarif am 20. Februar 1852 der Stein in's Rollen. Der Fürst Wallerstein, Abgeordneter der Zweiten Kammer, wurde das Sprachrohr der Opposition[72]. Er äußerte sich, niemand wünsche mehr als er die große deutsche Zolleinigung, aber eine andere Frage sei, ob Preußen entgegenkommen könne. Die Lage Deutschlands sei derart, daß,

---

68) Dtsche. Allg. Ztg. vom 29. 3. 1852.
69) Augsb. Allg. Ztg. vom 17. 6. 1852.
70) Poschinger, Denkw. Manteuffels. II, S. 203.
71) Dtsche. Allg. Ztg. vom 22. 2. 1851.
72) Augsb. Allg. Ztg. vom 20. 2. 1852.

wenn Preußen nicht mit seiner Existenz va banque spielen wolle, wenn es noch Ansprüche mache, eine Großmacht zu bleiben, es sich dreimal fragen werde, ob es Österreich in den Zollverein eintreten lassen wolle oder nicht. Er könne es nicht billigen, wenn der Zollverein gelöst werde: Ohne Preußen kein Deutschland! Die anderen Redner äußerten sich ganz ähnlich über den notwendigen Fortbestand des Zollvereins, wenn sie auch den Septembervertrag nicht rückhaltlos gutheißen mochten und besonders an dem Hannover gewährten Präcipuum von den Zollerträgnissen Anstoß nahmen. Zur unpassendsten Zeit, in den Tagen zwischen Bamberg und Darmstadt, brachte dann Fürst Wallerstein eine Interpellation an das Gesamtministerium ein[73]), die nach eingehender Motivierung einmal fragte „ob das Ministerium den Kammern noch vor Beendigung ihres gegenwärtigen Beisammenseins über die Zollverhältnisse erschöpfende Vorlagen übergeben werde" und dann „ob dasselbe jedenfalls diese Vorlagen so zeitig bewirken werde, daß die Überzeugung der Kammern auf die Gestaltung der Zollverhältnisse einen entscheidenden Einfluß zu üben vermöge?" Von der Pfordten zog es vor, die Interpellation überhaupt nicht zu beantworten. Als er nun aber nach seiner Rückkehr von Darmstadt von der Kammer die Ermächtigung zu freien Verhandlungen zur Regelung der Zollverhältnisse erbat, schlug die Kammer ihn mit der gleichen Verschleppungstaktik. Der Regierungsantrag wurde dem Ausschuß überwiesen, der ihn auf die lange Bank schob[74]). Fürst Wallerstein gab sich jedoch damit nicht zufrieden. Am 12. Mai interpellierte er die Regierung von neuem in ähnlicher Weise wie im März[75]). Er verlangte die Zusicherung, daß das Ministerium vor entscheidenden Beschlüssen die Überzeugung der Kammern einholen werde und etwaige neue Zollverträge vor der Ratifikation den Kammern vorlegen werde. In der Begründung sagte er: „Ich glühe für ein kommerzielles Deutschland mit Österreich, ich freue mich eines kommerziellen Deutschlands mit dem Steuerverein, aber ich warne, so laut ich warnen kann, gegen das beinahe freudige Vernichten des bestehenden, in Sitte und Gewohnheit übergegangenen alten Zollvereins zu Gunsten unbestimmter, unverkörperter Utopien. Ich warne insbesondere vor der unheilvollen Idee einer süddeutschen Zollgruppe ohne Seeküsten, ohne irgendeine Vorbedingung handelspolitischer Selbständigkeit, gegen eine süddeutsche Zollgruppe, deren bloßer Name nur allzu düster an die zu Bayerns und Deutschlands

---

[73]) Augsb. Allg. Ztg. vom 31. 3. 1852.
[74]) Augsb. Allg. Ztg. vom 16. 4. 1852.
[75]) Augsb. Allg. Ztg. vom 14. 5. 1852.

Unglück früher geltend gemachte Idee der Trias erinnert und deren Los glücklichstenfalls für Deutschland das baldige Auseinanderfallen zu Gunsten der zwei für die Dauer tatsächlich allein möglichen Zollgruppen, unglücklichstenfalls — gewiß wider Willen der Urheber — das Entstehen einer Art verjüngten Rheinbundes werden würde ...." Deutlicher konnte es den Triasministern nicht gesagt werden. Von der Pfordtens Erwiderung beschränkte sich denn auch recht lahm auf die Versicherung, daß die Regierung bei kommenden Verhandlungen streng nach der Verfassung handeln werde.

Glimpflicher kam die württembergische Regierung davon. In der Kammer verschonte man sie ganz mit unliebsamen Anfragen, und der recht lebhaften Agitation im Lande verstand Herr von Neurath geschickt entgegenzutreten. Bei den Industriellen von Eßlingen, Stuttgart und Cannstadt fand er sogar warme Anerkennung für seine Zollpolitik und fast Begeisterung für die Darmstädter Protokolle. Anderer Meinung war man in den Kreisen des Handels. Die „Zentralstelle für Handel und Gewerbe" in Stuttgart entfaltete eine rührige Propaganda für die Erhaltung des Zollvereins mit Preußen[76]).

In der badischen Zweiten Kammer wurde nach lebhafter Debatte Ende Februar ein Kommissionsantrag einstimmig angenommen, der die Regierung ersuchte, dahin zu wirken, „daß der Zollverein auch ferner erhalten und dessen Existenz durch eine den neueren Verhältnissen angemessene Organisation für die Dauer begründet werde"[77]). Eine einzige Stimme erhob sich bei der Besprechung des Antrags für Österreich. Der Abgeordnete Zell sprach sich heftig gegen die Zurückbehaltung der badischen Zollrevenuen durch Preußen aus, das sich damit für die Unkosten der Mobilmachung im Jahre 1849 schadlos halten wollte, und stimmte entschieden für eine Zolleinigung mit Österreich. Alle andern, vor allem Karl Mathy, hielten die drohende Sprengung des Zollvereins für ein Aufgeben des letzten nationalen Bandes, die Zolleinigung mit Österreich dagegen für ein Nebelgebilde, für die Baden nicht wirtschaftliche Realitäten opfern dürfe.

In den drei süddeutschen Staaten ist eine direkte Einwirkung Bismarcks auf Presse, Kammerabgeordnete, wirtschaftliche Vereine oder Privatpersonen, wie wir eben sahen, nirgends nachweisbar. Weder in den zahlreichen Brief- und Dokumentensammlungen, noch in Memoiren oder Preßnotizen finden wir irgend eine Äußerung, aus der auf eine derartige

---

76) Augsb. Allg. Ztg. vom 3. 5. 1852.
77) Augsb. Allg. Ztg. vom 1. 3. 1852.

Tätigkeit Bismarcks hier zu schließen wäre. Daß auch hier preußische Agenten emsig an der Arbeit waren, ist aber ganz zweifelsfrei. Von der Pfordtens Reskript ist gewiß nicht umsonst erlassen und ganz grundlos verdächtigte man sicherlich die Stuttgarter „Zentralstelle für Handel und Gewerbe" nicht der Verbindung mit Preußen, ja fast der Bestechung. Ob die Fäden nach Berlin oder Frankfurt liefen, muß dahingestellt bleiben. Vielleicht dürfen uns die mehrfachen Anregungen Rochows und nun auch Karl von Manteuffels zu der Annahme berechtigten, daß Frankfurt schon als Agitationszentrale für ganz Süddeutschland seine Wirksamkeit zu entfalten begonnen hätte.

Mit der Schilderung der Lage in Nassau, beiden Hessen und Frankfurt kommen wir wieder in Bismarcks eigenstes Revier. Hier begegnen wir auf Schritt und Tritt seinen Spuren. Wir sahen schon, wie Bismarck immer auf entschiedenere Abwehr der österreichischen Angliederungsversuche und auf kühlere Haltung den Mittelstaaten gegenüber, nicht immer mit dem besten Erfolg, hinarbeitete. Noch Ende Dezember 1851 beantragte er bei seinem Chef Ermächtigung „eine größere Zurückhaltung in dem politischen Zusammenwirken mit unseren Bundesgenossen zu beobachten, bis sich bei denselben die Überzeugung, daß sie unsere Geneigtheit durch ein Entgegenkommen ihrerseits zu erwerben haben, entwickelt haben wird"[78]). Gleichzeitig schlug er vor, der inländischen Presse bei Beleuchtung der bundestäglichen Politik mehr als bisher Material zu gewähren und die Zügel schießen zu lassen. Er selbst begann ebenfalls das neue Jahr mit der festen Absicht, den Mittelstaaten seinerseits das Leben so schwer wie möglich zu machen. Noch in den Weihnachtstagen hatte er eine Besprechung mit dem hessendarmstädtischen Ministerresidenten Freiherrn von Leonhardi, dem hessischen Geheimen Oberfinanzrat Biersack und dem kurhessischen Oberfinanzrat und Zollvereinsbevollmächtigten Kommer über die Stimmung in Kurhessen über die Zollvereinsangelegenheit[79]). Auch mit einflußreichen Frankfurter Kaufleuten setzte er sich in Verbindung. Alle hielten eine Lossagung Kurhessens vom Zollverein und Preußen für unmöglich, und eine grenzenlose Verwirrung der Finanzen sowie der gewerblichen Verhältnisse des Landes für die nächste Folge.

In diesen Wintermonaten gewann Bismarck auch Einfluß auf die im ersten Jahrgang stehende Leipziger Zeitschrift „Deutsches Museum", die Robert Prutz seit September 1851

[78]) Poschinger, P. i. B. I, S. 58.
[79]) Poschinger, P. i. B. I, S. 59.

allein herausgab[80]). Sie schlug zwar gern über die Stränge, begrüßte zum Beispiel eine Sprengung des Zollvereins, in der Hoffnung, daß sich daraus ein konformes freihändlerisches Zollgebilde mit Preußen und den Seestaaten herausbilden werde. Im allgemeinen aber sekundierte sie doch in dem kommenden Kampf gegen die Triasbestrebungen Bismarck tatkräftig. Wertvoller war die Hilfe des „Grenzboten", die bereits im 10. Jahrgang herauskamen und jetzt von Gustav Freytag und Julian Schmidt redigiert wurden. Auch mit ihnen unterhielt das Frankfurter Preßbureau regelmäßige Verbindung[81]). Genau wie Robert Prutz standen sie im großen ganzen seit den Tagen von Olmütz der Energie Manteuffels sehr skeptisch gegenüber. Sie fürchteten, Preußen werde auch in der Handelssache klein beigeben. Umso bereitwilliger unterstützten sie Bismarck bei seiner Abwehr. Mit aller Schärfe wandte sich das Blatt während der Wiener Konferenzen gegen den erstrebten Anschluß Österreichs. „Es sind die Sympathien der Regierungen und nicht die Interessen der Völker, welche nach Österreich ziehen, denn die Ablösung vom Zollverein und der Anschluß an Österreich wäre ein so großes Verkennen der staatlichen Interessen für die deutschen Regierungen, daß selbst jetzt bei der großen inneren Freiheit, mit welcher die Staatsregierungen auf die Interessen der Bürger herabzuschauen pflegen, die Trennung eine sehr bedenkliche wäre. Für Sachsen käme sie einem Selbstmorde gleich. Denn kein Staat verdankt dem Zollverein so viel als die industriöse und intelligente Bevölkerung der sächsischen Handels- und Fabrikstädte. Sie haben in den böhmischen Fabrikstädten so gefährliche Rivalen, daß die Zollschranke hier geradezu eine Bedingung für ihr Gedeihen ist. Bayern ist am wenigsten in der Lage, in den dauernden finanziellen Schwierigkeiten, in die es das Bestreben, sich als ansehnlicher Staat zu zeigen, versetzt, auf die sicheren Zollrevenuen verzichten zu können, denen gegenüber das finanziell selbst arg bedrängte Österreich gar nichts zu bieten imstande ist. Württembergs abgeschlossene Lage ermöglicht ihm, mit größerer Ruhe die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Die Gewinnung Badens entspricht Österreichs politischen Bedürfnissen nach einem sicheren Stützpunkt gegen die Schweiz und Frankreich." Für Kurhessen hält das Blatt den Austritt gleichbedeutend mit dem völligen Ruin des ohnehin schon schwer bedrängten Landes. „Ausgezeichnet ist die Position, die Österreich erhält, im Falle es ihm gelingt, die genannten Staaten vom Zollverein zu lösen und mit sich zu verbinden." Aber kann

80) Poschinger, B. u. d. B. S. 146.
81) Poschinger, B. u. d. B. S. 146.

dies Interesse Österreichs die süddeutschen Staaten verleiten, „Satelliten eines großen, in sich geschlossenen Staatskörpers" zu werden, „dessen Lebensbedingungen und Interessen ganz andere sind?"[82]) In diesem Sinne traten die Grenzboten während des ganzen Verlaufs der Krise für den Zollverein und Preußen ein, ungeachtet aller Knüppel, die Beust ihnen zwischen die Beine zu werfen emsig bemüht war. Eine ähnliche Haltung nahm auch die „Germania" ein. Sie war erschienen als Blatt eines „Vereins von Freunden des Volkes und Vaterlandes" mit einer Einführung von Ernst Moritz Arndt. Eine Reihe von erlauchten Namen hatte in ihren Spalten geglänzt, Männer wie Karl Biedermann, Ludwig Häußer, Wippermann, Otto Abel, Sybel, Klüpfel, Paul Pfizer, Bechstein hatten an ihr mitgearbeitet. Aber nur ein einziges Lebensjahr sollte ihr beschieden sein. Jetzt forderte sie „wenn es Österreich ernst ist mit der Einigung Deutschlands, und wenn dahin seine Zollvereinsvorschläge gehen, so hindere es nicht länger Deutschlands Neugestaltung durch die politische Einigung Preußens mit den kleinen Staaten"[83]).

Im Februar begann in Frankfurt die Agitation im großen Stil. Ein dortiger Agent und preußischer Armeelieferant namens Warnecke richtete einen lithographischen Fragebogen an eine Reihe mittel- und süddeutscher Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbetreibenden, in dem um Auskunft ersucht wurde, ob man den Fortbestand des Zollvereins oder den Anschluß an Österreich wünsche und aus welchen Gründen[84]). Einhellig nannten alle gegnerischen Blätter den Agenten einen Strohmann der preußischen Bundestagsgesandtschaft und als Zweck der in so harmlose Form gekleideten Enquete: „keinen andern, als für gewisse bevorstehende Fälle Material zu sammeln". Wir dürfen diese Umfrage, die beträchtlich Staub aufwirbelte, wohl mit den mehrfachen Konferenzen und Besprechungen in Zusammenhang bringen, die Bismarck und seine Unterorgane in dieser Zeit mit wirtschaftlich interessierten Kreisen Südwestdeutschlands gehabt hatte.

Nun erwartete ihn aber in Frankfurt selbst ein neues Arbeitsfeld. Gleichzeitig mit den Darmstädter Ministerkonferenzen tagte hier nämlich in den ersten Apriltagen die Generalversammlung des „Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit". Es war die Organisation der Industriekreise ganz Deutschlands und vertrat als solche schutzzöllnerische Interessen. Bevor der Freiherr von Bruck mit seinen Zolleinigungs-

[82]) „Die Grenzboten". Jahrg. 1852. I 1, S. 224 ff.
[83]) „Germania". Jahrg. 1852, S. 7.
[84]) Augsb. Allg. Ztg. vom 11. 2. 1852.

plänen hervorgetreten war, hatte der Verein nachdrücklichst vor einer Sprengung des Zollvereins gewarnt und damit Preußens Bestreben nach Zusammenhalt unterstützt[85]). Offenbar unter dem Einfluß seines langjährigen Präsidenten, des Fürsten Felix von Hohenlohe-Öhringen, den als mediatisierten Standesherrn und Schwiegersohn des Kurfürsten von Hessen politische Interessen stark nach Wien zogen, hatte der Verein seine damalige Auffassung revidiert, wohl auch verlockt durch die glänzenden Aussichten, die Bruck in seinem Programm der süddeutschen Industrie machen zu können geglaubt hatte. So hatte der Fürst persönlich in einem offenen Brief an Bruck vom 7. November 1849 ihn rückhaltlos seiner Zustimmung zu dessen Plänen versichert[86]) und ein Jahr später, am 12. Januar 1851, in einer Adresse an die Dresdener Konferenz in seiner Eigenschaft als Präsident des Vereins sich ebenso freimütig für den Zollanschluß Österreichs ausgesprochen[87]). Auf einer unter seinem Vorsitz am 10. April 1851 in Frankfurt tagenden Versammlung des Vereins hatte man nach eingehender Diskussion eine Erklärung beschlossen, in der „die Notwendigkeit der gesamtdeutschen und österreichischen Zoll- und Handelseinigung prinzipiell" ausgesprochen wurde, „auf Grundlage der Erhaltung des Zollvereins und des Grundsatzes des Schutzes der deutschen Industrie"[88]). Auf der jetzt wieder in Frankfurt zusammengetretenen Generalversammlung aber konnte es nicht länger verborgen bleiben, daß die bisherige Einhelligkeit zwischen Vorstand und Vereinsmitgliedern, sei es unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Jahre, sei es dank der regen preußischen Werbetätigkeit, sehr bedenkliche Lücken aufwies. Von Regierungsvertretern werden uns als Teilnehmer an der Tagung nur der württembergische Regierungsrat von Steinbeis und der preußische Geschäftsträger bei der Freien Stadt Frankfurt, Legationsrat Freiherr von Canitz und Dallwitz gemeldet[89]).

Sollten die anderen mittelstaatlichen Regierungen wirklich so kurzsichtig gewesen sein, auf einen direkten Einfluß auf die Verhandlungen zu verzichten, oder waren sie ihrer Sache so sicher? In den preußischen Zweigvereinen war bereits eine lebhafte Propaganda für eine starke Beteiligung an der Generalversammlung vorhergegangen, da man schon eine ernste Krise für den Verein heraufziehen sah und die preußischen Interessen

[85]) Augsb. Allg. Ztg. vom 26. 10. 1849.
[86]) Augsb. Allg. Ztg. vom 27. 11. 1849.
[87]) Dtsche. Allg. Ztg. vom 16. 1. 1851.
[88]) Dtsche. Allg. Ztg. vom 14. 4. 1851.
[89]) Augsb. Allg. Ztg. vom 5. 4. 1852.

gut vertreten sehen wollte. So hatten sich infolgedessen eine Reihe von führenden preußischen Industriellen eingefunden, die die Wege des Präsidenten nicht weiter mitzugehen entschlossen waren. Der Versammlung wurde ein Antrag vorgelegt, der den Septembervertrag zwar gut hieß, auch für Rekonstruierung des Zollvereins sich aussprach, aber den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich erstrebte. In der Debatte über diesen recht gemäßigten Antrag kamen schon scharfe Gegensätze zum Vorschein. Die preußischen Redner, vor allem die uns schon bekannten Toegel und Öchelhäuser, dann auch der Berliner Degenkolb und Overweg, wollten schon von einer bloßen Erwähnung Österreichs nichts wissen, sondern den Antrag zu einer Art Vertrauensvotum für die preußische Regierung umgewandelt haben. Toegel und Öchelhäuser übertrafen damit sich selbst, denn in ihren früheren Publikationen hatten sie, wie wir schon sahen, einem reinen Handelsvertrag mit Österreich zugestimmt. Bei der Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit. Der Präsident Fürst Hohenlohe gab somit mit seiner Stimme den Ausschlag für die süddeutsche Fassung der Resolution. Die Folge war der Austritt von 16 preußischen Industriellen, denen sich auch noch der Präsident der hessen-darmstädtischen Ersten Kammer, Graf Solms-Laubach, „einer der einflußreichsten Mitglieder des Vereins", wie die „Allgemeine Zeitung" bedauernd konstatierte, anschloß[90]. Durch Neuaufnahme von „mehr als 80 österreichischen Fabrikanten" geriet der Verein dann völlig in österreichisches Fahrwasser[91]. An einer gleichzeitig stattfindenden Versammlung des „Vereins der Eisenindustriellen" nahm ein Mitglied der Bundestagsgesandtschaft teil[92]. Bismarck selbst berichtete dem Ministerpräsidenten am 3. April über die dabei zutage getretene Spaltung zwischen den Roheisenproduzenten und Roheisenfabrikanten. „Die ersteren haben sich für eine Erhöhung des Roheisenzolls, die letzteren dagegen für dessen Ermäßigung ausgesprochen."[93])

Die preußischerseits veranlaßte Veröffentlichung der geheimen Darmstädter Protokolle hatte besonders die südwestdeutschen Höfe schwer verdrossen. Bismarck meint „namentlich deshalb, weil die Sache dadurch eine ernsthaftere Bedeutung erhalten hat, als die Beteiligten mutmaßlich ihr ursprünglich haben geben wollen". Er knüpft daran die erneute Mahnung, „jedes Zeichen zu vermeiden, welches Neigung zur Nachgiebig-

---

90) Augsb. Allg. Ztg. vom 16. 5. 1852.
91) Frankfurter „Oberpostamts-Zeitung" vom 28. 5. 1852.
92) Augsb. Allg. Ztg. vom 5. 4. 1852.
93) Poschinger, P. i. B. I, S. 86.

keit oder Mangel an Entschlossenheit verraten könnte"[94]). Die Wirkungen der Publikation bekamen die Regierungen auch hier jetzt zu spüren.

In der II. Kammer der großherzoglich hessischen Landstände[95]) hatte bereits in einer der ersten Sitzungen der Landtagssession der liberale Abgeordnete Reh aus Umstadt das Staatsministerium nach den Ergebnissen der Dresdener Konferenzen mit Bezug auf „die Aufhebung des preußischen Zollvereins und den Abschluß einer Zoll- und Handelseinigung mit Österreich" interpelliert. Dalwigk hatte sich damals hinter die verabredete Geheimhaltung der Beratungen verschanzt und die Interpellation war unbeantwortet geblieben. Nicht viel mehr Glück hatte der Führer der Mainzer Demokraten, Dr. Müller-Melchiors, am 5. Dezember 1851 mit seiner Anfrage gehabt, die wissen wollte, ob die gerüchtweise verlautbarte Kündigung des Zollvereins durch Preußen auch Hessen beträfe und ob die Regierung von den hierin getroffenen Maßnahmen den Ständen Mitteilung zu machen gedächte. Dalwigk hatte die Kündigung zwar trocken zugegeben, weitere Mitteilungen aber für überflüssig erachtet. Der Inhalt der Darmstädter Konvention brachte jetzt neue Interpellationen in der Kammer, aber ohne daß Dalwigk vorerst irgendwelche Notiz davon genommen hätte. So wurde ein erneuter Antrag des Abgeordneten Reh einfach totgeschwiegen und ein weiterer dringlicher Antrag Müller-Melchiors' erlitt ein ähnliches Schicksal. Er bat darin die Kammer, zu erklären, „daß sie mit tiefem Bedauern von dem Inhalt der am 6. April in Darmstadt getroffenen Verabredungen Kenntnis erlangt habe, daß sie diese Verabredungen einem Aufgeben des Zollvereins und der Zerreißung des letzten nationalen Bandes gleich erachte, und ihre Ausführung die materielle Wohlfahrt des Landes unrettbar zerstöre". Außerdem bestritt er der Regierung überhaupt das Recht, ohne ständische Einwilligung Verträge von solcher Bedeutung zu schließen und wünschte, daß erst der Zollverein sichergestellt sei, ehe an eine Zolleinigung mit Österreich gedacht werde. In seiner Dringlichkeitsbegründung wies Müller-Melchiors in beweglichen Worten auf das Schicksal der ähnlichen Interpellation seines Kollegen Reh hin und sagte dann: „Man steht bereits an der Auflösung des Zollvereins und Bildung einer eigenen Zollgruppe, welche wohl Sie alle als ein nicht lebensfähiges Geschöpf erkennen werden. Ein Schritt weiter

[94]) Poschinger, P. i. B. I, S. 99.

[95]) Für das folgende vergl. die amtl. Protokolle der Verhandlungen der II. Kammer im außerord. (14.) Landtag. Bde. 1, 7, 9—12, Darmstadt 1851 bis 1852.

und es ist keine Rettung mehr. Die ganze materielle Zukunft von Süddeutschland ist auf lange Zeit, vielleicht für immer, zerstört. Der einzige Grund, die Beratung der Sache auf einige Tage zurückzuschieben, wäre daher, wenn wir die Gewißheit dafür hätten, daß das Ministerium diese Gelegenheit ergreifen würde, uns mit dieser Angelegenheit offiziell zu befassen." Da Müller-Melchiors diese Gewißheit keineswegs vorliegen sieht, fordert er die Dringlichkeit auszusprechen. Diesmal gelang es noch dem Ministerium, mit Hilfe der konservativen Kammermehrheit eine Erörterung des heiklen Gegenstandes zu verhindern. Dem Antrag wurde nach langer hitziger Debatte die Dringlichkeit aberkannt, und so verschwand er in dem unergründlichen Schoße des Finanzausschusses. Weder Herr von Dalwigk noch der Finanzminister Freiherr von Schenck hatten es für angezeigt gehalten, der Diskussion persönlich beizuwohnen.

Hatten die Preußenfreunde in der Kammer auch keinen Erfolg gehabt, so trugen sie doch jetzt die Agitation in das Land selbst hinaus. An den zahllosen Petitionen und Protesten die nun aus allen Teilen des Großherzogtums der Regierung hart zusetzten, war auch Bismarck gewiß nicht unbeteiligt, wenn er auch erst später von dieser Tätigkeit nach Berlin berichtet. Am 7. Mai brachte der Gießener Handelsstand eine Vorstellung an die Kammer[96]), am 11. eine Anzahl Darmstädter Kaufleute und Einwohner der Grafschaft Schlitz. Am 12. Mai wandten sich sämtliche Gießener Handwerkerzünfte an die Regierung. Die Weingutsbesitzer von Bodenheim und der Ortsvorstand von Bingen forderten in einer Eingabe Wahrung der Interessen des rheinhessischen Weinbaus und -handels, dem mit einer Konkurrenz durch die ungarischen Weine bei Öffnung der österreichischen Zollschranken schlecht gedient sei. Ähnlich lautete eine Eingabe des Mainzer Handel- und Gewerbestandes, der für den Weinhandel den Verlust des norddeutschen Absatzgebietes befürchtete. Aus Michelstadt, Bensheim, Lossel, Osthofen kamen weitere Eingaben. Überall gingen Protestversammlungen den Petitionen vorauf. Dalwigk gedachte sich dieses erdrückenden Petitionssturmes nach ähnlichem Rezept zu erwehren wie sein Münchener Kollege, aber nur mit schwachem Erfolg. Am 14. Mai ließ er so eine im Friedberger Rathaus tagende Versammlung von Bürgern und Handels- und Gewerbetreibenden aus der Umgegend durch Polizei aufheben. Die drakonische Maßnahme trug ihm aber sofort eine unliebsame Interpellation in der Kammer ein, so

---

[96]) Siehe hier und folg. die Protokolle.

daß er offenbar von weiteren Maßregeln in dieser Richtung absah[97]).

In der Kammer gaben sich die Demokraten ebenfalls nicht länger zufrieden. In dem sicheren Gefühl, daß die Regierung auch das Mittel der Vertagung nicht scheuen werde, um eine Diskussion der Zollfrage im Landtag zu unterbinden, beantragten sie, daß der mittlerweile vom Finanzausschuß durchberatene Antrag Müller-Melchiors sofort auf die Tagesordnung gesetzt werde. Nur durch das Versprechen des Präsidenten Goldmann an die Beratung der Zivilliste die der Zollverhältnisse unmittelbar anzuschließen, gelang es der Regierung, eine Beratung der Zivilliste und ihre Bewilligung durchzudrücken. Als man nun soweit war, konnte Goldmann allerdings sein Versprechen nicht einlösen. Herr von Dalwigk schickte den ihm im Augenblick höchst unbequemen Landtag am 30. Juni nach Hause.

Auch in Nassau tagten unglücklicherweise beide Kammern des Landtags. Auch hier konnte man eine Kritik der Regierungspolitik in der Handelssache auf die Dauer nicht hindern. Ein von dem konservativen Abgeordneten Rau in der II. Kammer beantragtes Vertrauensvotum für die Regierung fiel mit 7 gegen 14 Stimmen kläglich durch[98]). Nicht einmal die Anspielung auf den nassauischen Patriotismus und „die drohende Diktatur Preußens" hatte dem Antrag zur Annahme verhelfen können. Dagegen gelang es den Liberalen und Demokraten unter Führung von Braun und Lang ihrerseits eine Resolution durchzubringen, die sich unbedingt für Fortbestand des Zollvereins erklärte, auch ohne die Vorbedingung einer vorherigen Einigung mit Österreich. In seiner Begründung wies der Abgeordnete Braun darauf hin, daß „der geplante österreichisch-deutsche Zollverein eine wahre Revolution in den nassauischen Industrieverhältnissen hervorbringen werde, schon durch die Kosten des Verlaufs der bisherigen Verhältnisse dem Lande tiefe materielle Wunden geschlagen habe, und Eisenindustrie, Tabakfabrikation, Viehhandel und Weinbau zugrunde richten würde". Einer ähnlichen Interpellation des Abgeordneten von Eck in der I. Kammer entzog sich die Regierung mit dem Hinweis auf die gebotene Geheimhaltung der bisherigen Verhandlungen. Die Folge dieser mangelhaften Auskünfte war auch hier eine Flut von Petitionen im ganzen Herzogtum. Ganz besonders die Weinbauern im Rheingau, die Dillenburger Eisenfabrikanten und die Kaufleute von Wiesbaden und Biebrich fühlten ihre Interessen durch eine Veränderung der

[97]) Augsb. Allg. Ztg. vom 18. und 25. 5. 1852.
[98]) Augsb. Allg. Ztg. vom 8. 5. 1852.

handelspolitischen Lage in der von der nassauischen Regierung angestrebten Richtung schwer bedroht[99]).

In Kurhessen hatte man es unter dem verhaßten Willkürregiment des Kurfürsten und seines Hassenpflug zu einer Tagung der Kammern gar nicht erst kommen lassen. Auch den zu erwartenden Petitionen beugte die Casseler Regierung nach Möglichkeit vor. Doch nicht verhindern konnte sie, daß unter der Asche das Feuer tiefer Erregung glimmte, welches anzuschüren Bismarcks stete Sorge war.

Sogar in der Freien Stadt Frankfurt, die an den letzten Verhandlungen völlig unbeteiligt war, verstieg man sich zu gleichen Eingaben wie in Hessen und Nassau. Die Handelskammer selbst machte sich hier zum Fürsprecher für die Erhaltung des Zollvereins[100]).

In diese Wochen heftigster Agitation zu gunsten des Zollvereins fällt auch noch ein häuslicher Zwist zwischen den Regierungen von Darmstadt und Wiesbaden über die Ausladeberechtigung der Dampfschiffe beider Staaten in Kastel und Biebrich. Legationsrat Wentzel schreibt hierüber am 3. Mai an Bismarck, der gerade aus Anlaß einer Audienz beim Zaren Nikolaus in Berlin weilte, „die Sache ist eine gute Ausbeute für die Zeitungen. Wäre es nicht angebracht, jetzt auch Bayern oder wenigstens von der Pfordten anzugreifen? Von ihm geht Bamberg und Darmstadt aus, und was hat er anders im Sinn als seine Trias?“[101]) Daß Bismarck nicht nein gesagt hat, entnehmen wir aus der Art, wie nach wenigen Tagen das „Frankfurter Journal“ über diesen „Streit der Kleinen“ herfällt und dabei auch Herrn von der Pfordtens und seiner Trias gedenkt.

VI. Während der Berliner Konferenzen.

Während der Darmstädter Verhandlungen hatte die Zollvereinskrise ihren inneren Höhepunkt im Grunde schon erreicht und überschritten. Am Abend des 5. April hatte ein Schlag dem Leben des Fürsten Felix Schwarzenberg ein jähes Ende gemacht. Schon 1851 war der Freiherr von Bruck gegangen. Nun verließ nach dem genialen, schöpferischen Politiker auch der leitende praktische Staatsmann das österreichische Staatsschiff, Größen zweiten Ranges das Ruder überlassend.

99) Augsb. Allg. Ztg. vom 14. und 21. 5. 1852.
100) Augsb. Allg. Ztg. vom 27. 6. 1852.
101) Kohl, Bism. Jahrb. V, S. 43.

Es war Österreichs tragisches Geschick im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, daß fast im gleichen Augenblick, wo sich in Preußen der große Staatsmann rüstete, seine deutsche Aufgabe zu übernehmen, Österreichs begabtester und fähigster Kopf die politische Bühne verlassen mußte. Beide hatten niemals persönlich die Klingen miteinander kreuzen sollen. Als Bismarck im Juni nach Wien gesandt wurde, fand er dort schon die Epigonen am Werk. Schwarzenbergs Nachfolger am Ballplatz, Graf Buol-Schauenstein, hatte wohl die besten Absichten, in des Fürsten Bahnen weiterzuschreiten, aber gerade für die Behandlung der deutschen Dinge brachte er nicht das nötige Rüstzeug mit. Die Zollvereinssache spielte für ihn auch nicht mehr die Rolle in der österreichischen Politik wie für den Fürsten Schwarzenberg. Daß er für die handelspolitischen Fragen durch Sachkenntnis nicht getrübt war, hatten seine Gegner schon in Dresden, wo er Österreichs Bevollmächtigter gewesen war, zu ihrem Vorteil feststellen können. Jetzt zog die Kaiserkandidatur des Prinz-Präsidenten Napoleon sein ganzes Interesse auf sich. Er ließ dann die handelspolitischen Dinge wohl in Schwarzenbergs Sinne ihren Lauf gehen, aber auch nicht mehr: Die Initiative ging von Wien auf die Trias über. In Berlin atmete man förmlich auf, als die Nachricht vom Tode Schwarzenbergs eintraf. In eingeweihten Kreisen wußte man, was von Buol zu halten war. So schreibt Delbrück in seinen Erinnerungen über den Ministerwechsel: „Wer die beiden Herren kannte, war nicht im Zweifel darüber, daß die hinter diesen Plänen stehende schöpferische Kraft und rücksichtslose Energie erloschen seien. Der Wagen konnte, dem ihm einmal gegebenen kräftigen Impulse folgend, noch eine Zeitlang rollen, mußte aber allmählich in ein immer langsameres Tempo verfallen. Unser gefährlichster Gegner war abgetreten."[102]) Nicht so optimistisch dachte der Prinz von Preußen. Er meinte, er würde sich nicht wundern, wenn frühere intime Freunde Schwarzenbergs jetzt sich bemühten, ihn als den Hemmschuh einer Verständigung mit Preußen darzustellen, um gerade unter der Maske besserer Formen um so eher zum Ziele zu gelangen, das heißt, Preußen wieder auf die Bahn der Konzessionen zu drängen[103]). Die leitenden Persönlichkeiten im Ministerium sahen aber doch mit einem Gefühl der Erleichterung den kommenden Zollkonferenzen entgegen, seitdem sie den spiritus rector nicht mehr hinter den Kleinen stehend wußten.

---

102) Delbrück, Lebenserinnerungen. I, S. 305.

103) Poschinger, Denkw. Manteuffels. II, S. 106.

Am 19. April wurden die Konferenzen dann in Berlin unter recht schwacher Beteiligung der süddeutschen Vertreter durch Manteuffel eröffnet. Erst eine Woche später war die Versammlung soweit vollzählig, daß die Beratungen beginnen konnten. Aber so lahm die Eröffnung gewesen war, so lahm gingen auch die Verhandlungen voran. Die Triasstaaten witterten in jedem Vorschlag Preußens eine Falle, verständigten sich erst umständlich über jede neue Lage untereinander, suchten auch noch in Wien zu sondieren, ohne andererseits ihre eifersüchtig gewahrte Selbständigkeit durch zu großes Entgegenkommen Österreich gegenüber in Gefahr zu bringen, dann erst legten sie ihren Standpunkt in den Sitzungen dar. Preußen stellte als unabänderlichen Grundsatz auf: erst Erneuerung des Zollvereins, dann Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich. Demgegenüber bestand Bayern als Haupt der Koalition auf Beratung der Entwürfe der Wiener Konferenz. Trotz dieser Gegensätze einigte man sich endlich doch auf Beratung des Septembervertrages, dessen schließliche, allerdings nur bedingte Annahme keinen ernstlichen Schwierigkeiten mehr begegnete. Die Verhandlungen wurden dann durch einen von Nesselrode inszenierten Notenwechsel zwischen Berlin und Wien unterbrochen. Der russische Kanzler wünschte eine direkte, schnelle Verständigung der deutschen Großmächte, um die ihm gegen das napoleonische Frankreich erforderlich dünkende Einheitsfront der drei konservativen Ostmächte wiederherzustellen. Der Verständigungsversuch blieb ohne jeden Erfolg. Auch ein weiterer Versuch zur Anbahnung des Friedens mit Österreich, die Sendung Bismarcks in außerordentlicher Mission an das Hoflager Kaiser Franz Josephs im Juni 1852 blieb ergebnislos. Keine der Parteien war von der Notwendigkeit überzeugt, einen Schritt von ihrem Programm zurückzuweichen. Preußen durfte annehmen, daß die Mittelstaaten dem Druck der öffentlichen Meinung ihrer Länder weichend, ihm kommen mußten. Die Mittelstaaten selbst standen in immer lebhafter werdenden Beziehungen zu Hannover und waren zu der Hoffnung berechtigt, diesen einzigen starken Verbündeten Preußens in das Lager der Trias hinüberzuziehen. Und schließlich hatte Österreich beim Abwarten nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Es rechnete, wie Nesselrode, mit einem durch die französische Politik notwendig werdenden Zusammengehen und einer Verständigung, wenn nötig unter freundschaftlichem Druck Rußlands. Daß es dabei auf seine Kosten kommen werde, darum war es Buol nicht Angst. Alle drei Parteien hofften auf die Zeit als ihren treuesten Ver-

bündeten. Die Folge war ein Hinziehen der Krisis über den kommenden Winter hinaus.

Seit Anfang Juli trat Berlin als Verhandlungsort ganz in den Vordergrund. Die mittelstaatlichen Minister suchten in Sonderkonferenzen nach Darmstädter Muster auf die preußischen Vorschläge eine einheitliche Antwort festzustellen, um in Berlin keinen Zweifel an der Solidarität der Trias aufkommen zu lassen, vielleicht auch noch, um österreichischen Einflüssen sich so eher entziehen zu können. Schon die erste Zusammenkunft in Kissingen am 9. Juli bewies allen Teilnehmern die Notwendigkeit dieser Vorverhandlungen. In einer Erklärung vom 7. Juni hatte Preußen den Wiener Entwurf eines Zolleinigungsvertrages mit Österreich unbedingt abgelehnt und Verhandlungen über einen Handelsvertrag erst nach Sicherung des Zollvereins in Aussicht gestellt. In Kissingen wollte man nun die gemeinsame Entgegnung aufsetzen. Dabei stellte sich heraus, daß im Grunde die Trias bereits gesprengt war. Die Absicht, in Verhandlungen über den Wiener Eventualvertrag mit Österreich einzutreten, wurde fallen gelassen. Baden hielt alle Österreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen bereits für erfüllt, in Stuttgart wollte König Wilhelm entgegen den Absichten Neuraths zwischen der Koalition und Preußen vermitteln. Auf dem Zolleinigungsentwurf bestand auch Neurath nicht mehr. Nassau und Kurhessen erklärten in dem Septembervertrag kein Hindernis für eine Verständigung zu sehen. Kurz, es kostete Pfordten und Beust die größte Mühe, eine Note zustande zu bringen, die von Preußen Auskunft verlangte, wann es die Sicherung des Zollvereins als gegeben annehme, und die erklärte, daß die verbündeten Regierungen „einen bindenden Beschluß solange nicht fassen könnten, als nicht klar vorliege, in welchem Umfange ein Zoll- und Handelsvertrag mit Österreich zustande kommen werde, und wie die künftige Zolleinigung mit Österreich zu sichern sei.“ Baden und Württemberg konnten auch jetzt nicht bewogen werden, diese Note in Berlin mitzuüberreichen. Preußen erklärte darauf, nur mit den Regierungen weiter verhandeln zu wollen, die dem Septembervertrag zustimmten und bereit wären, über den Handelsvertrag erst nach Erneuerung des Zollvereins zu verhandeln. Eine daraufhin Mitte August nach Stuttgart einberufene zweite Konferenz hatte kein erfreulicheres Ergebnis als die Kissinger. Baden und Württemberg zeigten sich höchst lau. Selbst Beust empfahl Annahme des Septembervertrages in der neuen Berliner Fassung. Am 21. August konnte man dann doch noch eine gemeinsame Antwort in

Berlin abgeben. Man akzeptierte den Septembervertrag, fragte aber gleichzeitig, inwieweit Preußen bereit sei, die Wiener Entwürfe als Grundlage der Verhandlungen mit Österreich anzuerkennen. Die preußische Erwiderung lautete nun zwar außerordentlich entgegenkommend. Ein gleichzeitiges Zirkular an die preußischen Gesandtschaften ließ indessen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Preußen erst den Erneuerungsvertrag abgeschlossen wünsche, ehe an Verhandlungen mit Österreich zu denken sei. Bis Mitte September wurde eine Antwort verlangt. In München fanden nun endlich die Triasminister unter von der Pfordtens geschickter Leitung ihre Einigkeit wieder, mit der sie am 4. April in Darmstadt ihr Schicksal selbst in die Hand genommen hatten. Baden freilich lehnte auch jetzt jede weitere Beteiligung ab. Die übrigen Minister stimmten auf der Münchener Konferenz vom 17.—19. September in allem Preußens Vorschlägen zu. Nur die Prioritätsfrage der abzuschließenden Verträge blieb als einzige Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Kontrahenten bestehen. Im Grunde genommen eine reine Formsache, sollte sie doch noch einmal alles bisher Erreichte in Frage stellen. Die Münchener sollten gar nicht dazu kommen, ihre neuerliche Note in Berlin zu überreichen. Preußen erklärte, trotzdem oder weil es von ihrem Inhalt bereits Kenntnis erlangt hatte, die gesetzte Frist als von den Verbündeten nicht gewahrt und brach die Berliner Konferenzen mit der Erklärung ab, nun nur noch einzeln mit den Regierungen weiter verhandeln zu können, die der preußischen Ansicht zugestimmt hätten. So stand Ende September die Krisis noch einmal auf des Messers Schneide.

Die verwickelten diplomatischen Wege, die von Darmstadt zum Abbruch der Berliner Konferenzen führten, erforderten eine eingehendere Darstellung, als es bisher im allgemeinen im Rahmen der vorliegenden Arbeit für richtig erachtet wurde. Sie war notwendig, um für die in den kommenden Wochen ihren Höhepunkt erreichende Bewegung der öffentlichen Meinung und Bismarcks Wirksamkeit einen genügend klaren Hintergrund zu schaffen. Um so ausschließlicher können wir uns nun im Folgenden wieder unserer eigentlichen Aufgabe zuwenden.

Bei seinem Wiener Aufenthalt hatte Bismarck auch die heftige Kampfesstimmung der beiderseitigen Presse zur Sprache gebracht und den Vorschlag gemacht, „den Federkrieg auf das Maß ruhiger Diskussion zurückzuführen und gegenseitigen Angriffen ein Ziel zu setzen, welche die öffentliche Stimmung auf beiden Seiten verbitterten, ohne jemand zu überzeugen"[104].

104) Poschinger, P. i. B. I, S. 103.

Er war damit aber bei dem Grafen Buol anscheinend auf weniger Gegenliebe gestoßen, als er hatte erwarten dürfen. Buol erklärte sich indessen bereit, „die Hand zu bieten, damit den gegenseitigen bitteren Invektiven in der Presse nach Kräften gesteuert werde, wenn es auch unmöglich sei, die Diskussion der streitigen Fragen ganz zu unterdrücken". Daß dies Entgegenkommen nur eine leere Redensart bleiben sollte und nie anders gemeint gewesen war, erfuhr Bismarck noch während seines Wiener Aufenthaltes zur Genüge. Die Presse der Hauptstadt erschwerte ihm durch Anzweiflung der loyalen Absichten Preußens seine Mission nach Kräften. Er erfuhr in Kürze, was man in Wien „unter der versöhnlichen Sprache versteht, die wir uns nach der gestrigen Besprechung angelegen sein lassen wollen, in der beiderseitigen Presse herbeizuführen". Daß er unter diesen Umständen ebensowenig sich an die Verabredung gebunden fühlte, sondern entschlossen war, den Gegnern mit gleicher Münze heimzuzahlen, versteht sich von selbst. So nahm er gleich nach seiner Mitte Juli erfolgenden Rückkehr nach Frankfurt die Fäden wieder auf, die er zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung nach allen Richtungen hin gesponnen hatte. Schon am 15. Juli berichtete er dem Ministerpräsidenten über eine Unterredung mit Wiesbadener Persönlichkeiten, die ihm Gewißheit gab, daß besonders die Gewerbe- und Handeltreibenden in Nassau und Hessen-Darmstadt „eine Losreißung Süddeutschlands vom Zollverein als das größte Unglück" betrachten würden, „welches dem Wohlstand und Verkehr derselben widerfahren könnte"[105]). Gleichzeitig machte er Manteuffel darauf aufmerksam, welchen Schaden die preußischen Offiziösen in Süddeutschland durch schiefe Darstellung der Haltung Preußens anrichteten. Er, Bismarck, sei bereits dieser Ansicht von einem Nachgeben Preußens in der hiesigen Presse entschieden entgegengetreten. Noch im gleichen Monat erfahren wir aus einem Brief an seinen Chef von seiner Propaganda für die Schrift des Professors Rau[106]). Nicht allein, daß er in den süddeutschen Zeitungen ihre Besprechung veranlaßt hatte, aus ihr wurde auch auf seinen Wunsch hin eine kleine Broschüre zusammengestellt, die von Bismarck unter dem Titel: „Der deutsche Zollverein soll zerstört werden? Stimmen aus dem Süden" in 1000 Exemplaren durch Mittelspersonen an die einflußreichen Industriellen, Landwirte und Handeltreibenden in Süddeutschland verteilt wurden.

Karl Heinrich Rau, der berühmte Heidelberger Nationalökonom und Vater der modernen Finanzwissenschaft, hatte

105) Poschinger, P. i. B. I, S. 112.
106) Poschinger, P. i. B. I, S. 116.

4*

im Juni in dem von ihm und dem Göttinger Professor Hanßen herausgegebenen „Archiv der politischen Ökonomie und Polizeiwissenschaft“ eine Abhandlung „Über die Krisis des Zollvereins im Sommer 1852“ erscheinen lassen, die dann auch als selbständige Schrift herauskam und bei der Stellung des Verfassers und der Propaganda, die Bismarck für sie machte, in der Presse das größte Aufsehen erregte. Das von Bismarck veranlaßte Extrakt enthielt in der Hauptsache den letzten Abschnitt der Rauschen Abhandlung über die „Spaltung des Zollvereins“. Die Ursache zur Abfassung seiner Schrift hatte Rau die Ende April in Leipzig erschienene Broschüre „Die Zollkonferenz zu Wien in ihren notwendigen Folgen für das gesamte Deutschland“ gegeben, die ihren offiziellen Charakter als eine Art Verteidigungsschrift der süddeutschen Regierungen für den Gang nach Wien schwerlich verleugnen konnte. Dieser Eindruck wurde noch unterstützt durch Hinzufügung der Entwürfe A und B der Konferenz, also eines Handels- und Zollvertrags und eines Zolleinigungsvertrags. Neben der Kritik dieser Vorschläge nimmt Rau aber auch die Beschlüsse der Darmstädter Konferenz scharf unter die Lupe. Er kann ihnen nur die einzige, noch dazu rein negative Aufgabe zusprechen, nämlich die Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins acht Monate hindurch in die Länge zu ziehen durch das Übereinkommen, „nicht vor dem 1. Januar 1853 den Erneuerungsvertrag mit Preußen einzugehen, wofern nicht zuvor eine Verständigung Österreichs mit sämtlichen Zollvereinsstaaten erfolgt sei“. Rau kann diese Verschleppungstaktik nur als in höchstem Grade gewissenlos bezeichnen, eine Taktik, die durch ihre monatelange Ungewißheit lähmende Unsicherheit in das gesamte Wirtschaftsleben hineinzutragen geeignet sei. Eine Zolleinigung mit Österreich kann auch ein Mann wie Rau keineswegs gutheißen. In der mangelnden Kaufkraft der österreichischen Bevölkerung, in den verfahrenen Geldverhältnissen der Monarchie und schließlich in der unzweifelhaften Neigung zu hohen Schutzzöllen sieht er schwerwiegende Hindernisse. Der Abschluß eines Handelsvertrages, den er dagegen sehr begrüßen würde, setzt für ihn voraus, „daß beide Vertragsteile sich auf festem Boden deutlich gegenüberstehen“, also der Zollverein erst erneuert werde. „Es ist, als ob jemand mit einer Aktiengesellschaft einen Vertrag eingehen möchte und sich, ehe jene förmlich gebildet ist, an die einzelnen Aktionäre wenden wollte.“ In einer durch die Darmstädter Konferenz in drohende Nähe gerückten Spaltung sieht er nur das größte Unheil für alle Teile. Süddeutschland würde vom Meere gänzlich abgeschnitten, unstreitig am schwersten daran zu

tragen haben. Es würde politisch wie wirtschaftlich zum westlichen Hinterland des Donaustromgebiets herabsinken.

Wir sehen, die sachlichen, klaren und kenntnisreichen Ausführungen Rau's waren wohl geeignet, der Bevölkerung zu Gemüte zu führen, was sie zu verlieren im Begriffe stand. Ihre Verbreitung durch die preußische Preßstation wird ihren Zweck kaum verfehlt haben.

Die Kissinger Ministerzusammenkunft blieb in der Presse und Publizistik wenig beachtet, ganz im Gegensatz zu der Augustkonferenz in Stuttgart. Hier sorgte der „Schwäbische Merkur" durch eine Reihe von Artikeln aus der Feder seines volkswirtschaftlichen Mitarbeiters, Professor Mährlen, dafür, den Zweck der Tagung in das rechte Licht zu rücken, den segensreichen Einfluß des Zollvereins für die einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens noch einmal sachverständig nachzuweisen und den Gedanken der Bildung einer süddeutschen Zollgruppe scharf abzulehnen. Auch in der österreichischen Anschlußfrage trat er in entschieden preußischem Sinne für einen Handelsvertrag unter Ablehnung jeder Zolleinigung ein.

Die preußische Antwort auf die Note der Stuttgarter Konferenz wurde natürlich von Bismarck in weitestem Umfange kolportiert[107]). Auch für ihre Besprechung in preußischem Sinne trug der Gesandte in den süddeutschen Blättern Sorge. Mit dieser Mitteilung an Manteuffel mußte er wieder die Warnung verbinden, in der offiziösen Presse nicht zu sehr die Wichtigkeit der Erhaltung des Zollvereins für Preußen zu unterstreichen, „da dies den Widerstand der süddeutschen Regierungen nur stärken" werde. Wie richtig Bismarck hierin urteilte, können wir einem gleichzeitigen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 5. September entnehmen, der über die in süddeutschen Regierungsorganen geäußerten starken Zweifel an der Festigkeit des preußischen Ministeriums berichtete und sich über den nach den Jeremiaden vieler preußischer Blätter unerwartet energischen Ton der letzten Berliner Erklärung wundert. Um so befriedigter konstatiert er, welchen großen Eindruck die Note in ganz Süddeutschland gemacht hat.

Nach Anweisung Manteuffels sollte sich die ganze Macht der Publizistik in den kommenden Wochen auf den Kampf gegen die Trias konzentrieren. Wie er dem württembergischen Preßagenten Klindworth am 7. September mitteilte, war die Regierungspresse angewiesen, „sich jeder Verunglimpfung Österreichs zu enthalten". Aber selbständigen süddeutschen Blät-

---

107) Poschinger, P. i. B. I, S. 132.

tern, „die auf die von da drohenden Gefahren aufmerksam machen", will er keineswegs entgegengetreten wissen[108]).

Trotz der festen Erklärung Preußens vom 30. August hatte besonders in der sächsischen Presse die sehr optimistische Auffassung Platz gegriffen, daß der Zollverein, wenn keine Erneuerungsverträge stattfinden würden, auch mit Ausschluß Preußens weiterbestehen werde[109]). Dieser Ansicht, die Beust als Vater des Gedankens leicht erkennen ließ, war Manteuffel in der „Spenerschen Zeitung" sofort entgegengetreten. Auf seine Veranlassung hin ließ Bismarck ebenfalls eine besondere Korrespondenz dem „Frankfurter Journal" und dem „Schwäbischen Merkur" zugehen und übermittelte auch noch sieben weiteren Blättern Süddeutschlands auf zuverlässigem Wege eine metallographierte Korrespondenz[110]). Die erhoffte Wirkung blieb nicht lange aus. Die sächsischen Zeitungen ließen die Möglichkeit eines Zollvereins ohne Preußen bald unter den Tisch fallen. Nach Abbruch der Berliner Konferenzen wurden auch die Beust'schen Ministeriellen recht kleinlaut. Der Leipziger **-Korrespondent der Augsburger „Allgemeinen" berichtete seinem Blatt am 5. Oktober: „Das offizielle ‚Dresdner Journal' hegt trotz aller scheinbar dagegen streitenden Umstände und Tatsachen die Zuversicht, daß die gegenwärtige Krise eine heilsame sei und sie die augenblicklich gelösten Bande von neuem knüpfen werde. Die ‚Freimüthige Sachsenzeitung' hofft noch immer, daß sich allmählich wieder ein Befestigungspunkt für das ‚so gewaltsam und schnöde' getrennte Band finden werde. Die ‚Sächsische constitutionelle Zeitung' lebt der festen Überzeugung, daß in der entscheidenden Stunde sich niemand finden werde, ‚der die definitive Trennung Sachsens von Preußen und damit den Ruin Sachsens, speziell Leipzigs, wird verantworten wollen'." So gestaltete sich die Stimmung auch in Sachsen für Preußen nicht ungünstig. —

VII. Vor der Entscheidung.

Der Abbruch der Berliner Konferenzen am 29. September ließ den Kampf um die öffentliche Meinung seinen Höhepunkt erreichen. Für Preußen blieb gegen die Triasstaaten nur das einzige Mittel, den Druck der unzufriedenen Bevölkerung auf die Regierungen derart zu steigern, daß die augenblicklichen Kabinette in den Mittelstaaten nachgaben oder gestürzt wür-

108) „Grenzboten". 66, 4. S. 673.
109) Frankf. Journ. vom 10. 9. 1852.
110) Poschinger, P. i. B. I, S. 132.

den[111]). Österreich ließ natürlich auch kein Mittel unversucht, diesen Druck abzuschwächen und die Regierungen zu einem entscheidenden Schritt durch endgültigen Abschluß des Eventualvertrages mit Österreich zu bewegen. Zu diesem Zwecke wurden Ende Oktober die Wiener Konferenzen wieder aufgenommen.

Die wachsende Gärung kam zuerst in der Bevölkerung Hessen-Darmstadts zum Ausbruch. Wie wir sahen, hatte der Freiherr von Dalwigk es für das Klügste gehalten, Ende Juni die II. Kammer vor Beratung der Zollsache zu vertagen. Während der Landtagsferien war eine Petition der andern gefolgt. Nun brauchte die Regierung die Stände aber wieder, um sich die Steuern neu bewilligen zu lassen. Sie wurden also am 30. September wieder einberufen. Aber schon in der ersten Sitzung der II. Kammer platzte die Bombe[112]). Liberale und Demokraten dachten nicht daran, die Steuern zu bewilligen, um nachher wieder nach Hause geschickt zu werden. Sie hatten aus dem Spiel im Sommer gelernt. Stürmisch protestierten Reh und Müller-Melchiors gegen das damalige Verfahren der Regierung. Sie lehnten es energisch ab „zu Steuerbewilligungsmaschinen degradiert zu werden". „Wir sitzen hier", sagte Müller-Melchiors, „um die Rechte der Stände zu wahren, das heißt nach Ansicht des Herrn Finanzministers, die Steuern zu verlängern, nach meiner Ansicht dagegen, um uns über die Zollfrage und das ganze System der jetzigen Regierung auszusprechen." Das war die offene Kampfansage der Demokraten an Dalwigk. Und Müller-Melchiors Fraktionskollege Dr. Wittmann, der Abgeordnete für Wörrstadt, fragte: „An dem Tage, nach dem wir die Zivilliste zu bewilligen die Güte hatten, war uns der Vogel aus der Hand geflogen. Wir wurden nach Hause geschickt. Jetzt ist der Vogel zurückgekommen, heute haben wir ihn wieder in der Hand. Wollen Sie ihn abermals fliegen lassen, wollen Sie abwarten, bis er wieder auf dem Dache sitzt?" Der Finanzminister Freiherr von Schenck hielt es für untunlich und bisher nicht üblich, in der Kammer Sachen vorzubringen, über die, wie die Zollfrage, die Verhandlungen noch in der Schwebe seien, erklärte aber, daß das Ministerium die Kammer nicht an einer Erörterung der Zollfrage hindern werde. Die Konservativen stimmten dem Minister zu, und der Kammerpräsident Goldmann verstieg sich zu der Erklärung, daß er keinesfalls die Zollsache vor Erledigung der Steuerverlängerung auf die Tagesordnung setzen werde. Da die liberale Partei in der Sitzung nur ganz außer-

111) Poschinger, P. i. B. I, S. 132.
112) siehe auch hier die amtlichen Verhandlungsprotokolle.

ordentlich schwach vertreten war, gelang es den Konservativen mit 22 gegen 16 Stimmen den Steuergesetzentwurf nach langer Debatte als dringlich durchzudrücken. Bei der entschlossenen Haltung der Opposition wagte nun Dalwigk aber doch nicht, das Rezept vom 30. Juni nochmals zur Anwendung zu bringen. Er ließ den Dingen ihren Lauf, und so stieg denn in der nächsten Sitzung am 4. Oktober die Besprechung der Interpellation Müller-Melchiors.

Der Finanzausschuß, welcher sich vor der Vertagung mit der Interpellation befaßt hatte, legte dem Plenum zwei Fassungen zur Beratung vor[113]). Ein Minderheitsentwurf wollte die Zustimmung der Stände zu jedem Vertrag eingeholt wissen, der ohne Preußen oder mit Österreich einschließlich seiner außerdeutschen Provinzen abgeschlossen werde. Außerdem möge die Kammer von vornherein zu jedem Vertrage ohne Preußen, solange eine Erneuerung des Zollvereins auf einer gerechten Grundlage möglich sei, ihre Zustimmung versagen. Der weitergehende, von Liberalen und Demokraten unterstützte Majoritätsantrag schlug der Kammer vor, über den Inhalt der Darmstädter Protokolle ihr tiefstes Bedauern auszusprechen, zu erklären, daß sie durch ihre Ausführung das materielle Wohl des Landes und die Existenz des Zollvereins, des letzten nationalen Bandes der Nation für gefährdet erachte, daß sie weiter erwarte, die Regierung werde zu jenen Verträgen die Genehmigung der Stände vorbehalten haben. Ferner möge die Kammer die Regierung ersuchen, „mit Aufbietung aller Kräfte auf die alsbaldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen und den übrigen norddeutschen Staaten hinzuwirken, sich für Aufhebung der Ausgleichungsabgaben zu bemühen und erst, nachdem die Neubildung des Zollvereins eingetreten sei, mit Österreich einen Handels- und Zollvertrag abschließen". Während der sehr erregten Debatte, die sich über den ganzen Verhandlungstag hinzog, wies die Ministerbank gähnende Leere auf. Dalwigk wie Schenk hatten es für ratsamer gehalten, die zu erwartenden Angriffe der Linken in absentia über sich ergehen zu lassen.

Zu Beginn der Sitzung brachte der konservative Führer Freiherr von Rabenau, der Vertreter der oberhessischen Landwirte, einen weiteren Antrag ein, der der Regierung das Vertrauen der Kammer ausspricht, aber zugleich auch die Erwartung hegt, daß sie alles zur Erneuerung der bisherigen Zollverträge tun werde. Eine sofortige Beratung des Antrages Müller-Melchiors hält Freiherr von Rabenau für unklug.

[113]) Augsb. Allg. Ztg. vom 8. 10. 1852.

Man dürfe der Regierung nicht in die Arme fallen, auch habe man noch nicht das erforderliche Material zur Hand, um sich eine Kritik der Regierungsmaßnahmen erlauben zu dürfen. Es sind die gleichen Argumentationen, mit denen das „von einem Rheinhessen" herrührende giftige Pamphlet: „Die deutsche Zoll- und Handelseinigung in besonderer Beziehung auf das Großherzogtum Hessen" arbeitet. Der liberale Abgeordnete Reh versagt dagegen der Regierung jedes Vertrauen. Er hebt in aller Ausführlichkeit die großen Vorteile des Zollvereins für das hessische Land hervor, begrüßt warm den Abschluß des Septembervertrages als ein Werk allgemeinsten Interesses und stellt dem österreichischen Zolleinigungsplan die schwersten Bedenken entgegen. Die politische Geschlossenheit des modernen Österreich, die endlosen Finanzkalamitäten der Donaumonarchie, die mangelhafte Kaufkraft ihrer Bewohner für Industrieprodukte und die zu erwartende Konkurrenz der ungarischen Agrarerzeugnisse auf dem deutschen Markt sind ihm Hindernisse, die nicht durch einen Federstrich aus dem Wege zu räumen sind. Müller-Melchiors, dem seine Gegner den Ehrentitel des „Mainzer Jakobiners" zuerkannt hatten, benutzte natürlich die Gelegenheit, der Regierung eine Generalabrechnung zu präsentieren, wobei er nur bedauerte, daß keiner der Minister anwesend sei, ihren Empfang zu bestätigen. In heftiger Polemik gegen das System Dalwigk unterstrich er scharf die politische Bedeutung der Zollfrage. Nach seiner Ansicht hätten rein dynastische Interessen zum Abschluß der Darmstädter Verträge geführt. Bei ihrer Kritik verurteilt er besonders die eingegangene Verpflichtung, den Zollverein ohne Österreich nicht vor dem 1. Januar 1853 zu erneuern. Die Furcht vor Verpreußung habe den Herren bei der Niederschrift dieser Protokolle die Hand geführt, ohne daß sie die gleiche Gefahr, die ihnen von einem Zusammengehen mit Österreich in ungleich höherem Maße drohe, für bedenklich erachtet hätten. „Die Unterzeichner setzten ihren ganzen Einsatz auf eine Karte, nämlich auf die Nachgiebigkeit Preußens quand même ..... Wie nennen Sie den Spieler, welcher nicht sein eigenes Vermögen, sondern Hab' und Gut von Hunderttausenden, das ihm anvertraut war, dessen Erhaltung und Schutz er eidlich gelobt hatte, im Hazardspiel auf eine Karte setzt? ..... Wo ist aber jener Einsatz hingekommen? Preußen hat nicht nachgegeben, es hat in seiner letzten Note auf's Bestimmteste erklärt, daß es erst dann, wenn der Zollverein erneuert sein werde, mit Österreich in Unterhandlung eintreten könne. Die Verhandlungen in Berlin sind daher definitiv abgebrochen und der Zollverein gesprengt." Mit aller Schärfe verwirft er dann

den Antrag Rabenau und empfiehlt der Kammer den Majoritätsantrag des Ausschusses zur Annahme. Der Vizepräsident Hofmann aus Friedberg wünschte dem Antrag eine mildere Form zu geben. Eine Reihe konservativer Redner, vor allem der Abgeordnete und frühere Staatsminister Frank-Darmstadt, suchen den Vorstoß der Linken abzuschwächen, indem sie Preußen beim Abschluß des Septembervertrages und der Inszenierung der Krise die schlechtesten Motive unterschieben. Es gelingt ihnen aber nicht, dem Gang der Debatte eine für die Regierung günstigere Wendung zu geben. In der schließlichen Abstimmung wird zwar das von der Majorität des Ausschusses geforderte Mißtrauensvotum mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt, aber die übrigen Punkte des Antrags, die das materielle Wohl des Landes für gefährdet erachten und vor Abschluß eines Handelsvertrages die Erneuerung des Zollvereins verlangen, werden mit 2 Stimmen Mehrheit zum Beschluß erhoben.

Damit war das Kabinett Dalwigk vor dem ganzen Lande auf's schwerste diskreditiert. Alle Gegner, voran Bismarck, taten ihr möglichstes, das günstige Ergebnis der Kammerverhandlungen durch Presse und Flugschriften in ganz Süddeutschland zu verbreiten und für Preußens Zwecke auszuschlachten. Aus diesem Grunde veranlaßte Bismarck einen besonderen Abdruck der Verhandlungen in 500 Exemplaren, und zwar ließ er sie, soweit möglich, „in einem, dem preußischen Interesse entsprechenden Sinne" redigieren[114]). Ihre Verteilung an zuverlässige und einflußreiche Personen Süddeutschlands regelte er selbst. Die Wirkung dieser Publikation ist unschwer aus der gegnerischen Presse zu erkennen. Selbst die offizielle „Österreichische Korrespondenz" hielt es nicht für unter ihrer Würde, den Verhandlungen einen giftigen Artikel zu widmen. Das „Manöver" hatte sie angeblich keineswegs überraschen können. „Es wird nicht das erstemal versucht," meint sie dann, „den kleinen deutschen Regierungen, wenn sie den preußischen Anschauungen gegenüber Festigkeit zu zeigen wagen, durch Angriffe in der Presse und durch Aufmunterung aller oppositionellen Elemente, innere Verlegenheiten zu bereiten."[115]) Dalwigk selbst fand kein anderes Mittel, sich der unliebsamen Angreifer zu erwehren, als daß er bei dem Kreisgericht in Mainz gegen den unbequemsten Gegner, Dr. Müller-Melchiors und gegen Jörg, den Verleger der demokratischen „Neuen Mainzer Zeitung", der die Rede Müller-Melchiors' in seinem Blatte zum Abdruck gebracht hatte, Klage an-

[114]) Poschinger, P. i. B. I, S. 145.
[115]) Dtsche. Allgem. Ztg. vom 10. 10. 1852.

strengte[116]). Das hatte zwar von seiten der Demokraten eine erneute Interpellation in der Kammer zur Folge. Sie sahen darin eine Verletzung der Verfassung, da diese Redefreiheit und Unverantwortlichkeit der Abgeordneten sicher stelle. Dalwigk verfolgte aber unbeirrbar sein Ziel. Er gab sich mit dem Urteilsspruch der ersten Instanz[117]), der nur den Drucker Jörg wegen Beleidigung des Ministeriums verurteilt, Müller-Melchiors aber aus Mangel an Beweisen freigesprochen hatte, nicht zufrieden. Erst auf Berufung verurteilte das Obergericht auch Müller-Melchiors „wegen Veröffentlichung seiner Rede über die Zollfrage" zu 2 Monaten Zivilgefängnis[118]).

Einen guten Einblick in Bismarcks Arbeitsmethode in diesen Wochen gibt uns ein eingehendes Exposé des Gesandten an Manteuffel vom 12. Oktober 1852[119]). Er schildert dem Minister zwei Wege für seine Bemühungen, „die im Süden für Erhaltung des Zollvereins überall vorhandenen Sympathien zu stärken und zur Äußerung anzuregen, um auf diese Weise eine Agitation für den erwähnten Zweck aus dem Schoße der Bevölkerung selbst ins Leben zu rufen" und „solche Agitationen zu paralysieren, welche den wohlbegründeten Einfluß Preußens auf Süddeutschland aufzuheben trachten". Der eine der von ihm beschrittenen Wege sei die Einwirkung auf die Presse. Bei dem Fehlen eines großen preußischen Organs in Süddeutschland analog der Augsburger „Allgemeinen" und dem Vorherrschen der Regierungsblätter stoße man auf diesem Wege auf schwer zu überwindende Hindernisse. Wenn es ihm auch gelungen sei, auf eine Anzahl süddeutscher Zeitungen Einfluß zu gewinnen, müßten doch selbständige Flugblätter diesen Pressestimmen ergänzend zur Seite treten. Neben dieser publizistischen Tätigkeit sei gleich wichtig „die Verbindung mit einflußreichen und preußisch gesinnten Männern". Sein Streben ginge nach Ausbau eines Netzes von Vertrauensmännern über ganz Süddeutschland mit Frankfurt als leitendem Mittelpunkt. Deren Aufgabe sei es, einerseits ihn über die Stimmung der Bevölkerung ihrer Gegend fortlaufend zu informieren, andererseits aber auch Petitionen, Anträge an die Kammern usw. hervorzurufen. Um diese ganzen Bestrebungen in einen organischen Zusammenhang zu bringen, empfiehlt Bismarck dem Minister, in engster Anlehnung an die bereits bestehende und gut eingebürgerte gewerblich-statistische Anstalt in Frankfurt einen „Gewerblichen und Handelsverein für Süd-

---

116) Augsb. Allg. Ztg. vom 22. 12. 1852.
117) Augsb. Allg. Ztg. vom 4. 2. 1853.
118) Augsb. Allg. Ztg. vom 11. 3. 1853.
119) Poschinger, P. i. B. I, S. 140.

deutschland" zu gründen und der Anstalt „ein eigenes Organ zuzugesellen, in welchem sie ihren Einfluß bei den süddeutschen Gewerbetreibenden fortlaufend geltend machen kann". Er denkt sich dieses Vereinsorgan vorläufig als monatliche Sonntags-beilage zum „Frankfurter Journal". Außerdem kämen noch je nach Bedarf lithographische Korrespondenzen an die Vereins-mitglieder in Betracht. Am 6. November versicherte der Minister Herrn von Bismarck seines vollsten Einverständnisses mit allen gemachten Vorschlägen und schon vier Wochen später konnte dieser seinem Chef von dem Ergebnis der ersten Versuche berichten[120]). Das Sonntagsblatt war hiernach unter dem Titel „Blätter für Handel und Gewerbe" als Beilage des „Frankfurter Journals" wirklich erschienen und hatte auch den beabsichtigten Eindruck vollkommen erzielt. Im Publikum hatte man es dem Berliner volkswirtschaftlichen Verein zugeschrieben. In diesem Sinne äußerte sich der Frankfurter Agent der Hamburger Freihandelspartei in der „Mittelrheinischen Zeitung". Außerordentlich gereizt und ausführlich polemisierte die offizielle „Neue Münchener Zeitung" gegen das neue preußische Organ. Indessen türmten sich die Hindernisse auf, die das weitere Erscheinen des Blattes unmöglich machten. Der Besitzer des „Frankfurter Journals" weigerte sich kategorisch, fernerhin noch die „Blätter für Handel und Gewerbe" seiner Zeitung beizulegen. Der wenig freundliche Widerhall, den seine neue Beilage in der Presse Österreichs und der Koalitionsstaaten gefunden hatte, hatte in dem Verleger begründete Besorgnis für das Gedeihen seiner Anzeigenplantage und seiner Abonnentenziffer aufkommen lassen. Daneben war ihm bereits mit Entziehung des Postdebits gedroht worden, eines der damals üblichsten Mittel für die Regierungen, widerspenstige Zeitungen zur Raison zurückzubringen oder sie sich gar ganz vom Halse zu schaffen. So mußte Bismarck gerade in den bedeutsamsten Tagen auf ein Kampfmittel verzichten, auf das er große Hoffnungen gesetzt hatte. Es war dies um so unangenehmer, als die Frankfurter „Oberpostamts-Zeitung" seit dem 1. August ungestört eine wöchentliche handelspolitische Beilage mit schutzzöllnerischer und antipreußischer Tendenz herausbringen konnte[121]).

Doch Bismarcks Tätigkeit erstreckte sich nicht nur auf die Organisation des Preßkampfes. Er verfolgte ebenso eifrig die Wünsche und Klagen, die in der Bevölkerung seines Einflußgebietes in Hinsicht auf die Gestaltung der geplanten neuen Zollvereinsverträge laut wurden. Eine besondere Rolle spielten

[120]) Poschinger, B. u. d. B. S. 35.
[121]) Augsb. Allg. Ztg. vom 7. 8. 1852.

hierbei die Ausgleichungssteuern, Steuern, die für in Süddeutschland geringer belastete Waren, wie vor allem Wein und Tabak, bei ihrem Übergang nach Preußen zu bezahlen waren. Sie hatten schon bei den Freunden Preußens in den Verhandlungen der hessischen Kammer Anstoß erregt. In der Pfalz und Nassau äußerte man sich jetzt gleich mißfällig über diese immer schon besonders unbeliebt gewesene Abgabe. Nun brachte Bismarck auch noch in Erfahrung, daß die hessische und nassauische Regierung, „den ihnen näherstehenden Handel- und Gewerbetreibenden vertraulich eröffnet habe, sie beharre hauptsächlich deswegen bei ihrer einmal eingenommenen Stellung, um Preußen zu Konzessionen in Betreff der Ausgleichungssteuern zu nötigen"[122]. Bismarck erblickte in diesem „Manöver" „einen nicht zu übersehenden Hinderungsgrund für das Zustandekommen einer allgemeinen und energischen Agitation zugunsten des Zollvereins" und legte dem Minister nahe, diesem vorzüglichen Zugmittel der Darmstädter Koalierten durch Verzicht Preußens auf die Ausgleichungssteuern endgültig den Boden zu entziehen.

Ein weiteres Eingreifen Bismarcks erforderten die Herbstberatungen des Pfälzer Landrats in Speyer. Hier hatte in einer Sitzung am 15. Oktober der Berichterstatter eine Verbindung mit Österreich unbedingt abgelehnt und die Erhaltung des Zollvereins für ein unumgängliches Erfordernis für den Wohlstand der Pfalz erklärt. Der gesamte Petitionsausschuß hatte sich diesem Votum angeschlossen und dem Plenum des Landrats einen entsprechenden Antrag zur Beschlußfassung unterbreitet. Auf die Nachricht von diesen Vorgängen sandte Bismarck sofort einen zuverlässigen Agenten nach Speyer, um nähere Erkundigungen einzuziehen und „womöglich eine Einwirkung auf die einflußreichen Mitglieder des Landrates herzustellen"[123]. Dieser sollte auch gleich mit dem demokratischen Abgeordneten der II. bayerischen Kammer, Kolb, Verbindung aufnehmen. Friedrich Kolb, ein ehemaliger Abgeordneter der Paulskirche, war Redakteur der „Speyerer Zeitung" und hatte sich als solcher immer entschieden für den Fortbestand des Zollvereins mit Preußen und gegen die Pfordtenschen Triaspläne ausgesprochen. Schon im Frühjahr 1851 hatte er es in seinem Blatt einen unverantwortlichen Leichtsinn gescholten, mit dem mittelbar und unmittelbar auf die Auflösung des Zollvereins hingearbeitet würde[124]. Er fürchtete davon, daß wieder „jener Zustand atomistischer Zersplitterung" eintreten werde,

[122] Poschinger, P. i. B. I, S. 142.
[123] Poschinger, P. i. B. I, S. 151.
[124] Frankf. Journ. vom 24. 1. 1851.

„unter dem Deutschland so lange furchtbar zu leiden hatte". Wie wir schon gehört haben, hatte er dann im Mai in dieser Angelegenheit eine Interpellation an das Ministerium gerichtet und nun den Antrag des Landratsausschusses redigiert. Auf seinen Rat versuchte der preußische Agent zunächst auf den Präsidenten Krämer von St. Ingbert einzuwirken. Der Erfolg blieb nicht aus. Am 22. Oktober nahm der Landrat einstimmig den Ausschußantrag an. Um diesem für Preußen außerordentlich günstigen Beschluß eine möglichst weite Verbreitung und nachhaltige Wirkung zu sichern, erbat Bismarck die Genehmigung, „die Zollvereinsverhandlungen des Landrats in einem besonderen Abdruck zusammenstellen zu lassen", die auch von Manteuffel bereitwilligst erteilt wurde[125]).

In diesen Tagen konnte Bismarck auch von Anknüpfungen berichten, die ihm in der badischen und hessischen Presse gelungen waren. Die Redakteure des demokratischen „Mannheimer Journals" und der ebenfalls demokratischen „Mainzer Volkszeitung" hatten sich von ihm ein- bis zweimal wöchentlich erscheinende Korrespondenzartikel über die Zollvereinsfrage und über die preußischen Zustände im allgemeinen erbeten[126]). Auch der Verleger und Redakteur Goetz des von der badischen Regierung unterstützten und zur Bekämpfung der Ultramontanen benutzten „Heidelberger Journals" wandte sich mit der gleichen Bitte an die preußische Bundestagsgesandtschaft. Bei der Zuverlässigkeit und entschieden antiösterreichischen Gesinnung des Verlegers Goetz unterstützte Bismarck dessen Gesuch nach Berliner Korrespondenzen warm bei seinem Chef. Das „Mannheimer Journal" mit seinem auch als Dichter bekannt gewordenen Redakteur Otto Müller war konstitutionell und in der Revolution erbkaiserlich gewesen. Nun war es, wie auch die „Mainzer Volkszeitung", Organ der demokratischen Partei. Bismarck persönlich war diese Parteifarbe der Blätter nicht im geringsten anstößig. Ihm war in diesem Kampf um Preußens Primat jeder Mitstreiter recht, mochte er in konservativer oder demokratischer Beleuchtung kämpfen, wenn er nur für Preußen und den Zollverein eintrat. Aber er wagte doch nicht, mit gleicher Wärme für die Unterstützung dieser Blätter in Berlin zu sprechen, um die Legitimitätsgefühle des Kabinetts nicht einer allzu harten Probe auszusetzen. Er ließ jedoch keinen Zweifel, daß er nur ungern auf die Verbindung mit diesen Demokraten verzichten würde. Ganz besonders wichtig erschien ihm dies bei der „Mainzer Volkszeitung". Ihr Verleger Hellermann hatte jahrelang für

[125]) Poschinger, P. i. B. I, S. 152.
[126]) Poschinger, B. u. d. B. S. 27.

preußische Interessen gefochten, hatte auch schon einen Redakteur P. Wohlfahrt einbüßen müssen, weil dieser in einem Leitartikel „die konservative Umsturzpartei bei der Zerstörung des Zollvereins“ zu schildern unternommen hatte und dies Wagnis nun mit 3 Monaten Korrektionshausstrafe büßte[127]). Bismarck wollte nun in der „Volkszeitung“ der in Mainz nicht unbeträchtlichen preußischen Partei einen festen Halt geben, was ihm um so notwendiger erschien, als Mainz neben seiner Bedeutung als Handelsplatz ersten Ranges auch Hauptsitz der ultramontanen Propaganda war.

Ein neues Agitationsmittel fand Bismarck dann in dem amtlichen Bericht der Zollvereinskommission von der Industrieausstellung aller Völker[128]). In dem Vorwort hierzu war nachdrücklich auf den bisher verbreiteten Segen des Zollvereins hingewiesen. Bismarck schlug nun seinem Chef vor, von diesem Gesichtspunkt aus das Werk zu benutzen, um durch die süddeutsche Presse einzelne besonders schlagende Tatsachen in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten.

Seit dem Abbruch der Berliner Konferenzen hatten die Verhandlungen doch nicht gänzlich geruht. Nur der Faden zwischen Preußen und den Mittelstaaten schien vorläufig wenigstens gänzlich abgeschnitten. Um so eifriger verhandelte man neuerdings wieder in Wien über den Abschluß des Eventualvertragsentwurfs, für den die in Aussicht genommenen Voraussetzungen jetzt gegeben schienen. Fast gleichzeitig aber liefen die ersten direkten Annäherungsversuche zwischen beiden Großmächten. In Berlin wie in Wien war man doch seiner Sache absolut nicht so sicher, daß man diese Versuche nicht beachten zu brauchen glaubte. Im Gegenteil, für Preußen stellte sich die Freundschaft mit dem Hannover Georgs V. und seiner hochkonservativen Freunde schon als recht brüchig heraus. Österreich andererseits hatte Grund zu der Annahme, daß bei den neuen Wiener Konferenzen so wenig wie früher herauskommen werde, daß die Triasstaaten keineswegs das preußische Protektorat nur mit einem vom Hause Habsburg zu vertauschen gewillt waren. Manteuffel stand den österreichischen Sondierungen anfangs sehr skeptisch gegenüber, wenn er sich auch aus der veränderten Stellung Hannovers für Preußen nicht der Notwendigkeit verschließen konnte, darauf einzugehen. Er wiederholte nun auch Bismarck gegenüber

[127]) Augsb. Allg. Ztg. vom 24. 10. 1852.
[128]) Poschinger, P. i. B. I, S. 153.

seine Mahnung, Österreich in der Presse schonend zu behandeln und besonders von möglicherweise stattfindenden Verhandlungen nichts verlautbaren zu lassen, damit „Leidenschaften und Zeitungen davon fernbleiben"[129]).

Bismarck wollte von Österreich entschiedene Preisgabe der Darmstädter Verbündeten, ehe beide Großmächte sich an den Verhandlungstisch setzten. Die Mittelstaaten sollten allein die Kosten der Krisis tragen. Nur in der Beseitigung einiger Koalitionsministerien sah er für Preußen „das eigentlichste Siegeszeichen aus diesem Streit". Es erscheint ihm auch geradezu bedenklich, „diese Ministerien in den Zollverein zu übernehmen wie Ungeziefer in unser Haus"[130]). Hier hatte indessen Bismarck seine Hoffnungen doch zu hoch gespannt. Gerade in diesen Tagen hatte die schon seit langem latente Ministerkrisis in Dresden ihren Ausgang gefunden. Sie führte aber keineswegs zum Sturz des wegen seiner österreichischen Gesinnung und seiner führenden Stellung in der Trias im ganzen Lande unpopulären Ministerpräsidenten. Nein, gerade sein Kollege Freiherr von Friesen, der von Anfang an energisch für Erhaltung des Zollvereins sich eingesetzt hatte, mußte das Feld räumen. Friesens Demission hatte zwar eine gesteigerte Erregung und Beunruhigung in der sächsischen Bevölkerung zur Folge, Beusts Stellung blieb jedoch unerschüttert. Der Leipziger Stadtrat sprach sich außerordentlich bekümmert über die Aussichten des sächsischen Handels aus[131]). Eine Deputation ging nach Dresden, um mit Rücksicht auf die bevorstehende Herbstmesse authentische Nachrichten zu erlangen[132]). Eine Vereinigung Lausitzer Fabrikanten ersuchte in einer Petition das Gesamtministerium, alles zu tun, um die Verbindung mit Preußen wieder anzuknüpfen[133]). Besonders die Leinewandfabrikanten der Oberlausitz hegten die schwersten Bedenken gegen die Loslösung von Preußen. Preußen selbst griff gerade hier zu den seltsamsten Mitteln, um die verängstigte Bevölkerung noch mehr einzuschüchtern und hierdurch sich die Dresdener Regierung gefügiger zu machen. Nicht nur daß in den preußischen Blättern der Bau von Zollhäusern an der sächsischen Grenze ausführlich erwogen wurde[134]) und preußische Steuerbeamte in Uniform in Leipzig von dahingehenden Aufträgen ihrer Regierung sprechen mußten[135]), es wurden auch

129) „Gedanken und Erinnerungen", Anh. II, S. 107.
130) Poschinger, P. i. B. IV, S. 130.
131) Augsb. Allg. Ztg. vom 8. 10. 1852.
132) Augsb. Allg. Ztg. vom 26. 9. 1852.
133) Dtsche. Allg. Ztg. vom 18. 11. 1852.
134) Dtsche. Allg. Ztg. vom 5. 12. 1852.
135) Dresdn. Journ. vom 1. 12. 1852.

in der Tat derartige Anstalten längs der preußisch-sächsischen Grenze getroffen. Daneben verbreiteten sich preußische Agenten eingehend über geplante Übersiedlungen von sächsischen Fabrikanten nach Preußen mit all ihren unerträglichen Folgen für die dann brotlos werdenden Arbeitermassen usw. Im engen Zusammenhang damit erließen unternehmungslustige Stadtoberhäupter einer Reihe kleiner märkischer und prov.-sächsischer Landstädte die verführerischsten Anpreisungen ihrer Heimat als geeignetsten künftigen Wohnsitz für die auswandernde sächsische Industrie[136]). Ähnliche Propagandamittel wurden auch in Süddeutschland, wenn auch in kleinerem Maßstabe, angewandt. Die Offenbacher Lederfabrikanten wurden zu einer Übersiedlung nach dem preußischen Wetzlar eingeladen. An der kurhessischen Grenze fanden Vermessungen durch preußische Zollbeamte statt. Geeignete Baulichkeiten wurden für die künftigen Zollhäuser ausgesucht. Aber im allgemeinen legte Bismarck hier doch größeres Gewicht auf die persönliche Beeinflussung führender Männer und Inszenierung von Petitionen und Interpellationen durch sie.

In Hessen-Darmstadt kam die Zollsache jetzt auch in der Ersten Kammer der Stände zur Sprache[137]). Hier hielt es die Regierung doch für geratener, ihre bisherige Politik zu begründen, wenn auch der damit betraute Finanzminister Freiherr von Schenk sich dieser Aufgabe von seinem Sitz als Kammermitglied entledigte. Die Regierungsbank blieb also auch hier während der ganzen Beratung unbesetzt. Der Minister versicherte der Kammer seine feste Überzeugung, daß es nicht zu einer Sprengung des Zollvereins kommen werde, warnte aber davor, „das volle Bild der von einem Ausscheiden Preußens zu erwartenden Nachteile hinzumalen", weil dadurch Hessen in die Gefahr versetzt werde, im Wege der Unterhandlung ein weniger günstiges Ergebnis zu erzielen. Er unterstrich dann die Vorteile, die eine Trennung von Preußen im Gefolge haben werde. Für Mainz erwartete er davon die Erhebung zu einem Hauptstapelplatz Süddeutschlands. Die Ministerrede blieb nicht ohne lebhaften Widerspruch. Der Präsident Graf Solms-Laubach schilderte vor allem die ungeheueren Schäden, die der hessischen Landwirtschaft aus einem Verlust des preußischen Marktes erwachsen würden. Von dem Wiederaufleben des Schmuggels befürchtete er ernstliches Anschwellen der revolutionären Tendenzen im Lande. Zum Schluß

[136]) u. a. Dtsche. Allg. Ztg. vom 19. 10. 1852; Augsb. Allg. Ztg. vom 13. 10. 1852.

[137]) Augsb. Allg. Ztg. vom 17. 11. 1852; Dtsche. Allg. Ztg. vom 18. 11. 1852.

wies er auf das Ausland, besonders England, hin, das allein aus diesem wirtschaftlichen Zwist der deutschen Staaten Nutzen ziehen werde. Der bekannte Mainzer Lederfabrikant Deninger trat in ausführlicherer Rede dem Grafen Solms zur Seite. Er wirft der Regierung vor, „das politische Feld der Zollfrage betreten zu haben, ohne daß sie das materielle derselben vorher genau geprüft habe". Er ergänzt dann in seinen weiteren Ausführungen die Rede des Grafen Solms nach der industriellen Seite hin und kommt zu folgendem Ergebnis: „Der größere Teil sämtlicher Offenbacher Erzeugnisse, die Lederfabrikation, die Tabakfabrikation und die der Packtuche werden unbezweifelt größter Verluste und Nachteile ausgesetzt sein, wenn eine Trennung Hessens und Preußens stattfinden sollte. . . . . Die Fabrikation der Soda, des Branntweins und der Eisengußwaren werden zwar vermöge Konkurrenz-Ausschlusses gewinnen, jedoch nur auf Kosten der Konsumenten." Für die Landwirtschaft sieht Deninger ähnliche Folgen. In erster Linie der Wein- und Tabakbau, aber auch Mühlenfabrikate und Obstbau würden empfindlich getroffen werden. Für den preußischen Markt würden sie in Österreich nur einen Konkurrenten eintauschen. Einer jährlichen Ausfuhrziffer von 11 288 466 Gulden für den hessisch-preußischen Verkehr (von insgesamt 43 144 642 Gulden) stellt Deninger 250 000 Gulden für den hessisch-österreichischen Verkehr gegenüber, um damit schlagend zu demonstrieren, wie nach seiner Meinung Hessens Stellung zur Zollvereinskrise einzig und allein sein müsse. Eine Reihe weiterer Abgeordneter stimmten ihm bei, während andere für den Zollanschluß Österreichs sich einsetzten. Besondere Beachtung fand das Votum des Kriegsministers Freiherrn Schäffer von Bernstein, einem entschiedenen Gegner Dalwigks und früheren langjährigem hessischen Gesandten am Berliner Hofe. Er sprach sich, wenn auch nur sehr vorsichtig, doch deutlich genug, für Erhaltung des Zollvereins mit Preußen aus. Bismarck gaben diese Verhandlungen Anlaß von der Rede des Abgeordneten Deninger einen Sonderdruck zu veranstalten und sie unter süddeutsche Industrielle zu verbreiten[138]). Dies stellte sich als um so nötiger heraus, als im gleichen Monat November die mittelstaatlichen Regierungen ihrerseits mit einer Rechtfertigungsschrift vor die Öffentlichkeit traten. Sie erschien unter dem Titel: „Zum Verständnis der Zollvereinskrisis und der Stellung der zu Darmstadt verbündeten Zollvereinsregierungen auf den Berliner Konferenzen" und war als eine Antwort auf die offizielle preußische Aktenpublikation „Beiträge zur Beurteilung der Zollvereinsfrage"

[138]) Poschinger, P. i. B. I, S. 159.

gedacht. Ein weiteres Eingehen auf diese Schriften erübrigt sich. Beide geben ihrem amtlichen Charakter entsprechend die Auffassung der Regierungen und eine Darstellung der Verhandlungen in entsprechender Beleuchtung wieder, wie sie uns bereits entgegengetreten ist.

Auch im Herzogtum Nassau stand ein erneuter Zusammentritt der Kammern im Dezember bevor. So fand Bismarck noch Zeit, in eifriger Kleinarbeit die Stimmung des Ländchens in preußischem Sinne vorzubereiten, um dem Landtag bei seiner Eröffnung von dem Willen des Landes ein geschlossenes Bild geben zu können[139]). Sehr eingehend berichtete Bismarck über seine eben hinter ihm liegende Tätigkeit nach Berlin: Am 27. November hatten einflußreiche Persönlichkeiten im Rheingau eine Versammlung in die Wege geleitet, die eine Petition an den Herzog beschloß und zu ihrer Überreichung eine Deputation aus meist gut konservativen Männern wählte, an deren Spitze der Freiherr Ritter von Rüdesheim stand. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten gelang es im November noch sechs andere Petitionen ins Werk zu setzen. Die Wiesbadener Gewerbetreibenden, die Industriellen des Dillgrundes, die Krugbäcker von Montabaur und Selters, die Gemeinderäte von Herborn und Hachenberg und die Bewohner des Westerwaldes wiesen alle in ihren Petitionen neben den besonderen Schäden, die eine Auflösung des Zollvereins für ihr Gewerbe mit sich bringen würde, hin auf das durch den Schmuggel drohende Wachsen der Demoralisation, auf den durch „unerschwingliche Abgaben" kaum zu deckenden Ausfall in den Staatseinnahmen und schließlich auf den Verlust des unersetzlichen norddeutschen Marktes[140]). Der Herzog erwiderte der Deputation des Rheingaus, daß er mit ihr bestimmt auf die Erhaltung des Zollvereins hoffe. Aus sicherer Quelle erfuhr Bismarck auch, daß diese Bewegung in seinem Lande auf den Herzog ihren Eindruck nicht verfehlt habe, daß er wahrscheinlich sogar schon einen Preußen günstigen Beschluß gefaßt hätte, wären die österreichischen Strömungen an seinem Hofe selbst nicht zu stark gewesen. Fünf dieser nassauischen Petitionen ließ Bismarck unter dem Titel „Petitionssturm der Nassauer und anderer um Erhaltung des Zollvereins" als Broschüre gesammelt herausgeben und in süddeutschen Interessenkreisen verteilen.

Bismarcks festeste Stütze in Nassau war bisher die „Mittelrheinische Zeitung" in Wiesbaden gewesen. Mehr-

[139]) Poschinger, P. i. B. I, S. 169.

[140]) Dtsche. Allg. Ztg. vom 2. 11., 18. 11., 30. 11. und 8. 12. 1852; Augsb. Allg. Ztg. vom 10. 12. 1852.

5*

mals bereits hatte er seinem Chef von der Notwendigkeit gesprochen, eine Übersiedlung dieses Blattes nach Frankfurt zu bewerkstelligen, war aber in Berlin damit offenbar auf wenig Gegenliebe gestoßen[141]). Noch im November hatte er aus der „Mittelrheinischen" einen Artikel „Wem verdankt der Zollverein seine Entstehung?" abdrucken und als Flugschrift verbreiten lassen. Dann aber hatte die nassauische Regierung mit einer Flut von Verwarnungen eingesetzt, die ihre Wirkung nicht verfehlten[142]). Am 6. Dezember mußte Bismarck resigniert berichten, der Verleger sei jetzt so eingeschüchtert, daß er „bei Aufnahme eines jeden nur einigermaßen entschiedenen Artikels die größten Schwierigkeiten mache, so daß solche in der letzten Zeit ganz ausgefallen seien"[143]).

Anfang Dezember benutzte Bismarck auch die Verbindungen mit den Frankfurt benachbarten preußischen Gesandtschaften zum Austausch der beiderseits in der Behandlung der öffentlichen Meinung gemachten Erfahrungen[144]). In gleichlautenden Schreiben an die preußischen Geschäftsträger in Karlsruhe, Kassel und Darmstadt bat er die Kollegen um Mitteilungen über die dortigen Verhältnisse in der Zollsache und erklärte sich auch seinerseits bereit, die Publikation von Nachrichten von ihnen in bekannten Zeitungen nach ihren besonderen Wünschen zu übernehmen. Gleichzeitig übersandte er mehrere von ihm veranlaßte Broschüren zur Verteilung an geeignete, einflußreiche Persönlichkeiten und ein Exemplar seiner autographischen Wochenkorrespondenz, für die er um geeignete Beiträge bat.

VIII. Das Ende der Krise.

So war Bismarck seinem sich bei Übernahme des Frankfurter Gesandtenpostens gesetzten Ziel ganz nahe, als die Anbahnung unmittelbarer Verhandlungen zwischen Wien und Berlin einen gutartigen Ausgang der Krise erwarten ließ. Die Beendigung der Krise beschäftigte Bismarck nicht mehr länger in so intensiver Weise, wie bisher. Er wandte sich neuen Aufgaben zu.

Die Forderungen der auswärtigen Politik drängten alle innerpolitischen Streitfragen gebieterisch in den Hintergrund. Schon fast während der ganzen Dauer der Zollvereinskrise hatte die französische Frage die auswärtige Parallele in der

141) Poschinger, B. u. d. B. S. 35.
142) Augsb. Allg. Ztg. vom 22. 10. 1852.
143) Poschinger, P. i. B. I, S. 162.
144) Poschinger, B. u. d. B. S. 38.

Bewegung der öffentlichen Meinung und in der deutschen Diplomatie gebildet. Nun war dem Plebiszit vom 2. Dezember 1851 am gleichen Tage des folgenden Jahres die Wiederaufrichtung des bonapartischen Kaisertums gefolgt. Alle Interessen der führenden europäischen Persönlichkeiten wandten sich Napoleon zu. Alle Meinungsverschiedenheiten über innere Fragen wurden beigelegt oder mindestens vertagt vor der einen Sorge, wie man sich der durch die Thronbesteigung geschaffenen außenpolitischen Lage gegenüber einzustellen habe. Denn merkwürdig genug, trotzdem Napoleons Kaiserkandidatur seit Beginn seiner Präsidentschaft akut gewesen war, trotzdem der Staatsstreich vor einem Jahr ein vernehmbares Warnungssignal bedeutet hatte, stand man nun der lange erwarteten und jetzt vollendeten Tatsache wie einem Novum gegenüber. Alle Kabinette hatten diesen Stein auf ihrem politischen Schachbrett als gefährlichen, mindestens zweifelhaften Gegner erkannt, aber ihn ernstlich in Rechnung zu ziehen, hatten sich besonders Österreich und Preußen merklich gescheut. Nun hatte Rußland die beiden hadernden deutschen Großmächte mit sanftem Druck nach Westen gewiesen, sie ihrer Bestimmung zur Wahrung der Legitimität wieder zugeführt.

Wir brauchen hier nicht den Verhandlungen zu folgen, die zwischen dem Freiherrn von Bruck als Bevollmächtigten der österreichischen Regierung und den preußischen Beauftragten, in erster Linie Rudolf Delbrück und Pommer-Esche unter Manteuffels persönlichem Vorsitz, in Berlin hin- und hergingen und, nachdem das Eis einmal gebrochen war, schnell zu dem preußisch-österreichischen Handelsvertrag vom 19. Februar 1853 führten, dem die Erneuerung der Zollvereinsverträge am 4. April folgte. Für unsere Zwecke genügt es, die politischen Gründe für den Vertragsabschluß noch einmal kurz zu beleuchten und uns die politische Lage, die der Vertrag schuf, zu vergegenwärtigen.

Wir sahen oben schon, daß auf beiden Seiten gleichstark das Bedürfnis nach Beilegung der Krise vorhanden war. Preußen konnte je länger je weniger auf die Unterstützung Hannovers rechnen. Die dortige Ritterschaft sah in dem Septembervertrag mit seinem höheren Tarif den Ruin des Landes und vor allem eine preußische Sklavenkette, die man nicht auf sich nehmen dürfe[145]). Österreichische Propaganda tat das ihrige, auch den König in diesem Sinne zu beeinflussen. Graf Nostitz, der preußische Gesandte und intime Freund des verstorbenen Königs, hatte jetzt unter dem neuen Regime einen

[145]) Vergl. u. a. die Broschüre „Der Zollverein und seine hannöverschen Gegner". 1852.

schweren Stand. Das wurde noch schwieriger, als man in Hannover von Preußens Absichten erfuhr, den Jahdebusen von Oldenburg käuflich zu erwerben. In dieser antipreußischen Stimmung zögerte man nun mit dem von Hannover vertragsgemäß zu erlassenden Übergangstarif und brachte dadurch Preußen nicht unabsichtlich vor der Öffentlichkeit in weitere Verlegenheiten. Auch die Hoffnungen auf den Sturz dieses oder jenes mittelstaatlichen Ministers waren nur noch recht schwach. Bismarck wollte ja zwar von dem ehemaligen nassauischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Wintzingerode gehört haben, daß es in Wiesbaden und Darmstadt bedenklich kriséle. Aber feste Unterlagen hierfür fehlten doch. Die Kabinette saßen fest im Sattel trotz Protestkundgebungen und Mißtrauensvoten ihrer Kammern. An ein Nachgeben der Mittelstaaten war nicht zu denken solange sie hoffen durften, in Österreich jederzeit einen festen Rückhalt zu finden. Es kam allein darauf an, wer den längsten Atem hatte, Preußen oder die Mittelstaaten: konnte Preußen Hannover bei der Stange halten oder konnten die Triasminister sich der Bewegung ihrer Völker erwehren.

In Wien hatte man inzwischen in den endlosen Unterhandlungen mit der Trias auch ein Haar gefunden. Man war wenig geneigt, diesem Hin- und Herpendeln zwischen Berlin und Wien länger zuzusehen, noch weniger zu dulden, daß sich die Mittelstaaten für dauernd auf eigene Füße stellten. Im Dualismus war Österreich noch immer auf seine Rechnung gekommen. Wie sich mit einem „dritten Deutschland" im Bunde arbeiten ließ, war bisher nur mangelhaft erprobt. So gaben dann die freundschaftlichen Ratschläge Nesselrodes und seines Zaren in der Hofburg leicht den Ausschlag für die Versöhnung.

Die preußischen Staatsmänner und Diplomaten buchten den Februarvertrag als einen vollen Erfolg. Leopold von Gerlach, dem im übrigen ein Stein vom Herzen fiel, als er angesichts der drohenden Gefahr des Bonapartismus das traditionelle Band mit Österreich wiederhergestellt sah, nannte den Februarvertrag ein „Complement für Olmütz". Delbrück sah in ihm die Verwirklichung des preußischen Programms von 1849, eine Verstärkung der handelspolitischen Stellung Preußens. Auch Manteuffel war vollauf befriedigt und Bismarck wollte den „Sieg" der preußischen Politik durch den Sturz eines oder des anderen Koalitionsministers erkennbar konstatiert wissen. So ganz ohne Einschränkungen können wir rückschauend aber doch nicht von einem Erfolg oder gar Sieg der preußischen Politik sprechen, wie die Zeitgenossen es

taten. Es war ganz offensichtlich ein Kompromiß der beiderseitigen Forderungen, eine Einigung auf der mittleren Linie. Der eine große politische Erfolg blieb für Preußen allerdings unbestritten: Österreich hatte auf absehbare Zeit auf die Zolleinigung verzichten müssen. Daß es selbst keineswegs seine Ansprüche als aufgegeben, sondern nur als bis zu einem geeigneteren Augenblick vertagt betrachtete, war zwar jedem klar. Es würde dann aber einen neuen Kampf kosten, dem Preußen, durch den Beitritt des Steuervereins wesentlich gestärkt, mit einer jetzt erheblich ansehnlicheren Freihandelspartei im Bunde mit voller Ruhe entgegensehen konnte. Formell war Preußen indes in der Prioritätsfrage, auf die es sich seit Monaten so sehr versteift hatte, auf die es schließlich den ganzen Kampf sich hatte zuspitzen lassen, zweifellos zurückgewichen. Auch die Mittelstaaten hatte es für ihre teils feindliche, teils schwankende Haltung nicht demütigen können. Beide Tatsachen wären naturgemäß in höchstem Grade geeignet gewesen, das ohnehin seit Olmütz stark erschütterte Vertrauen zu Preußen in Deutschland weiter zu schmälern. Delbrück hatte gewiß völlig recht mit seiner Meinung, daß Österreich von der Zolleinigung, dem Angelpunkte seines Programms, nichts gerettet habe, als die Zusage, im Jahre 1860 über eine solche Einigung erneut zu verhandeln[146]). Aber unleugbar bot der Februarvertrag Österreich doch außerordentlich große materielle Vorteile. Es hatte in ihm annähernd alles das erreicht, was es auch von einer Zolleinigung im Augenblick hätte erhoffen können. Es lag in dieser Kompromißnatur des Vertrages, daß beide Teile ihn nur als einen Waffenstillstand empfanden. „Der Zollverein“, schrieb damals ein Journalist, „war zu einem Emblem der Hegemonie in Deutschland, zum Spieleinsatz bei einer diplomatischen Partie geworden“. Das Spiel war abgebrochen, konnte aber jederzeit wieder aufgenommen werden.

In der Tagespresse fanden erstaunlicherweise derartige Reflexionen kaum einen Ausdruck. Kaum irgendwo wog man die neugeschaffene Position der Paziszenten ab, sprach man von errungenen politischen Vor- oder Nachteilen der einen oder anderen Partei. Nicht einmal wirtschaftspolitische Erwägungen, ob Freihandel oder Schutzzoll durch den neuen Vertrag begünstigt würden, griffen irgendwo eingehend Platz. Laute Freude über das erneute Zustandekommen des Zollvereins, lebhafte Genugtuung über das Ende der langen quälenden Ungewißheit übertönte alle politischen Bedenken. Die Bedeutung des Handelsvertrages mit Österreich trat in der öffentlichen

146) Delbrück, Lebenserinnerungen. I, S. 331.

Meinung vor der freudigen Erwartung auf Erneuerung der Zollvereinsverträge gänzlich in den Schatten. Jetzt, wo man eben einer Auflösung des Zollvereins so nahe gewesen war, empfand man wieder seine ganze Bedeutung für das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands, eine Bedeutung, die Friedrich Christian Dahlmann wenig später in einem Brief an seinen ehemaligen Göttinger Kollegen, den Orientalisten Ewald, in die Worte kleidete: „In der Tat, der Zollverein ist das einzige deutsche Gelingen seit den Befreiungskriegen, dessen ich mich rein erfreuen kann, es ist die erste gemeinsame Haut, die über die zwiespältigen Stämme der Deutschen wieder gewachsen ist."[147]) Diese „Haut" unversehrt aus den Wirren der letzten Jahre gerettet zu wissen, diese Zuversicht bewegte alle Herzen. Was uns der ganze Verlauf der Krise in der öffentlichen Meinung gelehrt hat, müssen wir nun auch an ihrem Ausgang beobachten: Nicht der politischen Seite der Krise gewann in erster Linie die große Masse ein so lebhaftes Interesse ab. Ihre enorm wirtschaftliche Bedeutung war es, die jeden einzelnen mehr oder weniger persönlich aufs engste berührte, sie war es, die ihn veranlaßte, auch der politischen seine größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Uns bleibt jetzt nur noch übrig, aus Bismarcks Tätigkeit in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung das Ergebnis zu ziehen. Wir haben gesehen, unter welchen Schwierigkeiten es ihm gelang, mit einflußreichen Persönlichkeiten aller interessierten Berufsschichten Süddeutschlands in Verbindung zu treten, sie für die preußischen Interessen als auch für sie lebenswichtig zu erwärmen. Wir haben weiter gesehen, welche Widrigkeiten es für ihn zu bekämpfen galt, bis er in der süddeutschen Presse festen Fuß fassen konnte, wie immer und immer wieder feindliche Machinationen seine Kreise zu stören suchten, welche Mühe er aufzuwenden hatte, ihnen entgegenzutreten und seine einmal errungene Position zu behaupten. Wir haben schließlich noch gesehen, wie seine Bemühungen, Einfluß zu gewinnen, auch vor den Volksvertretungen der Mittelstaaten nicht haltmachten, wie er mit allen Mitteln die Opposition unterstützte, gleichgültig ob konservativer, liberaler oder gar demokratischer Schattierung, wenn sie in der Zollvereinssache nur für den alten Bund mit Preußen war, wie er dann die mit ihrer Hilfe ins Leben gerufenen Interpellationen und Kammerdebatten für seine Propagandazwecke ausnutzte und so endlich in Verbindung mit den benachbarten Gesandtschaften ein vielmaschiges Netz von preußischen Agen-

[147]) Springer, A., Dahlmann. Leipzig 1870. II, S. 395.

ten und Vertrauensleuten über ganz Süddeutschland ausbreitete, dessen innerster Kern die preußische Preßzentrale in Frankfurt am Main war.

Wie unbequem die Bismarckschen Umtriebe bei den Gegnern empfunden wurden, lehrten uns die lebhaften Klagen Schwarzenbergs und Thuns. Auch des letzteren Nachfolger in Frankfurt, Graf Prokesch von Osten, widmet seinem preußischen Amtsgenossen in seinen Aufzeichnungen ein nicht minder rühmliches Gedenkblatt. „Mit unermüdlichem Eifer," schreibt er, „betrieb Bismarck die Lahmlegung und Herabwürdigung des Bundes; mit großer Gewandtheit und ausgiebiger Benützung der ihm zur Verfügung stehenden Presse wußte er die Schuld daran Österreich, das ihm im Wege stand, in die Schuhe zu schieben und Preußen als den Hort der zeitgemäßen Ideen hinzustellen."[148])

Fragen wir uns jetzt nur noch, ob Bismarcks so vielverzweigte, mühevolle Arbeit alle die Hoffnungen erfüllt hatte, die er von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung erwartet hatte. Die Antwort wurde schon gegeben, als wir für die preußische Gesamtpolitik einen Sieg auf der ganzen Linie nicht festzustellen vermochten. Bismarck hat selbst den Siegespreis, der ihm für Preußen zur Zeit im Hinblick auf seine Stellung in Deutschland am lohnendsten erschien, bezeichnet: „Es bleibt vielleicht möglich," schreibt er am 16. März 1853, also vor Abschluß der neuen Zollverträge, an Manteuffel, „in Sachsen und Hessen-Darmstadt den Rücktritt von Beust und Dalwigk zu erzwingen. Die Tragweite eines solchen Resultates würde weit über den Vorteil hinausgehen, die Personen zweier so tätiger preußenfeindlicher Herren aus den Zollvereinsregierungen los zu werden" und weiter „der Umstand, daß Preußen eine feindliche Parteinahme auf diese Weise zu ahnden vermag, und unter Umständen Willens ist, würde das Gewicht unseres Einflusses an den deutschen Höfen sehr vermehren, und das Siegel, welches ein solcher Personenwechsel auf das Resultat von Ew. Exzellenz Politik in der Zollsache drückte, würde nicht verfehlen, in der öffentlichen Meinung einen für Preußens Machtstellung sehr günstigen Eindruck zu machen"[149]).

Also Bismarck hält doch wohl den Februarvertrag nicht für völlig ausreichend, um Preußen vor der öffentlichen Meinung als Gewinner der Partie erscheinen zu lassen. Dafür bedarf es nach seiner Ansicht besonders in Süddeutschland noch

[148]) Aus den Briefen des Grafen P. v. O. Wien 1896. S. 472.
[149]) Poschinger, P. i. B. I, S. 213.

einer augenfälligeren Dokumentierung, womöglich durch den einen oder anderen Ministersturz. Wenn dies für Bismarck, aus der häufigen Erwähnung Manteuffel gegenüber zu schließen, in vollem Bereich der Möglichkeiten lag, und er geneigt sein mochte, die Schuld an dem Versäumnis auf das Konto seines Chefs zu schreiben, mußten wir einer weniger optimistischen Auffassung Raum geben. Andererseits konnten wir aber feststellen, daß Preußens Stellung in der öffentlichen Meinung eines solchen Siegels gar nicht mehr bedurfte. In der öffentlichen Meinung war allerdings, wenn auch nicht der Februarvertrag als solcher, so aber doch der ganze Verlauf der Krise ein „Complement für Olmütz". Hier war Preußen in der Tat rehabilitiert und nicht zum wenigsten dank der unermüdlichen Propagandatätigkeit seines Bundestagsgesandten, des Herrn von Bismarck.

Lebenslauf.

Ich bin am 3. August 1897 in Teterow, Mecklenburg-Schwerin, als Sohn des Gymnasialprofessors Ernst Toennies Lange und seiner verstorbenen Frau Frieda, geborenen Burchardt, geboren. Ich gehöre der evangelisch-lutherischen Landeskirche an. Vom Herbst 1903 bis Ostern 1912 besuchte ich die Vorschule und die Realschule meiner Vaterstadt, von Ostern 1912 bis August 1914 das Realgymnasium zu Gießen. Nach bestandener Notreifeprüfung wurde ich am 7. November 1914 an der Landesuniversität Gießen für das Studium der Geschichte und der deutschen Philologie immatrikuliert. Am 4. Januar 1916 trat ich als Fahnenjunker in das ehemalige kgl. preußische Infanterie-Regiment (2. Kurhess.) Nr. 82 in Göttingen und machte den Krieg bis zum Ende mit. Am 10. Mai 1917 wurde ich Offizier. Am 30. April 1919 erhielt ich auf mein Nachsuchen meine Verabschiedung aus dem aktiven Heeresdienst.

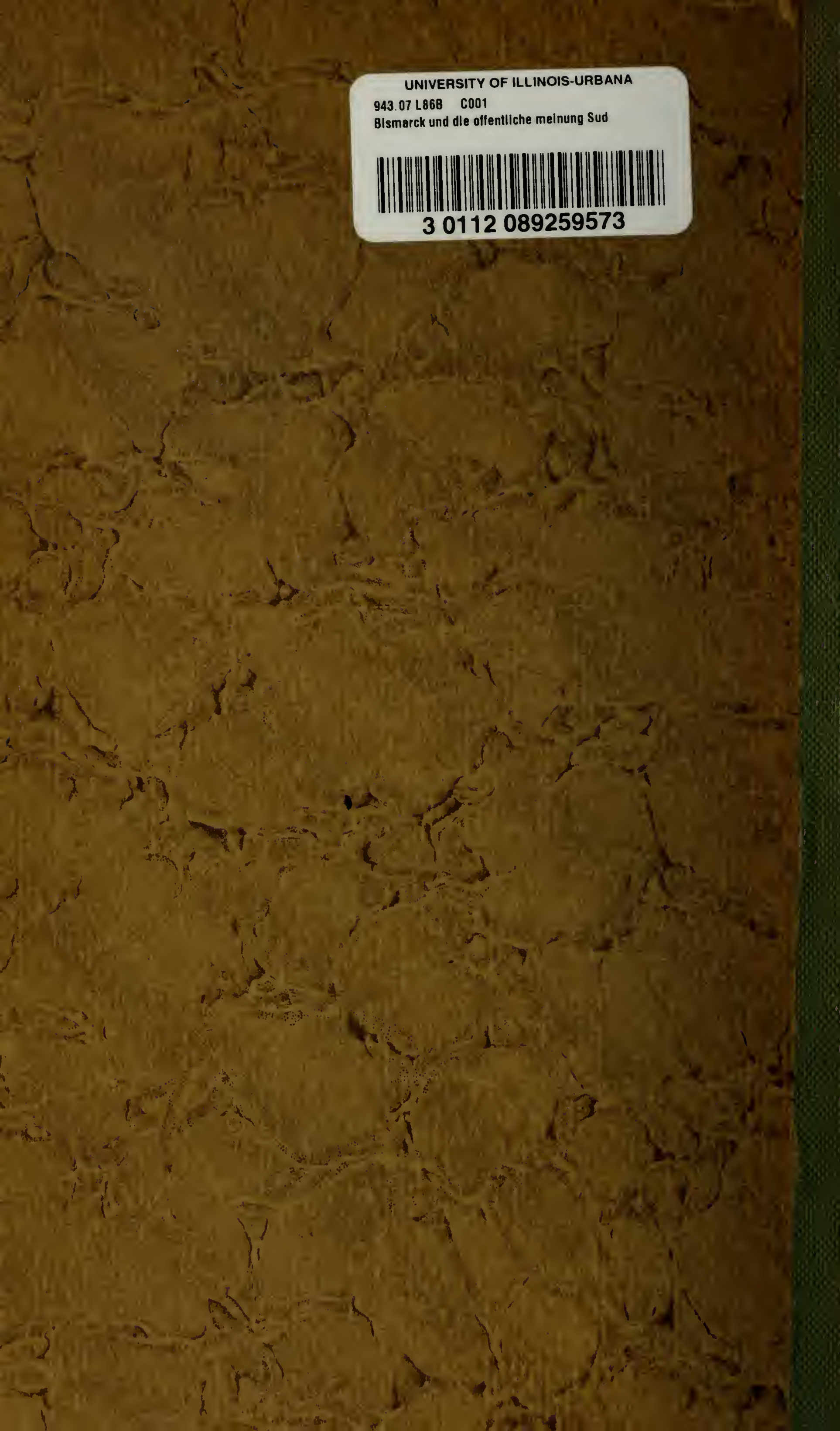
Im Dezember 1918 nahm ich meine Universitätsstudien in Gießen wieder auf. Neben der Geschichte und deutschen Philologie widmete ich mich nun auch dem Studium der Staatswissenschaften. Vom Sommer-Semester 1920 bis zum Winter-Semester 1920/21 einschließlich besuchte ich die Universität Leipzig.

Dankbar gedenke ich meiner Lehrer, der Herren Behaghel, Borgmann, Collin, Gmelin, von Grolmann, Günther, Helm, Horneffer, Laqueur, Lenz, Messer, Roloff, Skalweit, Siebeck, Sievers, Stengel, Vigener in Gießen; Bücher, Brandenburg, Ehrenberg, A. Köster, Kötzschke, Pohle, R. Schmidt, Stieda, Strieder, Weimann, Witkowski, Würzburger in Leipzig.

Ganz besonderen Dank schulde ich Herrn Professor Dr. Roloff, der meine Studien seit meinem ersten Semester mit herzlicher Teilnahme begleitete und auch die vorliegende Arbeit mit seinem steten Rat gefördert hat.



Lithomount
Pamphlet
Binder
Gaylord Bros.
Makers
Syracuse, N. Y.
PAT. JAN 21, 1908


UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
943.07 L86B C001
Bismarck und die offentliche meinung Sud
3 0112 089259573